

Wie es zum Attentat von Sarajevo kam.

Ein Beitrag zur Kriegsschuldfrage.

Belgrad, 9. März.

Das internationale Interesse hat sich in der letzten Zeit in verstärktem Maße der Aufklärung der noch immer im Dunkel gehüllten Vorgeschichte der Ermordung des Thronsohns Franz Ferdinand und seiner Gemahlin zugewendet. Der Mord von Sarajevo hat ja den unmittelbaren Anlaß zum Ausbruch des Weltkrieges gegeben, so daß die Feststellung der Verantwortlichkeit für ihn auch für die Klärung der sogenannten Frage der Kriegsschuld von größter Bedeutung sein muß. Die jüngste Diskussion über die Verantwortung für den Sarajewer Mord hat ein Aufsatz des bisherigen Präsidenten der Belgrader Skupština und zweiten Chefs der radikalen Partei Ljuba Jovanovic eröffnet, der überall großes Aufsehen erregt hat und den der bekannte englische Publizist Seton Watson in der „Times“ vom 16. Februar als „Sensationelles Material“ bezeichnet. Tatsächlich sind die Angaben Ljuba Jovanovic' berast, daß sie in Verbindung mit anderen Zeugnissen die Beschuldigungen, das offizielle Serbien sei an dem Sarajewer Attentate mitschuldig gewesen, stark zu begründen scheinen. Seton Watson (Scotus Viator), der Gegner Österreich-Ungarns vor und während des Weltkrieges, drückt in der „Times“ auch die Hoffnung aus, daß Ljuba Jovanovic und Pasic selbst zu den Anschuldigungen, daß sie von der Vorbereitung des Attentates Kenntnis hatten und somit an ihm beteiligt gewesen wären, die nötigen Aufklärungen geben werden, weil eine Unterlassung in dieser Hinsicht nicht nur das englische Urteil über die Vorfälle, die dem Weltkriege unmittelbar vorangegangen sind, beeinflussen müßte, sondern auch besonders die Haltung gegenüber dem amtlichen Südslawien, an dessen Seite heute dieselben Männer stehen wie im Juni 1914. Die bekannte englische Balkanhistorikerin Miss Ethel Durham hat über den Aufsatz Jovanovic' in einigen Vorträgen gesprochen. Die neuerlich aufgerollte Frage über die Schuld Serbiens an dem Attentat von Sarajevo findet also in England und auch am Kontinent, besonders aber in Südslawien selbst, starkes Interesse. Denn wenn man mit dem bekannten serbischen Historiker Stanoje Stanojevic übereinstimmt, der zum Schluß seines Buches „Die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand“ (überetzt von D. Wendel, Frankfurt 1923) erklärt: „Wenn im übrigen die Rede über den am Weltkrieg Schuldigen geht, läßt sich nur die Frage erörtern, wer den Anlaß zum Weltkriege gegeben, wer ihn unmittelbar hervorgerufen hat“, so scheint die Aufklärung des Mordes von Sarajevo von eminenter

Bedeutung, weil er doch unzweifelhaft den Anlaß zum Ausbruch des Weltkrieges gegeben hat. Die neue serbische Literatur darüber, besonders der erwähnte Aufsatz Ljuba Jovanovic' in dem Buche „Krv Slovenstva“ („Serbisches Blut“, Belgrad 1924), das die Ereignisse zur Zeit des Kriegsausbruches in mehreren Essays behandelt, ist, wie gesagt, ein Material, das für die Feststellung der Verantwortlichkeit für den Mord an dem österreichisch-ungarischen Thronsohn überaus bedeutungsvoll ist. Es sei daher in den Hauptzügen wiedergegeben.

Ljuba Jovanovic, im Jahre 1914 Unterrichtsminister im Kabinet Pasic, erzählt in seinem

Aufsatz wörtlich: „Ich erinnere mich nicht, ob es Ende Mai oder Anfang Juni war, als uns (das heißt den Mitgliedern der Regierung) Herr Pasic sagte, daß sich einige (der Ausdruck ist von Ljuba Jovanovic unbestimmt gelassen) dafür vorbereiten, nach Sarajevo zu gehen und Franz Ferdinand, der am Freitag (28. Juni) dort hin kommen und feierlich empfangen werden sollte, zu töten.“ Ljuba Jovanovic fügt hinzu, er habe später erfahren, daß die Vorbereitungen zu dem Attentat von einem Kreise „patriotischer“ bosnisch-herzegowinischer Studenten in Belgrad ausgingen. Der damalige Innenminister Stojan Protic habe den Grenzbehörden am Drinfluß den Befehl gegeben, die jungen Leute, die deshalb (das heißt um Franz Ferdinand zu ermorden) von Belgrad aufgebrochen waren, am Übertritt auf österreichisches Gebiet zu verhindern.“ Aber diese „Behörden“ (die Anführungszeichen macht Ljuba Jovanovic selbst) „waren selbst in der Organisation, haben die Verordnung Stojans (das heißt Protic's) nicht durchgeführt und ihm gemeldet, daß die Anordnung zu spät eingetroffen sei, als die jungen Leute schon hinüber waren“. Darum sei, sagt Jovanovic, der „Versuch“ der serbischen Regierung, die Ausführung des Attentates zu verhindern, mißglückt. Ljuba Jovanovic beschreibt dann seine Gefühle, als er am Nachmittag des 28. Juni die telephonische Nachricht von der Ermordung Franz Ferdinands erhielt und sagt: „Obwohl ich wußte, was sich dort vorbereitet hatte, war es mir doch, da ich die Hörmuschel hielt, als ob mir jemand plötzlich einen Schlag versetzte; als sich später die erste Nachricht auch von anderer Seite bestätigte, begann mich schwere Sorge zu plagen.“

Aus diesen Angaben eines der bedeutendsten, noch aktiven serbischen Politiker geht also unzweifelhaft hervor, daß die serbische Regierung von dem in Belgrad von „patriotischen“ Studenten vorbereiteten Attentate Kenntnis hatte. Ihr „Versuch“, es zu verhindern, war jedoch miß-

glückt. Die Frage, die sich nun unmittelbar aufdrängt, ist die, ob die serbische Regierung neben diesen „Versuch“ auch noch den gemacht hat, die österreichische Regierung von dem, was sich gegen den Thronfolger vorbereitete, offiziell in Kenntnis zu setzen. Seton Watson stellt dazu in seinem bereits zitierten Artikel fest, er habe sich durch Beweise aus erster Hand überzeugen können, daß dies nicht der Fall gewesen sei. Der damalige serbische Gesandte in Wien, Jovan Jovanovic (heute Abgeordneter der Landwirtpartei in der Skupština), habe zwar Anfang Juni versucht, die Wiener amtlichen Kreise zu bewegen, von dem Besuche Franz Ferdinands in Sarajevo Abstand zu nehmen, er habe sich deshalb auch inoffiziell an den österreichisch-ungarischen gemeinsamen Finanzminister Dr. Bilinski gewandt, doch nicht amtlich an das Außenministerium. Seine Vorstellungen bei Dr. Bilinski hätte er jedoch nicht mit einer Kenntnis der Verschwörung, sondern nur allgemein mit der unter den Südslawen der Monarchie damals herrschenden Erregung begründet. Sie waren ganz allgemein gehalten, sagt Seton Watson, und haben daher gar keinen Eindruck gemacht. Diese Feststellungen sind jedenfalls an sich schon geeignet, auf die Kaufazusammenhänge ein bezeichnendes Licht zu werfen.

Diese erscheinen aber durch Angaben anderer Quellen noch klarer. Der Historiker Stanoje Stanojevic, der in der Einleitung zu seinem Werk „Die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand“ erklärt, daß das Material dazu „von Personen, die an den Ereignissen teilgenommen haben“ stamme, so daß über dessen Authentizität kein Zweifel herrschen könne, berichtet folgendes: Im Jahre 1911 sei in Belgrad die in der Mehrheit aus Offizieren bestehende geheime revolutionäre Organisation „Ujedinjenje ili smrt“ (Einigung oder Tod) gegründet worden, deren Seele der Oberst des serbischen Generalstabes Dimitrije Dimitrijevic war. Als dessen Hauptchef nennt Stanoje Stanojevic den Major Boja Tankosic. Die beiden versuchten schon im Sommer 1911 die Ermordung des österreichischen Kaisers oder Thronfolgers ins Werk zu setzen. Tankosic habe dann im Jahre 1914 Dimitrijevic, der damals Chef der Nachrichtenabteilung des serbischen Generalstabes war, miteigeteilt, daß sich ihm zwei junge Leute aus Bosnien vorgestellt und gesagt hätten, sie seien im Namen einer Jugendgruppe gekommen, die die Ermordung Franz Ferdinands bei seiner Anwesenheit in Sarajevo beschloßen hätte. „Dimitrijevic“, sagt St. Stanojevic, „akzeptierte und billigte sofort diese Absicht und Tankosic ließ die beiden jungen Leute in der Handhabung von Waffen unterweisen. Das geschah im Laufe von zehn Tagen. Danach reisten sie ab und nach dem Plane, den in Sarajevo der Lehrer Danilo Ilic ausgearbeitet hatte, wurde das Attentat ausgeführt.“ Diese Aufklärungen über die Vorgeschichte des Mordes von Sarajevo erscheinen mit Rücksicht darauf, daß Ujuba Jovanovic in seinem Aufsatz erklärt, die serbische Regierung habe Kenntnis von den Vorbereitungen gehabt, überaus wichtig.

Vorboje Zevtic, 1914 Mitglied der bosnisch-herzegowinischen „Omladina“, von der der Attentat

plan ausging und der auch die beiden Attentäter Gabrinovic und Princip angehört hatten, gibt in seinem Buche „Sarajevski atentat“ (Das Sarajevoer Attentat, Sarajevo 1923) weitere Einzelheiten. Er schildert, wie die von Franz Ferdinand vertretene Idee des Trialismus, der staatsrechtlichen Emanzipation der unter dem Habsburger-Reiche lebenden Südslawen im Rahmen der österreichisch-ungarischen Monarchie, die „Omladina“ zur Tat drängte. „Die Schaffung des Trialismus wäre unzweifelhaft der Tod des Ideals der Vereinigung aller Südslawen gewesen“, sagt Zevtic. Franz Ferdinand mußte daher fallen. Die bosnischen Studenten Gabrinovic und Princip, die in Belgrad als Emigranten lebten, wurden daher von der bosnischen „Omladina“, die großserbisch eingestellt war, auf die Gelegenheit, die sich beim Besuche Franz Ferdinands in Sarajevo für ein Attentat bot, aufmerksam gemacht. Die beiden griffen die Idee sofort auf, wandten sich an einen gewissen Ciganovic, Beamten der serbischen Eisenbahndirektion in Belgrad, der die Bekanntschaft mit Moja Tankosic vermittelte, worauf die Sache den schon geschilderten Verlauf nahm.

Dies sind nur die Umrisse der Zusammenhänge, wie sie sich aus den angeführten Werken ergeben. Sie zeigen schon deutlich, daß dadurch auf die serbische Regierung schwerer Verdacht fällt. Seton Watson hat deswegen, wie gesagt, schon am 16. Februar in der „Times“ Ujuba Jovanovic und Basic aufgefordert, Aufklärungen zu geben. Bis heute haben sie das nicht getan. Da aber die Kriegsschuldfrage mit dem Attentat von Sarajevo in engster Verbindung steht, muß darauf gedrungen werden, daß dieses restlos aufklärt wird. Man kann daher auf die Äußerungen der serbischen Politiker gespannt sein.

27. 5. 1915

NR. 21804

Ein Buch Marguerittes über die Kriegsschuldfrage.

Paris, 25. Mai.

Victor Margueritte, der bekannte Schriftsteller und Ehrenpräsident der französischen Schriftstellergesellschaft, der sich in der „Coe Nouvelle“ regelmäßig mit der Frage der Kriegsverantwortlichkeit beschäftigt, hat heute den ersten Teil eines Werkes, das den Gesamtitel „Les Criminels“ führt, erscheinen lassen. Der vorliegende erste Band führt den Untertitel „Der letzte Krieg“. Im ersten Kapitel seines Buches behandelt Margueritte die Zeit von 1879 bis 1912, im zweiten Kapitel von 1912 ab bis zum Kriegsausbruch und kommt dann schließlich in dem Hauptkapitel des Werkes zu folgenden Schlussfolgerungen: Die französisch-russische Allianz, die bis zum Jahre 1911 den Frieden als Defensivinstrument zu erhalten wußte, wird durch die Militärabkommen von 1906, 1911, 1912 und 1913 eine Kriegswaffe. Die Klugheit des Präsidenten Fallières und Caillaux' genügte 1912, um während der zweiten amerikanischen Krise einen Konflikt zu vermeiden. Von 1912 an, als Poincaré Ministerpräsident geworden war, erkennt man eine klare Entwicklung unserer Außenpolitik. Sie folgt der Politik Tswolskys. Der Weg nach Straßburg und nach Metz führt von nun an auf dem Umweg über Petersburg durch den Balkan. Als 1913 Poincaré Präsident wurde, war dank der russischen Geheimfonds, zu denen sich französische Unterstützungen gesellten, die öffentliche Meinung auf die Möglichkeit eines Krieges vorbereitet.

Dann folgt das Drama von Sarajevo und die Reise Poincarés und Vivianis an den Hof des Saren. In diesem Augenblick waren die französischen und die russischen Ansichten und Absichten klar, so daß der russische Kriegsminister General Suchomlinow in seinen Memoiren schreiben konnte: Ich bin vollkommen davon überzeugt, daß die Wahl zwischen Krieg und Frieden damals entschieden wurde, und zwar in dem Sinn, daß Großfürst Nikolaus, Sazonow und Poincaré sich das Wort gegeben haben, auf alle Fälle jede friedliche Lösung zum Scheitern zu bringen.

Margueritte spricht dann von der englischen Verantwortlichkeit und auch von der Schuld Oesterreichs, worauf er erklärt, Deutschland sei noch schuldiger als Oesterreich und Rußland, weil es mehr als jede andere Macht den Frieden hätte aufzwingen können. Bei diesem Verbrechen, das alle Regierungen begangen haben, gibt es allerdings keine einseitige Schuld, sondern höchstens eine geteilte Verantwortlichkeit. Deutschland hat nicht aufgehört, gegen die Kriegsschuldigung zu protestieren und zu behaupten, die Kriegsschuld sei ihm mit Gewalt, durch die Drohung mit dem Einfall und der Zerstückelung, aufgebürdet worden. Die Zeit summarischer Urteile, gegen die es keine Berufung gebe, ist jedoch vorüber. Das muß Frankreich anerkennen oder es muß aufhören, sich der Proklamierung der Menschenrechte zu rühmen. Erzwungene Zugeständnisse des Besiegten sind null und nichtig. Erst wenn ein gerechtes Urteil gefällt ist, werden die wieder ausgeführten Völker ihre Stimme erheben können, um die wahren Verbrecher abzuurteilen."

Das Attentat von Sarajevo.

Eine historisch-kritische Untersuchung.

Von Hermann Wendel.

1. Die Quellen.

Der große durchgreifende Grundsatz aller methodischen Kritik: daß wir vor jeder andern Erwägung zuerst den Charakter und Wert jeder einzelnen Quelle, mit der wir es zu tun haben, prüfen, um danach die Zuverlässigkeit der einzelnen Angaben derselben zu beurteilen.

Bernheim, Lehrbuch der historischen Methode.

Wie in einer Gerichtsverhandlung nach Prüfung der für zulässig befundenen Zeugen hinsichtlich ihres Charakters und Verstandes die einzelnen Aussagen auf ihre Zuverlässigkeit hin untersucht, gegeneinander gehalten, mit den Indizien verglichen werden, um endlich unter Abwägung aller Umstände die Tatsächlichkeit der Vorgänge festzustellen, gerade so hat der Historiker behufs Feststellung des Tatsächlichen mit den Quellenzeugnissen zu verfahren.

Bernheim, Einleitung in die Geschichtswissenschaft.

Die Dege der schwarzgelben und schwarzweißroten Presse im Juli 1914 und danach hat in sehr vielen deutschen und österreichischen Hirnen den Eindruck hinterlassen, daß Serbien oder der Panlawismus das Attentat von Sarajevo angezettelt hätten, um einen Krieg heranzubekommen und den Untergang der Donaumonarchie herbeizuführen; selbst ein denkfähiger und denkwahrender Kopf wie der demokratische Kandidat für die Reichspräsidentenschaft Dr. Willy Hellpach sprach noch vor Jahresfrist von „Werkzeugen des panlawistischen Kriegsklingels“, die Franz Ferdinand ermordet hätten, und von der Absicht der Täter, „europäische Wirren um jeden Preis zu entfesseln“. Mit einer derart herbeigeführten besonderen Aufnahmefähigkeit der Gemüter rechnet eine Propaganda, die von Berlin ausgeht, namentlich in den letzten Monaten die serbische Regierung mit der Verantwortung für den Anschlag gegen den Erzherzog zu belasten sucht. Der Gedankengang vieler dieser „Schuldliche“-Trompeter ist sehr simpel: Sind die Belgrader Machthaber am Tode des österreichisch-ungarischen Thronfolgers mitschuldig, so war das Ultimatum des Ballhausplatzes gerechtfertigt, die Rückendeckung Wiens durch Berlin in Ordnung, die Einmischung Petersburgs ein Frevel, die Rolle Frankreichs und Englands Unterstützung einer Mörderbande, kurz: Sabsburger und Hohenzollern, Berchtold und Bethmann, Conrad und Moltke stehen als Unschuldengel in bengalischer Beleuchtung da, und nur durch ein Versehen der Weltgeschichte sind wir zur Republik gelangt.

Wenn sich Blätter aller Richtungen in den Dienst dieser Propaganda stellen, so ist ihr Mittelpunkt doch „Die Kriegsschuldfrage“. Monatschrift für internationale Aufklärung, herausgegeben von der Zentralstelle für Erforschung der Kriegursachen und geleitet von Alfred Weyerer. „Internationale Aufklärung“ und „Erforschung der Kriegursachen“ klingen gut, aber leider handelt es sich bei einem Blatt, das sogar die Unterdrückung der Nationalitäten in Ungarn glatt leugnet, mehr um Trübung als um Aufklärung,

und das Institut hieße besser Zentralstelle zur Entlastung der Mittelmächte, denn mit heikem Bemühen trägt es nur das zusammen, was die Berliner und Wiener Machthaber reinzuwaschen geeignet ist. Namentlich in der jetzt wieder aufgerollten Frage des Attentats von Sarajevo wird mit einer nicht mehr zu überbietenden Voreingenommenheit gearbeitet. Obwohl zu den Helfern der „Kriegsschuldfrage“ Historiker von Fach und Rang gehören, werden die Quellen nicht nach den Grundsätzen auf ihre Glaubwürdigkeit geprüft, die schon dem Studenten der Geschichte im ersten Semester geläufig sind, sondern sie werden ausgenutzt oder verworfen, je nachdem sie für die These von der Schuld der Belgrader Regierung auszuschlachten sind oder nicht.

Dafür häuten sich die Beweise. Im April dieses Jahres ließ sich das serbische Chauvinistenblatt „Balkan“ angeblich von „einem hochangesehenen, ehemals österreichischen Offizier“ den Vären ausbilden, daß maßgebende Kreise in Wien Franz Ferdinand zum Verzicht auf die Thronfolge hätten bewegen wollen; zum Ausgleich sollte er als Herzog von Eliaß-Lothringen deutscher Bundesfürst werden, während Wilhelms II. Tochter dem dann fälligen Thronfolger Karl als Gattin zugeordnet

war. Da der Erzherzog sich erbittert gegen die Zünunung wehrte hätten im Auftrag jener Wiener Kreise der Präsidentschaft der bosnischen Landesregierung Baron Kotas und der Polizeidirektor von Sarajevo, Berde, durch unmittelbares Eingreifen den Attentätern den Anschlag ermöglicht. Sollte jemand dieses an verdächtiger Stelle stehende anonyme und ungereimte Zeug als lauterer Geschichtsquelle anführen, so erhöhe die „Kriegsschuldfrage“ mit Recht entrüsteten Widerspruch. Aber wenn in der Zeitschrift „La Fédération Balcanique“, die der bolschewistischen Revolutionierung des europäischen Südoftens dient, ein gänzlich Unbekannter des Namens oder vielmehr Decknamens Nikola Renadowitsch ohne den Schatten eines Beweises auftritt, daß neben dem russischen Gesandten Hartwig der damalige serbische Thronfolger Alexander und der Ministerpräsident Paschitsch um das Attentat gewußt und später seinen Anstifter, den Obersten Dimitrijewitsch, durch Mordmord beiseite zu schaffen gesucht hätten, so ist das für Leute, die die Aussagen eines deutschen Kommunisten über die Schuld der deutschen Machthaber als gebissene Lüge verächtlich abweisen würden, ein gefundenes Fressen: hochbefriedigt druckte die „Kriegsschuldfrage“ jene „Enthüllungen“ ab, allerdings verschweigend, daß es sich um ein sowjetistisches Organ handelte und der Artikel in eine Aufforderung zum bewaffneten Aufstand gegen die Belgrader Regierung ausklang.

Ein andres Beispiel: Als glühende Serben-schwärmerin hat die Schweizerin E. Sturzenegger über die Balkankriege und den Weltkrieg mancherlei geschrieben; unter anderm druckte sie in heller Empörung die vorgebliche Anleitung eines österreichisch-ungarischen Generals Horstein für das Verhalten seiner Truppen in Serbien also ab:

Brüder, Soldaten, wir kommen bald in ein Land und zu einem Volke, das schlimmer ist als die grausamsten Barbaren... Daher befehle ich euch, gegen diese Bande keine Humanität walten zu lassen, sondern alles, was serbisch ist, zu vernichten und jedermann, der serbisch spricht, ohne Gnade niederzuschießen.

Wer so bis zur Naivität kritiklos ist, daß er annimmt, ein k. u. k. General rede seine Untergebenen nach serbischem Muster mit „Brüder!“ an und erlasse offen solche Mordbefehle, entbehrt am Zeugenstand der Geschichte jeglichen Gewichts. Aber es gibt eine englische Sturzenegger, Miß Edith Durham geheißten, die genau so kritiklos eine Unmenge Klatsch und Tratsch aus dem Balkan zusammengeschleppt hat, nur daß sie im Gegen-

jak zu der Schweizerin eine verbissene Serbenfeindin und glühende Albanerschwärmerin ist. Obwohl die zur Entfaltung einer Kriegsbege im November 1912 in die Welt gejagte Kunde, daß der österreichische Konsul in Brizren, Prohaska, von den einrückenden Serben mißhandelt, verstümmelt oder gar getötet worden sei, nach dem Communiqué des Ballhausplatzes selbst „jeder Grundlage entbehrte“, schreibt sie noch 1920 das Gefasel eines dem Schnaps zugänglichen Montenegrineres also nach:

Prohaska wurde, nachdem er einige Wochen im Gefängnis gesessen, wieder auf freien Fuß gesetzt. Oesterreich würdigte seinen Stolz hinunter und begnügte sich mit einer serbischen Entschuldigung. Prohaska erhielt eine Entschädigung und wurde zum Schweigen verpflichtet. Wie mein Gewährsmann vorausgesetzt, magte Oesterreich nicht, seine Demütigung bekanntzugeben.

Aber weil Miß Durham aus dem Handgelenk die serbische Regierung anschwärzt, daß sie das Attentat von Sarajevo angestiftet habe, um einen Kriegsbrand zu entzünden, verliert ihr offensichtlich hysterischer Altmieberklatsch trotz aller Konflikte mit der Wahrheit für die deutschen Kriegsschuldphilologen als Quelle nicht an Wert; ihr Buch, „Twenty years of Balkan tangle“, schleunigst ins Deutsche übertragen, wurde von keinem Geringeren denn Professor Hans Delbrück als „die beste neuere Publikation über das serbische Problem“ gerühmt, und ihre Artikel druckt die „Kriegsschuldfrage“ freudestrahlend nach. Dabei entgeht diesen (nicht Historikern, sondern) Advokaten mancher Lederbissen, weil sie über Südslawisches nur aus zweiter oder dritter Hand unterrichtet werden. So hat am 31. August 1924 der inzwischen zu Kreuz gekrochene Führer der Kroatischen Bauernpartei Stjepan Raditch in einer Sitzung seiner Getreuen behauptet, daß Paschitsch den Erzherzog habe ermordet und sich deshalb von seinen Freunden als Anstifter des Weltkrieges habe feiern lassen; der „Kriegsschuldfrage“, die ja sicher keinen Anstoß daran nimmt, daß Raditch ein psychopathischer Schwächer ist, mit Quellenangabe: „Slobodni Dom“, Ugram vom 3. September 1924 zur beliebigen Verwendung!

Was der Ballhausplatz mittelbar oder unmittelbar an Quellen in Druck gegeben hat, wird der unbefangene Geschichtsforscher ebenfalls mit dem Mißtrauen betrachten, das einer im Friedjung-Prozess der größten Fälschungen überführten Behörde gebührt. Das sechzehn Seiten starke Memoire mit achtunddreißig Seiten Beilagen, das im Juli 1914 zur Rechtfertigung des Ultimatum in der Eile aus ganz unzureichendem Material zusammengestoppelt wurde, stützt sich denn neben Nichts sagendem und Belanglosem auf Verächte von Spitzeln und ähnlichen konfiszieren Subjekten. Auch der Leopold Mandl wäre schon deshalb mit Vorsicht zu genießen, weil er eben ein journalistischer Galopin des Ballhausplatzes war, aber überdies ist er als Fälscher entlarvt worden, da er in sein Buch „Die Habsburger und die serbische Frage“ eine von ihm frei erfundene Aeußerung Paschitsch eingeschummelt, und hat sich selbst 1924 als Lügner entlarvt, da er eingestand, in jenem Pamphlet die Tatsache einer nach Wien gerichteten serbischen Warnung vor dem Attentat von Sarajevo wider besseres Wissen bestritten zu haben; für den Kreis der „Kriegsschuldfrage“ gilt er gleichwohl als Autorität und Orakel und darf, dunkle Gewährsmänner zitternd, dunkle Geschichten verapfen. Auch die angeblich attennmäßige Darstellung des Prozesses gegen die Attentäter von Sarajevo, 1918 in Berlin erschienen, ist zum mindesten ein willkürlicher Auszug aus dem Bericht über die hinter verschlossenen Türen geführte Verhandlung. Wie liebedlich er zusammengestellt wurde, zeigt neben andern die Behauptung, daß der frühere österreichische Offizier Milan Pribitschewitsch „einer der Hauptlinge der Belgrader Verschwörung“ gewesen

und während des Weltkrieges von den eigenen Soldaten, „die in ihm den Anstifter des Unglücks ihres Volkes erblickten“, erschlagen worden sei; in Wahrheit erfuhr der Ballhausplatz schon im Juli 1914, daß Pribitschewitsch mit dem Attentat aber auch gar nichts zu tun hatte, und am Leben ist der damals Totgesagte heute noch! Eine der wichtigsten Geschichtsquellen für das Verhältnis zwischen Wien und Belgrad ist dagegen, von der „Kriegsschuldfrage“ merkwürdig wenig ausgenützt, das von der österreichischen Republik 1919 herausgegebene Rotbuch „Diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges“, I bis III, und als Ergänzung dazu G o o b „Das Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkrieges“, Wien 1919. Auch die Lebenserinnerungen des Feldmarschalls Conrad-Hörsendorf „Aus meiner Dienstzeit“, I bis IV, liefern, weil dieser gerade Soldat aus seinem Herzen keine Mördergrube machte, manchen wertvollen Aufschluß.

Den serbischen Quellen wird an sich der Forscher weder kritischer noch unkritischer gegenüberreten als beliebigen andern, aber sie haben zum Teil einen Vorzug: sie schöpfen, was die Tat von Sarajevo angeht, statt aus Vermutungen aus Kenntnis der Dinge und sind von Nationalisten geschrieben, die in der Tötung des verhassten Habsburgers kein Verbrechen, sondern eine Tolls-Tat sehen und darum mit ihrem Wissen nicht ängstlich hinter dem Berge halten. Am meisten in die deutsche Erörterung gezogen wurde die in Uebersetzung vorliegende Abhandlung des Belgrader Historikers Stanoje Stanojewitsch „Die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand“, Frankfurt am Main 1923, und das in einem Sammelwerk abgedruckte Buchstück aus den Aufzeichnungen des früheren Ministers und Radikalführers Djuba Zowanowitsch „Posle Vidovdana 1914 godine“ (Nach dem Beitritt des Jahres 1914); dazu treten seine weiter ausholenden Artikel in der Zeitschrift „Novi Zivot“. In der deutschen Öffentlichkeit wenig Beachtung dagegen fand bisher Borivoje Zewitsch' Schrift „Sarajevski Atentat“ (Das Attentat von Sarajevo), Sarajevo 1923, obwohl sie, von einem der Verschwörer selbst herrührend und mit ebensoviel Sachkenntnis wie Offenherzigkeit geschrieben, ein Quellenwerk ersten Ranges darstellt. Einblick in die serbische Geheimgesellschaft, zu der Fäden von Sarajevo hinüberleiten, gewährt der offizielle Verhandlungsbericht über den Saloniker Prozeß „Tajna prevratna Organizacija“ (Eine geheime Umsturzorganisation), Saloniki 1918, der allerdings trotz seiner Dieleibigkeit auch gestutzt ist; eine Ergänzung bieten die Broschüre „Solunski Proces“ (Der Saloniker Prozeß), Belgrad 1923, die wahrscheinlich eines der Opfer jener Justizaktion zum Verfasser hat, und einige Artikel in der Agrarier Revue „Nova Evropa“.

Werden diese Quellen so benutzt, wie es die historische Methodologie verlangt, nämlich gleich Zeugenaussagen vor Gericht auf ihre Glaubwürdigkeit geprüft und abgewogen, so fällt durch ihre Zusammenstellung und Vergleichung hinreichend helles Licht nicht nur auf die Tat von Sarajevo, sondern auch auf ihre Hintergründe.

Das Attentat von Sarajevo.

Eine historisch-kritische Untersuchung.

Von Hermann Wendel.

2. Die Hintergründe der Tat.

Das Attentat von Sarajevo war nicht die Tat eines einzelnen, eines nationalen Exaltados, sondern der gesamten Jugend in Bosnien. Es entsprang demnach nicht einem Augenblick, sondern war ein lange vorbereiteter Werk, gerüstet von einem ganzen Geschlecht, das entschlossen war, für seine Menschen- und Volksrechte auf Leben und Tod mit dem Feind zu kämpfen.

Jewtitsch, Sarajewski Attentat.

Die Tat von Sarajevo war so wenig eine Einzelaktion wie etwa die Ermordung des Herzogs Karl von Parma Anno 1854, in der sich der Befreiungskampf der Italiener gegen die habsburgische Fremdherrschaft zusammenballte; den 28. Juni 1914 versteht nur, wer ihn aus dem Gesichtspunkt des Jahrzehnte währenden Ringens der Südslawen um Freiheit und Einheit betrachtet. Aber selbst im engeren Rahmen gespannt, erscheint der Anschlag auf Franz Ferdinand verzerrt, wenn er nur aus dem Willen von ein paar Individuen statt aus der Stimmung eines ganzen Landes abgeleitet wird.

Hatte sich in den 1878 von Oesterreich-Ungarn okkupierten Provinzen Bosnien und Herzegowina der Kampf um die nationale Selbstbehauptung anfangs opportunistisch, sogar als Drang nach kirchlicher Autonomie, vermunnt, so trat mit dem zwanzigsten Jahrhundert wie allenthalben im slawischen Süden eine entschlossenerere Jugend auf den Plan, die, nach Tat und Erlebnis hungernd, die Nachgiebigkeit und Konzessionsmeierei der politischen Kräfte zu tiefst verachtete. In Wiener und Prager Universitäten geschult, mit einem Blick fürs Dekonomische und entwickeltem sozialen Nerv verwarfen diese jungen Leute die romantische Phrasologie der älteren Generation und suchten dem Nationalismus einen sozialen Inhalt zu geben; die Agrarfrage, die Befreiung der unter feudalem Joch ächzenden Pachtbauern, erfahnten sie als das wichtigste Problem ihrer bosnischen Heimat. Drei geschichtliche Ereignisse waren es, die das Fieber dieser Jugend schürten. Die russische Revolution von 1905 lenkte sie von dem Vorbild der deutschen und italienischen Einigungskämpfe auf das Beispiel der Petersburger Sozialrevolutionäre und drückte ihr Herzens, Balunins und Kropotkins Werke in die Hand; die Annexion Bosniens und der Herzegowina 1908 flachtelte ihren Ingrimm, da sich die Wiener und Budapester Machthaber mit diesem Akt auf die Dauer in den beiden in Kern und Hülle serbokroatischen Gauen einrichteten, und der erste Balkankrieg mit der raschen Befreiung Altserbiens und Mazedoniens 1912 entzündete in ihrer Seele hell die Flamme der Hoffnung auf Serbien als „Piemont des Südslawentums“.

Da seit Erlaß der Konstitution von Verfassung im Jahre 1910 die politischen Parteien noch tiefer in den Sumpf des Opportunismus waten und die Ohren der Bauernmassen sich allzu stumpf für revolutionäre Werbung erwiesen, keimte unter dem Einfluß russischer Theorien die Ueberzeugung von der Heilwirkung der „individuellen Aktion“ in den Köpfen der „Mlada Bosna“ (Jungbosnien), die sich nicht nur aus Studenten und Mittelschülern, sondern auch aus Arbeitern und Kleinbürgern zusammensetzte. Nach russischem Muster bildeten sich Kružoci, Kreise, von denen keiner den andern kannte, aber in deren jedem die Bereitschaft zum Handeln lebte. Der die erste Probe aufs Exempel machte, Bogdan

Scherajitsch, war Geist vom Geiste dieser Jugend: am Tag der Landtagsöffnung feuerte er auf den Landeschef General Baresch an in alle Schäfte seines Revolvers bis auf den letzten ab, den er sich, nach verfehltem Anschlag, in die eigene Schläfe jagte. Diese Selbstaufopferung des nicht zwanzigjährigen wirkte mächtig auf seine Gesinnungsgenossen; mehr als alles andre hat Scherajitsch' Tat die Wendung „Jungbosniens“ zur terroristischen Taktik bestimmt und damit das Los Franz Ferdinands entschieden; der junge Mensch, dessen Kugeln am 28. Juni 1914 nur zu gut trafen, hatte am Tag vorher von seinem vergötterten Vorbild Abschied genommen, indem er sein Grab mit Blumen kränzte.

In die dumpfe, gärende Stimmung Sarajewos, die durch den politischen Druck im Lande und die steten Konflikte zwischen Wien und Belgrad erzeugt wurde, fiel im Frühling 1914 die Kunde von den bevorstehenden Wandern und dem geplanten Besuch des Thronfolgers. Da Franz Ferdinand nicht nur wegen seiner scharfen Gegnerlichkeit gegen Serbien, sondern mehr noch wegen seiner Trialismuspläne, die das Südslawentum nicht einigen, sondern zerreißen, nämlich die Kroaten über die Serben, die Katholiken über die Orthodoxen erhöhen sollten, als der Feind galt, wurde die Nachricht in dem „Kreise“ um den Poeten Jowan Baragitsch und den früheren Lehrer Danilo Mititsch aufgeregt erörtert; am Ende schickte man die aus dem „Erbobran“ ausgeschnittene Notiz ohne ein Wort des Kommentars dem Buchdrucker Nedeljko Cabrinowitsch nach Belgrad; das war der erste Funke, aus dem der Brand auslodern sollte. Mit andern bosnischen Landsleuten haufte Cabrinowitsch in der Belgrader „Emigration“ in einer besonderen Umgebung. Der „Goldene Haufisch“, eine kleine Kneipe in dem „Grüner Kranz“ benannten Viertel der serbischen Hauptstadt, war ihr Standquartier, wo sie tagtäglich zusammenkamen: politische Flüchtlinge und geschäftige Gymnasiasten von „drüben“, blutjunge Träumer und pulvergewohnte Bandenkämpfer, alle die Taschen leer und den Kopf voll. Als Cabrinowitsch in dieser mit Unruhe und Erwartung geschwängerten Luft den Zettel in der Hand hielt, erfaßte er ohne weiteres den geheimen Sinn der Sendung und fand sich, ein tränklicher, sentimentaler, für das Ungewöhnliche eingenommener junger Mensch, sofort bereit, Franz Ferdinand für die „Gerausforderung“, am heiligen Trauertag des Serbentums, dem Vidovdan, als Triumphator in Sarajevo einzuziehen, zu „bestrafen“. Er schüttete mehreren Kameraden sein Herz aus, und bald verband ihn mit Gavilo Prinzip und Trifko Grabešch — beide Bosnier, beide Gymnasiasten,

beide minderjährig — der Entschluß zu dem Attentat. Da alle drei arme Teufel waren, die nicht jeden Tag zu Mittag aßen und manche Nacht auf Promenadenbänken verbrachten, wendeten sie sich wegen der Waffen und Reifemittel an einen Landsmann und Stammgast aus dem „Goldenen Haufisch“, Milan Ziganowitsch.

Seines Zeichens ein kleiner Beamter bei der Belgrader Eisenbahndirektion hatte sich Ziganowitsch als kühner Bandenkämpfer gegen die Türken hervorgetan. Als Mitglied einer Geheimgesellschaft Ujedinjenje ili smrt (Einigung oder Tod) stand er einem der einflussreichen Leute dieser Organisation, dem serbischen Major Woja Tankositsch, nahe, der auch in Mazedonien eine Bande geführt hatte. Selbst willens, das „nationale Beginnen“ zu fördern, überzeugte Ziganowitsch unschwer den Major, der bei geringer Intelligenz von patriotischem Fanatismus sprühte, daß es seine Pflicht sei, mit Bomben und Brownings auszuheilen. Während Jewtitsch, dessen Sarajewski Attentat eine bewehrte Schilderung dieser Vorgänge

umschließt die Frage, ob sich Tankossitsch noch jemand anvertraut habe, offen läßt, schiebt sich in Stanojewitsch. Die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand eine andre Gestalt in den Vordergrund, die Seele des Geheimbundes Einigung oder Tod, der Generalstabs-oberst Dragutin Dimitrijewitsch. Wie einem Abenteuerroman entsprungen, hochgemut, feurig, ehrgeizig, voll Uebermenschenkünste, mit Gewalt über die Herzen begabt, war Apis, wie von früh an sein Beinamen lautete, der geborne Verschwörer großen Stils, der den Lauf der Weltgeschichte durch Attentate zu beschleunigen dachte; in der historischen Juninacht von 1903 brachte er durch seine wilde Tatkracht das blutige Unternehmen gegen Alexander und Draga zum blutigen Ende und Komplotte 1911 gegen Franz Josef von Oesterreich-Ungarn, 1914 gegen Ferdinand von Bulgarien, 1916 gegen Konstantin von Griechenland werden ihm nachgesagt. 1911 gründete er, weil ihn zwei Jahre vorher entstandene Nationalistenverein Narodna Odbrana zu legal, lau und langweilig zu sein dünkte, vornehmlich aus Offizieren den Geheimbund Ujedinjenje ili smrt; Ziel, Befreiung und Einigung aller Serben. Mittel: Revolver und Handgranate. Wappen: Totenkopf mit gekreuzten Knochen. Vorbild: die Carbonari im vormärzlichen Italien! Nach Stanojewitsch erfuhr Dimitrijewitsch, Chef der Nachrichtenabteilung des serbischen Generalstabes, im Juni 1914 vom russischen Generalstab vertraulich, daß auf der Zusammenkunft in Konowitsch Wilhelm II. unmittelbaren Angriffsplänen Franz Ferdinands gegen Serbien zugestimmt habe; auch aus andern Meldungen gewann er den Eindruck, daß noch im Laufe des Jahres sein Vaterland dem Ueberfall durch die Donaumonarchie preisgegeben sein werde. Später hat, im Juni 1924, sein Gefährte Tscheda A. Popowitsch, früher Oberst des 23. Infanterieregiments, in den Belgrader Nowosti Bekennnisse Dimitrijewitsch' wortgetreu wiedergegeben, dessen Gedanken damals alle, erst recht nach Anlage der Manöver in Bosnien, um die Möglichkeit kreisen, des Erzherzogs vermutliche Kriegspläne zu vereiteln, weil Serbien, durch die Balkankriege ausgeblutet und ganz ungerüstet, bei einem Waffengang mit der benachbarten Großmacht sein staatliches Dasein aufs Spiel setzte. Darunter erzählte Apis:

Als ich in dieser geistigen Verfassung war, kam eines Tages Silja (Tankossitsch) in meine Kanzlei und sagte mir: „Dragutin, da sind ein paar junge Bosnier, die mir lästig fallen... Die Kinder wollen um jeden Preis eine große Tat verrichten. Sie haben gehört, daß Franz Ferdinand zu den Manövern nach Bosnien kommen wird, und bestürmen mich, daß ich sie dorthin gehen lasse. Was sagst du dazu? Soll ich sie lassen? Sie sind gut und zuverlässig. Ich habe es ihnen abgeschlagen, aber sie geben mir keine Ruhe. Ich schwankte einige Augenblicke und dachte: Es wird nicht gelingen. Wenn es jedoch zufällig doch gelänge, würde es einige Unannehmlichkeiten und Unruhe geben — aber wir wären gerettet... Und ich sagte: „Gut, Silja! Laß sie!“

Dies die Rolle des Dragutin Dimitrijewitsch, den zur Tat bereits entschlossenen Bosniern durch Tankossitsch Waffen auszuhandigen und auf Schleichpfaden durch „Kanäle“ den Weg über die Grenze zu bahnen. Nach Stanojewitsch' Darstellung teilte Apis dem Ausschuss

des Geheimbundes am 15. Juni mit, was mit seiner Hilfe im Gange sei, stieß aber, von seinem blinden Werkzeug Tankossitsch abgesehen, auf so einmütigen Widerspruch, daß er versprach, die Ausführung der Tat zu hindern.

Schon lange vor Stanojewitsch' Schrift wurde Dimitrijewitsch von nationalistischen Blättern wie „Beogradski Dnevnik“ als „Organisator“ des Attentats von Sarajevo gefeiert, auch erinnerte der frühere Minister Stojan Protitsch 1922 in seinem „Radikal“ daran, daß ein schriftliches Eingeständnis des Obersten über seine Teilnahme an der Ermordung des Erzherzogs vorliege. Dieses Dokument gelangte aber nie an die Öffentlichkeit. Dafür wurde die Schilderung Stanojewitsch', obwohl er sich bei den überlebenden Mitgliedern von „Einigung oder Tod“ unterrichtet hatte, von Freunden Dimitrijewitsch' der Parteilichkeit und Ungenauigkeit geziehen. Dr. Milovan Orba bestritt in der „Prager Presse“ vom 25. Juli 1924 aufs lebhafteste, daß Apis für die Unterweisung der Attentäter im Waffengebrauch gesorgt und der Ausschussführung des Geheimbundes den geplanten Anschlag enthüllt habe; als der Oberst sich 1917, wegen Hochverrats in gerichtlicher Untersuchung, als Urheber des Attentats von Sarajevo hingestellt habe, hätten Zigantowitsch und ein anderer Verschwörer von 1914, Scharah, ihm sagen lassen, wenn er die Behauptung nicht zurückziehe, würden sie nebst andern bosnischen Emigranten vor den Schranken klipp und klar beweisen, daß er von dem Komplotte gegen Franz Ferdinand keine Ahnung gehabt habe.

Herrscht also zwischen den Verehrern Dimitrijewitsch' und den Anhängern der „Mlada Bosna“ ein gewisser Rangstreit um das „Verdienst“ an der Missetat, so entsprang das Attentat doch zweifellos aus der Stimmung der bosnischen revolutionären Jugend; in ihren Hirnen keimte der Wille, in ihren Fäusten lag die

Ausführung. Nach den bis heute erschlossenen Quellen hat Jewitsch recht, wenn er die Initiative für Sarajevo weder bei Zigantowitsch, noch bei Tankossitsch, noch bei Dimitrijewitsch findet:

Auch wenn Tankossitsch in Einschätzung der Gefahren des Unternehmens und seiner eventuellen Folgen versucht hätte, das Attentat zu verhindern, hätte sich an der Sache nichts geändert. Es wäre ausgeführt worden; ob mit oder ohne Erfolg, ist die Frage. Aber ausgeführt hätte es irgendeiner von den Mitgliedern der „Mlada Bosna“, Danilo Iltitsch oder Michailo Puschara oder Asar Djukitsch — an den Personen lag es nicht. Und zugleich ohne „Mitteln“ aus Serbien: Revolver waren auch in Bosnien zu finden. Tatsache ist, daß die Stimmung des Hauptkreises von „Jungbosnien“ für das Attentat war, und das Attentat wäre von selbst gekommen, nicht nur als Nachwerk, sondern auch als psychologisches Bedürfnis des Aufatmens in einer erstickenen Atmosphäre.

Der beste Beweis; als sich die Princip, Cabrinowitsch und Grabesch mit ihren Bomben und Brownings über die Grenze gestohlen hatten, hielt, ungeduldig geworden, Danilo Iltitsch schon zwei andre Gruppen von Attentätern für den 28. Juni bereit.

Das Attentat von Sarajevo.

Eine historisch-kritische Untersuchung von Hermann Wendel.

3. Die serbische Regierung.

Für Belgrad ist es die höchste Zeit, einzusehen, daß ferneres Schweigen über diesen Gegenstand im Ausland als Schuldbekenntnis aufgefaßt würde.

Seton Watson in „Politika“, 10. Mai.

Daß, selbst wenn der Oberst Dimitrijewitsch der „Organisator“ des Attentats von Sarajevo wäre, die serbische Regierung in den Anschlag nicht eingeweiht war, dafür gibt es einen hündigen Beweis. Wie weit die offiziellen Gevalten anfangs das Treiben des Geheimbundes „Einigung oder Tod“ duldeten, sieht dahin; aber im Frühjahr 1913 warf sich zwischen beiden ein ernster Zwiespalt auf, da im Gegensatz zum Kabinett die von Apis geleitete Offiziersorganisation, mehr auf Bosnien als auf Mazedonien erpicht, für Zugeständnisse an Bulgarien war. Das prätorianerhafte Auftreten der hinter Dimitrijewitsch gescharten Offiziere, die durch die Siege im Balkankrieg übermütig geworden, nach preußischem Muster den Vorrang vor den Zivilbehörden heischten, verschärfte im Frühjahr 1914 den Konflikt aufs äußerste. Protitsch, Minister des Innern im Ministerium Pasic, ging mit Schließung ihres Klubgebäudes gegen die vom Volksmund „Schwarze Hand“ genannte Vereinigung vor, während sich Dimitrijewitsch mit den Oppositionsparteien unter eine Decke steckte und nach Meinung der Radikalen sogar einen Militärputsch plante. Gespannter konnte kein Verhältnis sein als das zwischen Pasic-Protitsch haben und Dimitrijewitsch-Tantossitsch dräuben; die Annahme, daß diese jene ins Vertrauen hätten ziehen können, gehört in den Bereich der Groteske. In dem Prozeß gegen die Attentäter von Sarajevo wurde denn gar nicht versucht, die serbische Regierung zu belassen, und der Untersuchungsrichter gegen Prinzip und Genossen, P f e s s e r, befandete im August letzten Jahres im „H r v a t s k i G l a s“, alle seine Bemühungen hätten zu dem unwiderleglichen Ergebnis geführt, daß das amtliche Serbien von dem Attentat nichts gewußt habe.

Der Konflikt zwischen „Schwarzer Hand“ und radikaler Partei aber spann sich bis in den Weltkrieg fort. Unter der Anklage, im September 1916 durch einen Anschlag auf das Leben des Prinzregenten Alexander den Sturz der Regierung und die Errichtung einer Offiziersdiktatur vorbereitet zu haben, wurde Dimitrijewitsch mit einer Anzahl Gefährten einige Monate darauf in Saloniki verhaftet, vor ein Kriegsgericht gestellt, zum Tode verurteilt und am 26. Juni 1917 erschossen. Darüber brach die zu Kriegsbeginn gebildete Koalitionsregierung auseinander, und heute noch ist der geheimnisvolle Saloniker Prozeß eine offene Wunde am politischen Leibe Südslawiens. Die Radikalen nämlich verdächtigten Apis, nach der Macht gegriffen zu haben, um zu einem Sonderfrieden mit Deutschland die Brücke zu schlagen und räumen ein, daß eine Begnadigung ausgeschlossen gewesen sei, weil der Oberst die Verantwortung für die Ermordung Franz Ferdinands auf sich genommen habe. Umgekehrt behaupten seine Anhänger, daß die radikale Partei auf einen Sonderfrieden mit Oesterreich-Ungarn ausgegangen sei und Dimitrijewitsch wegen der Tat von Sarajevo auf dem Altar der zu erwartenden Verhandlungen mit Wien geopfert habe. Erst mit der Aufhellung dieser dunklen Angelegenheit wird auch die Rolle Dimitrijewitsch am 28. Juni 1914 aus dem Zwielicht der Vermutungen und Bezichtigungen heraustreten.

Schon am Tage nach dem Attentat war auch in der deutschen Presse die Rede von einer Warnung des serbischen Gesandten in Wien vor der Reise des Thronfolgers nach Sarajevo und am 7. Juli bestätigte Pasic in einem Interview, daß seine Regierung die zuständigen Stellen der Donaumonarchie rechtzeitig habe warnen lassen. In der Kriegsliteratur der Entente ging diese Behauptung ein, aber bei den Mittelmächten zog niemand den naheliegenden Schluß, daß, wer warnt, weiß; denn B e r c h t o l d und sein Schwarm leugneten die Tatsache der Warnung überhaupt. Ein schärferes Bild davon ergab sich, als der Radikalführer Djuba J o w a n o w i t s c h im vergangenen Sommer in einem Gedächtniswert zur zehnten Wiederkehr des Kriegsausbruches persönliche Erinnerungen an 1914 veröffentlichte. Dort berichtete er, Ende Mai oder Anfang Juni (alten Stils) mit den andern Ministern von Pasitsch vernommen zu haben, „daß einige Personen im Begriff seien, nach Sarajevo zu gehen um Franz Ferdinand zu ermorden, der zum feierlichen Empfang am Bidovand dahin kommen sollte.“ Der europäischen Öffentlichkeit wurde diese Erzählung durch die „Frankfurter Zeitung“ vom 25. Juli 1924, erschlossen, ohne daß jemand viel Wesens davon gemacht hätte; die Kreise hinter der „Kriegsschuldfrage“ lesen anscheinend die Blätter der Linken nicht aufmerksam. Erst als im November Miß D u r h a m bei J o w a n o w i t s c h Aufzeichnungen einhakte, um eine ihrer üblichen pathetischen Anklagen gegen Belgrad loszulassen, wurde auch die „Kriegsschuldfrage“ munter und der Frontalangriff der deutschen Kriegsschuld-Philologen gegen die serbische Regierung begann. Aber auch wer ohne vorgefaßte Meinung jener Äußerung naht, vermag ihre Bedeutung nicht zu leugnen.

Als Journalist und Parlamentarier, Universitätsprofessor und Minister a. D. ist J o w a n o w i t s c h ganz gewiß nicht ein Wirtkopf, der nicht wüßte, was er sagte. Sein Zeugnis legt demnach fest, daß wirklich dem Kabinett Pasic von dem geplanten Anschlag auf den Erzherzog vorher etwas bekannt gewesen ist. Unternahm es nichts oder nicht Genügendes, die Bluttat zu hindern, so fällt schwerer Vorwurf auf sein Haupt denn die Sophistik der Belgrader Zeitschrift „Pokret“, daß die serbische Regierung nicht moralisch gebunden sei, um den Todfeind des Serbentums väterliche Fürsorge zu entfallen, ist eben Sophistik. Für eine Regierung gilt kein anderer moralischer Maßstab als für den Privatmann, und wenn für diesen, falls er als Mitwisser eines geplanten Verbrechens nicht der Behörde oder dem Bedrohten Anzeige erstattet, der Paragraph 139,

des deutschen Strafgesetzes Gefängnis bereit hat, so liegt auch jener die gleiche Pflicht ob.

Zur Erfüllung des Tatbestandes dieses Paragraphen gehört die „glaubhafte Kenntnis“ von dem vorbereiteten Verbrechen. Woher Pasitsch seine Wissenschaft hatte, ist bis heute unbekannt. Da er nicht von den Beteiligten eingeweiht sein konnte, war er auf Gerüchte oder Polizeiberichte angewiesen. Vor dem Kriege war Belgrad eine Kleinstadt, und was für den ziemlich ausgebreiteten Kreis der bosnischen Emigranten und andern Stammgäste im „Goldenen Saifisch“ kein Geheimnis war, vermochte leicht zu andern Ohren zu dringen. J o w a n o w i t s c h erklärte als Ergänzung zu seinen Aufzeichnungen einem Ausfrager des „Figaro“, daß die Kenntnis der Regierung aus „einigen sehr unbestimmten Denunziationen“ geflossen sei und nannte in „Novi Zivot“ die Voraussetzung unbegründet, „daß die serbische Regierung damals alles gewußt habe, was sich gegen das Leben des habsburgischen Erzherzogs vorbereitete.“ Vielleicht war das, was

Pasitsch irgendein Wind zutrug, hinreichend vag, aber jedenfalls kannte die Regierung die Gruppe, die die Tat rüstete, und den Tag, für den sie rüstete.

Daf sie aber die Dinge nicht mit gekreuzten Armen laufen ließ, sondern dem rollenden Rad in die Speichen zu greifen versuchte, ergibt sich aus Zowanowitsch' Notizen:

Sowohl Herr Pasitsch als auch wir andern sagten, man müsse den jungen Leuten, die dieserhalb aus Belgrad kämen, das Ueberschreiten der Grenze verwehren, und Protitsch erhielt den Auftrag, den Grenzbehörden an der Drina entsprechende Weisung zu erteilen. Aber diese Grenz„behörden“ gehörten selbst der Organisation an, führten Protitsch' Befehl nicht aus und meldeten ihm, wie er uns später mitteilte, daß ihnen die Weisung zu spät zugegangen sei und daß sich jene jungen Leute schon über die Grenze gemacht hätten. So scheiterte der Versuch der Regierung, die Ausführung des Anschlages zu verhindern.

Später fügte Zowanowitsch hinzu, die Oesterreicher hätten 1914 bei der ersten Besetzung von Lositzka im Lagebuch des serbischen Grenzoftiziers Kosta Lodorowitsch den strengen Befehl des Kriegsministers Obersten Dusan Stefanowitsch gefunden, „den erwähnten Jünglingen aus Bosnien das Ueberschreiten der Grenze zu verwehren“.

Wendet man sich der Warnung der serbischen Regierung in Wien zu, versängt sich der Fuß sofort in ein Gestrüpp von Widersprüchen. Stojanowitsch bezeugt, daß das Belgrader Kabinett seinen Gesandten in Wien amtlich beschieden habe, Verchtold vor der Fahrt Franz Ferdinands nach Sarajevo zu warnen, und behauptet unter Anführung des Registerzeichens, daß darüber im Archiv des österreichischen Ministeriums des Innern ein Akt liege; als dieser Fingerzeig zu einer Polemik über die „Kriegsschuldfrage“ führte, wurde seinem Vertrauensmann Dr. Heinrich Ranner die Einsicht in die Akten allerdings verweigert. Aus dem Frühjahr 1924 gibt es ein Geständnis Leopold Mandls, schon während des Krieges von dem Pressechef des gemeinsamen Finanzministeriums erfahren zu haben, daß eine Warnung der serbischen Gesandtschaft an den Finanzminister Bilinski ergangen sei. Etliche Wochen danach offenbarte ein früheres Mitglied der serbischen Gesandtschaft, Djordje Jossimowitsch, in der „Wiener Sonn- und Montags-Zeitung“, daß sich der Gesandte Zoka Zowanowitsch am 21. Juni 1914 des drei Tage vorher von Pasitsch erhaltenen Auftrages zur Warnung bei Bilinski entledigt habe. Zugleich erklärte der Gesandte Zowanowitsch selbst im „Neuen Wiener Tagblatt“, daß er auf eigene Faust Bilinski eine allgemein gehaltene Warnung übermittelt habe. Zjuba Zowanowitsch dagegen erwähnte in seinen 1924 veröffentlichten Erinnerungen, daß der Gesandte auf eigene Initiative Schritte in Wien unternommen habe, und versicherte

1925 dem „Figaro“-Mann, daß das Belgrader Kabinett ihn zu seiner Warnung veranlaßt habe. Seton Watson wiederum, der bekannte britische Balkankenner und Südslawenfreund, bestritt „auf Grund von Zeugnissen aus erster Hand“, daß Belgrad eine solche Anweisung erlassen habe.

Da sich aus diesen einander widersprechenden Zeugnissen ein klares Bild über Herkunft und Art der Warnung nicht gewinnen läßt, hält Seton Watson den Belgrader Machthabern sehr entschieden vor, daß von ihnen „amtliche Erklärungen in kategorischem Ton“ erwartet würden. Aber in seiner halborientalischen Raffigkeit hat Pasitsch anscheinend die ganze Sache immer sehr leicht genommen. Nach dem 28. Juni tat er nichts, sich der Tankossitsch und Ziganowitsch zu versichern, obwohl sie sofort als Mitschuldige genannt wurden; sein Blaubuch von 1914 war das Dürftigste vom Dürftigen, und auch jetzt hüllt er sich trotz aller Aufforderungen, die auch aus dem eigenen Lande kommen, in beharrliches Schweigen. Mit dem Verlangen, daß sämtliche Geheimakten und -berichte von 1903 bis 1914 wie auch der vertrauliche Briefwechsel zwischen Belgrad und Petersburg veröffentlicht und so der Prüfung durch die Geschichte eröffnet werden, steht der angesehenere „Srbski Knjizevni Glasnik“ nicht allein da. Aber alle Kenner der Verhältnisse, mögen sie auch die erbittertsten innerpolitischen Feinde Pasitsch sein, decken sich in ihrer Meinung etwa mit der Agrarer „Nova Evropa“, die auch die Radikalen grimmig befiehlt:

Nach allem, was man heute weiß und was sich beweisen läßt, war die Regierung Pasitsch zusammen mit Zjuba Zowanowitsch weder in diesem Attentat verwickelt noch konnte sie viel davon wissen... Pasitsch und Zowanowitsch tragen weder die Schuld noch haben sie ein Verdienst an dem Attentat von Sarajevo und den Ereignissen danach... Von den Vorbereitungen zum Attentat konnten sie, und auch das nur privat und einzeln, nicht als Regierung durch ihre Organe, gerade so viel wissen, wie auch alle andern mehr oder minder unterrichteten Sterblichen in Belgrad, mit denen die Verschwörer und bosnischen Studenten in Berührung kamen. Und das war, in der Tat, nicht genug, um amtliche Noten mit Berichten über so delikate und zweifelhafte Dinge an Oesterreich oder gar an die andern Mächte zu richten; solche Noten wären unter den obwal-

den Umständen eher als Provokation, denn als freundschaftlicher Akt aufgenommen worden.

Wie dem aber sein mag, die Belgrader Regierung hat vor Europa die Pflicht, endlich das Schweigen zu brechen, das ihr selbst am meisten schadet, und im Dienst der historischen Wahrheit ihren Geheimaktenstrank aufzusperrern.

Das Attentat von Sarajevo.

Eine historisch-kritische Untersuchung von Hermann Wendel.

4. Der Ballhausplatz.

Für Oesterreich-Ungarn handelte es sich nicht um die Entgeltung für den Mord, es handelte sich vielmehr um die höchst praktische Bedeutung des Prestiges einer Großmacht.

Conrad v. Hözendorf
Aus meiner Dienstzeit, IV.

Durch die Art, wie sie auf das Attentat von Sarajevo reagierten, stellten sich die Machthaber der Donatmonarchie ins historische Unrecht, denn mit diesem wie mit jedem andern Teil ihrer Südslawenpolitik vertraten sie eine Familie gegen zehn Millionen Menschen, dynastische Selbstsucht gegen Volkswillen, pragmatische Sanktion gegen nationales Erwachen, Mittelalter gegen zwanzigstes Jahrhundert; wer Verchtolds Vorgehen im Prinzip rechtfertigt, erteilt nachträglich auch allen Rücken und Rücken, mit denen die Metternich und Schwarzenberg die deutsche und italienische Einheit zu hindern suchten, seinen Segen. Aber auch auf das formal Juristische hin angezogen, das den deutschen Schuldfragestäubchenjüngern mehr am Herzen liegt als das Historische, befand sich der Ballhausplatz im Unrecht.

Ist das Verhalten der serbischen Regierung vor dem Attentat nicht völlig aufgeklärt, so liegt das Benehmen der k. und k. Behörden erst recht in geheimnisvollem Dunkel. Was es auch mit dem Schritt des Gesandten Gowanowitsch auf sich hat, an Warnungen überhaupt vor der Fahrt des Erzherzogs fehlte es nicht; sie stammten aus Sarajevo, Agram und Wien, sie ergingen an das Ministerium des Auswärtigen, an das Oberhofmeisteramt im Belvedere und an andre Behörden, sie waren amtlich und privat. Besonders eindringlich lauteten, wie Richard Wiener im August 1923 in der „Frankfurter Zeitung“ zu berichten wußte, die Abmahnungen der bosnischen Landesregierung, die bei Erhebungen über die Volkstimmung in beiden Provinzen zu niederschmetternden Ergebnissen gelangt war. Aber als Antwort kam von oben herab nur ein scharfer Verweis: die Reise des Thronfolgers sei ausschließlich eine militärische Angelegenheit; eine Verantwortung der Zivilbehörden werde weder gewünscht noch gern gesehen; sie hätten sich in die Sache nicht einzumengen, vor allem aber unerbetene Warnungen zu unterlassen. Da von diesen und andern Warnungen manches bis zu den Ohren Franz Ferdinands durchsickerte, trat er mit dem äußersten Unbehagen und nicht verhehltem inneren Widerstreben die verhängnisvolle Fahrt an.

Auch an Sicherheitsvorkehrungen mangelte es auf einem unterwühlten Boden wie dem Sarajevos so gut wie ganz. Bei einem früheren Besuch des Kaisers wurde die ganze Stadt abgesperrt, alles, was entfernt „verdächtig“ aussah, von der Straße ferngehalten, und durch ein dichtes Spalier von Soldaten, die mit dem Gesicht der gaffenden Menge zugekehrt waren, der Weg geschützt; bei der Anwesenheit des Erzherzogs das genaue Gegenteil: die Stadt von der Garnison entblößt, die angeforderten Polizeigenossen abgelehnt, selbst nach dem ersten mißglückten Anschlag noch eine Sorglosigkeit und Lässigkeit sondergleichen. Und nachher eine Schonung der Verantwortlichen, die dem deutschen Botschafter Tschirch die nachdenkliche Bemerkung entlockte: „Wenn in irgendeinem Bahnhof ein Erzherzog durch einen Fliegenstich verletzt würde, müßte es der Stationschef unter Umständen sogar mit seinem Posten büßen.“

Doch für die Treibjagd in den Straßen von Sarajevo krümmt man niemand ein Haar.“ Ob diese Summe von Unbegreiflichkeiten nur durch den eifersüchtigen Widerstreit zwischen militärischen und zivilen Machthabern in Bosnien oder auch noch anders zu erklären ist, das zu erforschen wäre für jedermann ein verdienstvolleres Unternehmen als der ewig vergebliche Versuch, den habsburgischen Mähren weizuwaschen.

Denn die 1919 veröffentlichten Dokumente vom Ballhausplatz tun unwiderleglich dar, daß zwischen Attentat und Krieg keineswegs das Verhältnis von Ursache und Wirkung bestand. Am Tage nach der Tat meinte Verchtold noch, daß man den Ausgang der Untersuchung abwarten müsse. Aber sie förderte schon deshalb nichts zutage, weil die österreichisch-ungarischen Behörden trotz oder eher wegen aller ihrer Spitzel und Späher von den Zuständen im slawischen Süden, namentlich in Serbien, nur ein ganz verschwommenes Bild hatten; während die Narodni Odbrana und die Schwarze Hand scharfe Gegensätze bildeten, hielt der Staatsanwalt im Attentäterprozeß diese für eine Unterabteilung jener, und in allen Akten und Artikeln häuften sich die Anschuldigungen gegen die Narodni Odbrana, die mit der Ermordung Franz Ferdinands nicht mehr zu tun hatte als die Scharaffia. Was aber der Ballhausplatz am 14. Juli durch seinen nach Sarajevo entsendeten Sektionsrat Wiesner über die Untersuchung erfuhr, war für Serbien alles andre als belastend: „Mitwisserschaft der serbischen Regierung“, sagte das Telegramm, „an der Leitung des Attentats oder dessen Vorbereitung und Beistellung der Waffen durch nichts erwiesen oder auch nur zu vermuten. Es bestehen vielmehr Anhaltspunkte, dies als ausgeschlossen anzusehen.“ Verchtold selbst war denn der Meinung, daß das Attentat den Belgrader Machthabern höchst unwillkommen gewesen sei, und des Ministers rechte Hand, Graf Hoyos, bekannte später, er habe nie geglaubt — nie! also auch im Juli 1914 nicht —, „daß die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand von maßgebender Stelle in Belgrad oder in Petersburg aus vorbereitet oder gewollt worden“ sei. Schauerliche Vorstellung: während die Masse der Spießbürger durch die wilde Heze einer vom Ballhausplatz mit Stichworten versehenen Presse („Reichspost“! Red.) bis zur Tollwut gegen Belgrad aufgepeitscht wird, sind die Drahtzieher der verbrecherischen Mache von der Verlogenheit ihres eigenen Manövers überzeugt!

Für sie war das Attentat von Sarajevo eben nur ein erwünschter „Anlaß“, eine gefundene „Gelegenheit“, den seit lange geplanten Krieg gegen Serbien vom Zaune zu brechen; was sie 1912 und 1913 verhalten, führten sie 1914 aus, weil sie, vornehmlich durch den Tod

der Herzogin von Hohenberg, vor Europa in einer „glänzenden moralischen Position“ zu sein wähnten. Aber von einer Sühne für das Verbrechen ging in der entscheidenden Sitzung des Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten am 7. Juli 1914 nicht mit einer winzigen Silbe die Rede; Beratungsgegenstand war nur, ob der Augenblick günstig sei, „Serbien durch eine Kraftäußerung für immer unschädlich zu machen“. Ein monomaner Wille zum Krieg sprach aus allen Neußerungen, die in diesem diplomatischen Verbrecherteller fielen, und es ist wirklich ein müßiger Scherz, herumzurätseln, wie es zuweilen geschieht, ob die Forderungen des Ultimatums „berechtigt“ waren und ob Belgrad sie annehmen konnte, denn ursprünglich bestand die Absicht, ohne diplomatisches Vorspiel und ohne Kriegserklärung frisch und fröhlich über Serbien herzufallen und die auf Liszas Einspruch beschlossene „befristete Note“ sollte nur der Fidibus sein, das Kriegsfeuer zu entzünden. Alle die hochgeborenen und hochwohlgeborenen

Herrn, mit einziger Ausnahme des ungarischen Ministerpräsidenten, stimmten darin überein, daß „ganz unannehmbare Forderungen an Serbien gestellt werden müßten, damit es bestimmt zum Kriege kommt“. Tisza traf ins Schwarze, wenn er sagte, im Ministerrat sei die Absicht gereift, „den Krieg mit Serbien zu provozieren“, und auch der Gesandte in Rom, Meres, sprach logisch von dem Vorhaben des Ballhausplatzes, den friegerischen Konflikt zu „forcieren“. So unbedingt war der Kriegswille der Wiener Gewalthaber, daß sie auch der Gedanke an den Weltkrieg nicht für einen Atemzuges Länge von ihrem frevlen Beginnen abhielt: Berchtold erklärte nach Aussage des unkorrigierten Protokolls am 7. Juli mit kühler Ruhe, „daß der Krieg mit Rußland infolge unseres Einmarsches in Serbien sehr wahrscheinlich sei“ und Czernin bezeugt: „Zweifel darüber, daß der serbische Krieg den russischen nach sich ziehen werde, dürfte Berchtold nicht gehabt haben.“ Aber, der Rückendeckung durch Potsdam gewiß, sorgten sich die Verantwortlichen am Ballhausplatz einzig darum, daß ihnen durch Nachgiebigkeit Serbiens der Krieg in letzter Minute entgleiten könnte, und schiffen und spixten deshalb die Note an Belgrad so zu, daß der Erfolg eintreten mußte; sich die Hände reibend, stellte jener Graf Goyoz von den Forderungen des Ultimatum fest, daß „ein Staat, der noch etwas Selbstbewußtsein und Würde habe, sie eigentlich unmöglich annehmen könne“. Die schüchterne Einwendung der Belgrader Regierung gegen einen der elf Punkte, die sie alle sonst schluckte, genügte zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen, und indem er sich die Meldung von einem Ueberfall serbischer Banden auf bosnisches Gebiet und einem Feuergefecht mit mehreren hundert Opfern aus den Fingern sog, erschlich sich der edle Graf Berchtold durch dreiste Lüge von Franz Josef die Unterschrift zur Kriegserklärung.

Wenn die Wahrung des österreichisch-ungarischen Großmachtprestiges, alsobarer blanker Machtwahn, für Conrad der triftige Kriegsgrund war, so herrschte bei den habsburgischen Machthabern wohl auch die Meinung, daß die Donaumonarchie, in deren Eingeweiden die Südslavenfrage täglich gefährlicher wühlte, nur durch ein großes Blutbad zu retten sei. Aber daß sie dieses Problems nicht anders Herr zu werden vermochten, ist ihre ureigene Schuld. Die trostlose Verfahrenheit der Lage dient ihnen nur soweit als mildernder Umstand wie einem Geschäftsmann, der, durch eigene Niederlichkeit zahlungsunfähig geworden, sein Haus anzündet, um der Bankrotterklärung auszuweichen und damit die ganze Straße in Brand steckt.

Das politische Vermächtnis Kaiser Wilhelms I.

„Festhalten an der Allianz mit Österreich.“

Das Verhältnis Deutschlands zu Rußland.

Altentwürfe aus dem Wiener Hof- und Staatsarchiv zum Tode Kaiser Wilhelms I.

(Nachdruck verboten.)

In der Zeit des Kampfes um die Kriegsschuldfrage und der großen politischen Evolutionen, deren Abschluß noch lange nicht sichtbar ist, scheint jedes Dokument bedeutsam, das als Beitrag zu der historischen Entwicklung des Verhältnisses der einzelnen Staaten zueinander gewertet werden kann. Das gilt besonders für das österreichisch-deutsche Bündnis und die Stellung Deutschlands zu dem alten zaristischen Rußland. Als Kaiser Wilhelm I. im Frühjahr 1888 auf immer die Augen schloß, erregte die mehr oder minder authentische Wiedergabe seiner angeblichen letzten Worte, die er an seinen Enkel, den späteren Kaiser Wilhelm II. gerichtet haben soll, großes politisches Aufsehen. Genauere Einzelheiten über diese Äußerungen erzählt man aus Altentwürfen, die im alten Wiener Hof- und Staatsarchiv liegen. Im Nachstehenden sei zum erstenmal eine Reihe von geheimen Dokumenten aus dem Wiener Hof- und Staatsarchiv veröffentlicht, die auf den Tod Kaiser Wilhelms I. und sein politisches Vermächtnis Bezug nehmen und die unter anderem die vertraulichen diplomatischen Berichte des damaligen österreichisch-ungarischen Botschafters in Berlin, Grafen Szechenyi an das Wiener Auswärtige Amt enthalten. Auch der Depeschentwischel zwischen Franz Josef und Kaiser Friedrich bezw. Franz Josef, Bismarck und Kalnoth darf in diesem Zusammenhang einiges Interesse beanspruchen.

Kaiser Friedrich an Kaiser Franz Josef I.

San Remo, 9. März 1888.

Angeblickt meines tiefen Schmerzes über die oben erhaltene Nachricht des Heimganges meines geliebten Vaters reiche ich Dir in alter Freundschaft und Liebe die Hand mit dem innigen Wunsche festen Zusammenhanges unserer beiden Reiche.

(gez.) Friedrich.

Entwurf des Handschreibens des Kaisers Franz Josef I. an Kaiser Friedrich.

Mein Theurer Freund! Indem ich meinen Sohn beauftrage, bei der letzten Ehrung, die unter allseitiger Theilnahme von nah und fern Deinem bereuigten Vater, meinem tief betraueten Freunde, erwiesen werden, mich und mein Reich zu vertreten, ist es mir ein Bedürfnis, Dir nochmals meine Gefühle der herzlichsten Theilnahme und aufrichtigsten Freundschaft auszusprechen. Daß mit diesen persönlichen Gefühlen, die wir auch in unseren Kindern aufleben sehen, das uns von der Vorsehung anvertraute Wohl unserer Reiche zusammenfällt, soll uns eine trostreiche Bürgschaft sein für die Beständigkeit jenes innigen Bundes, den ich mit Deinem heimgegangenen Vater geschlossen, um unseren Völkern nach Möglichkeit den Frieden zu sichern, — der aber, wenn es sein muß, sich als ein undurchbrechbarer Schutzwall in Tagen der Gefahr bewähren wird. Meine Segenswünsche begleiten Dich auf dem ersten und schweren Wege, den Du betrittst, und auf welchem Dir außer Deinem festen und erleuchteten Willen die eigene Erfahrung, das Vorbild eines weisen Vaters und die Liebe Deines Volkes zur Seite stehen.

Gott segne Deinen Regierungsantritt, er schütze und bewahre Dich!

Indem ich Dich schließlich bitte, den Ausdruck meiner steten Verehrung der Kaiserin zu Füßen zu legen, verbleibe ich in unverbrüchlicher Freundschaft und aller Anhänglichkeit Dein treu ergebener Freund und Bruder

Franz Josef.

Fürst Bismarck an Kaiser Franz Josef I.

Berlin, 10. März 1888.

Eure Majestät wollen meinen ehrfurchtsvollen Dank für den Allerhöchstbero telegraphischen Ausdruck huldreicher Theilnahme an unserem schmerzlichen Verluste in Gnaden entgegennehmen.

Eure Majestät standen unter allen jetzt regierenden Monarchen meinem bereuigten Herrn persönlich am nächsten, und es ist für mich in meinem eigenen Gefühl und in meinem politischen Berufe ein besonderer Trost, der gnädigen Gefinnung des nächsten Freundes und Bundesgenossen unseres Herrscherhauses versichert zu sein.

(gez.) von Bismarck.

TAG:

Ich werde, sobald eine ruhigere Stimmung eingetreten sein wird, trachten, mich zu vergewissern, ob Allerhöchstersehrselbe auch in der That diese Aeußerung gemacht hat.

Mit eintretender Nacht begann der Kaiser sehr unruhig zu werden, der Puls nahm wieder ab und das Bemühen der Ärzte, ihn einzuschläfern, blieb erfolglos. Um 3 Uhr morgens überfiel Seine Majestät abermals jene lethargische Syncope und von da ab trat die Agonie ein, die mit dem um 8 1/2 Uhr morgens erfolgten Hinscheiden des greisen Monarchen, welcher in den letzten Stunden kein Wort mehr gesprochen hatte, schmerzlos und sanft endete. Es wird mir versichert, daß der Kaiser während seiner Krankheit nicht ein einziges Mal auf seinen wahrscheinlichen oder möglichen Tod angespielt hatte.

Bewunderungswürdig war die Haltung Ihrer Majestät der Kaiserin, die selbst in einem an Siechthum grenzenden Zustande allen stets Muth zusprach, indem sie zu wiederholten Malen sagte: „Nur den Kopf aufrecht halten!“

Ich brauche nicht erst hervorzuheben, welchen tief schmerzlichen Eindruck die heutige Trauerkunde

in Berlin hervorrief. In athemloser Stille umstanden heute morgens Tausende von Menschen das Trauerhaus, um ihrer Theilnahme Ausdruck zu geben. Der hoffnungslose Zustand des jetzigen Kaisers trägt noch dazu bei, die allgemeine Stimmung noch düsterer zu gestalten und in Sorgen und Bangen sieht man der nächsten Zukunft entgegen.

Genehmigen usw. (gez.) Széchenyi.

Graf Széchenyi an Kalnoth.

Berlin, 13. März 1888.

Verehrter Graf! Nach den übereinstimmenden Aussagen verschiedener Ohrenzeugen der letzten an Prinz Wilhelm gerichteten Reden des verewigten Kaisers, unter anderen des General-Adjutanten Graf Brandenburg und des Oberzeremonienmeisters Graf Eulenburg hätten die auf uns und Rußland bezüglichen Worte des hohen Sterbenden folgendermaßen gelautet: „Sei schonend mit dem Kaiser von Rußland, Du weißt wie er ist; rufe keinen

Krieg heraus; aber fürchte ihn nicht, wenn er gerecht ist; halte an der Allianz mit Oesterreich fest, vertraue ihm, denn darin liegt der Hort des Friedens!“

Wie gedrückt und düster hier die Stimmung ist, das können Sie sich ja wohl vorstellen. Es ist aber auch darnach. Schwarzseher sprechen von Wochen, ja sogar nur von Tagen, während Hellseher auch doch nur von Monaten (der Lebensdauer Kaiser Friedrichs. Ann.) reden. Das Manifest des neuen Kaisers und sein Erlaß an den Reichskanzler sind in einem Tone gehalten, als wenn die Dauer der angetretenen Regierung nicht bereits schon durch das Verhängnis im Voraus auf das kürzeste bemessen wäre. Diese Vertrauensseligkeit, ein Glück für den bejammernswerten Monarchen, scheint aber doch nur mehr eine äußerliche zu sein, denn wie mir versichert wird, hätte es weder der Kaiser noch selbst die Kaiserin an Anspielungen fehlen lassen, daß ihre Zeit möglicherweise eine nur beschränkte sein dürfte.

Siebei ist es nicht zu verwundern, daß die sonst ruhig pulsierende Bevölkerung dieser Stadt in einer fieberhaften Aufregung ist, und daß die abentheuerlichsten Nachrichten die Lust durchschwirren.

Dem Reichskanzler ist die Fahrt nach Leipzig bei diesem Hundewetter nicht gut bekommen.

Soeben erfahre ich, daß es gelungen ist, die Venenentzündung des Reichskanzlers zu begrenzen. Möge es so bleiben, die Lage ist ja ohnehin schon hochtragisch genug.

Mit den besten Grüßen usw.

(gez.) Széchenyi.

Graf Széchenyi an Kalnoth.

Berlin, 16. März 1888.

Im Nachhange zu meinem gestrigen Berichte B. 18, beehre ich mich Eurer Erzählung anbei zwei Auschnitte aus der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom heutigen Tage, welche auf die letzten politischen Aeußerungen weiland Seiner Majestät Kaiser Wilhelms Bezug haben, zu übersenden.

Während die eine, dahin lautend: „Er berührte im Verfolge seiner Worte unsere Allianzen, dann mögliche Kriege der Nachbarvölker usw.“ eine wörtliche Wiedergabe des Berichtes des offiziellen Reichs- und Staatsanzeigers ist, ist die zweite Bemerkung, welche Seine Majestät den Kaiser von Rußland betrifft, der „Neuen Preussischen Zeitung“ entnommen.

Ich werde es mir selbstverständlich angelegen sein lassen, den authentischen Wortlaut der letzten Äußerungen des verbliebenen Monarchen, welche von Anwesenden niedergeschrieben worden sein sollen, kennen zu lernen, was vorerst bei der herrschenden Aufregung nicht möglich erschien.

Genehmigen usw. (gez.) Szechenyi.

P. S. Aus ganz authentischer Quelle erfahre ich soeben, daß die Äußerung des Kaisers Wilhelm über Rußland wie folgt gelautet habe: „Ich bin friedlich und der Kaiser von Rußland ist es, glaube ich, auch. Doch wenn nötig, würde ich auch gegen ihn Krieg führen.“

War der Weltkrieg eine Notwendigkeit?

Eine Anklage gegen Poincaré.

Ernest Judet, Georges Louis. 1926. Verlag für Kulturpolitik, Berlin. Mt. 7.

Von Univ.-Prof. S. Loserth.

Es sind jetzt vier Jahre, seit uns die „Süd-deutschen Monatshefte“ die Persönlichkeit Poincarés als den Präsidenten des Weltkrieges auf Grund neu entdeckter Geheimakten vorgestellt haben. In gleicher Weise ist im Oktoberhefte 1924 Herr von Jzwołski auf Grund seiner eigenen Akten und Korrespondenzen als Helfershelfer Poincarés bei Veranlassung des Weltkrieges erwiesen worden. Heute, wo der ganze diplomatische Briefwechsel Jzwołskis von 1911 bis 1914 in der ausgezeichneten, im Auftrage des Berliner Auswärtigen Amtes bearbeiteten Ausgabe von Friedrich Stieve in vier Bänden vorliegt, denen jetzt noch ein fünfter, „Jzwołski im Weltkrieg“, gefolgt ist, sind wir über die Entstehung und die einzelnen Stadien der Entwicklung zum Kriege vollständig aufgeklärt. Wie in diesen Blättern wiederholt dargelegt wurde, ist auch die Frage der Kriegsschuld völlig geklärt und es wird von den hervorragendsten Federn fast aller Großstaaten der Beweis erbracht, daß es ein an der deutschen Nation begangenes Verbrechen ist, ihr die Alleinschuld am Weltkrieg zuzumessen und ihr die Kosten des Krieges in phantastischen Summen an Bar-

geld und anderen Leistungen aufzuladen. Sogar genug sind auch Franzosen zur Überzeugung gelangt, daß die von der Entente aufgestellte These der Alleinschuld Deutschlands nicht länger aufrecht zu halten ist. Es wird genügen, hier die Schriften eines Morhard, Gouttenoire, Fabre-Luce, Marguerite u. a. zu nennen. Am schärfsten und eindringlichsten hat jetzt Ernest Judet in seinem oben genannten Buche die beiden Hauptschuldigen: Poincaré und Jzwołski, aufs Korn genommen. Sein Buch ist eine Anklageschrift ersten Ranges und, wie man sehen wird, die Anklage eines Toten gegen einen noch Lebenden.

Das Buch richtet sich gegen Poincaré, wobei aber die Rolle Jzwołskis als dessen Gehilfen, Anregers und Treibers scharf beleuchtet wird, und wird schließlich zu einer Rechtfertigungsschrift des französischen Botschafters am russischen Hofe, Georges Louis, der Frankreich gewarnt hat, sich in die durch Rußlands Streben nach der Besitznahme der Meerengen und Konstantinopels hervorgerufene Katastrophenspolitik Jzwołskis hineinziehen zu lassen. Die Politik Georges Louis war eine ausgesprochene Friedenspolitik, und da er sonach den vertwegenen Plänen der beiden Staatsmänner, die einander unentwegt in die Hände arbeiteten, hindernd im Wege stand, mußte er von der politischen Schaubühne verschwinden. In welcher unsauberen Art das verfügt wurde, darüber gibt Judets Buch eine ergreifende Auskunft. George Louis wurde durch den bekann-

Chauvinisten Delcassé ersetzt, der wie nachfolgend Paléologue vollständig in Poincarés Fahrwasser trieb. Man hat Louis der Aktivität entrückt; damit er aber die Absichten und Pläne Poincarés nicht bekannt gebe, wurde er nicht in den dauernden Ruhestand versetzt, sondern, um in der Pflicht amtlicher Verschwiegenheit festgehalten zu werden, nur zur Disposition gestellt, so daß er auch in dieser Stellung Untergebener Poincarés verblieb. Ein Freund des Hauses Louis — Georges Louis war 1917 gestorben — Judet, nahm nun seine Sache in die Hand, zeigte die Reinheit seiner auf die Erhaltung des Weltfriedens gerichteten Absichten und gibt nun aus Louis' Briefen, Gesprächen, Parlamentsdebatten solche Unterlagen für seine Darstellung, daß der Beweis von der Gemeinhädlichkeit des Wirkens Poincarés und Iswolskis als gelungen zu bezeichnen ist. Es mag uns auch diesmal gestattet sein, einige bezeichnende Sätze aus der zum Teil mit spitzigster Satire gefärbten Darstellung herauszuheben. Da die Russen, vor allem Iswolski selbst, bekanntlich leugnen, vor dem Eintritt der Türkei in den Krieg ihr Ziel auf die Gewinnung der Meerengen gerichtet zu haben, so mag man hier aus einem Duzend von Stellen das Gegenteil lesen. Beteuerungen, die sie in diesem Sinne abgaben, waren List und Betrug.

Wer von den ungeheuerlichen Winkeltügen, die gegen Louis unternommen wurden, lesen will, findet hier ergößliche Proben. S. 217 zitiert

Judet einige Sätze Jules Cambons. Dieser wirft die Frage auf: Konnte der Krieg vermieden werden? Louis antwortet: Wir hätten ihn vermieden, wenn 1912 unsere Regierung in anderen Händen gelegen hätte. Um auf den Präsidentenstuhl zu gelangen, hat Poincaré, als seine Reise nach Petersburg gut auslief und er sich der Presse mit Hilfe der Geheimfonds bemächtigt hatte, sich zu Iswolskis Werkzeug gemacht, und der war es, der, mit Tittoni verbunden, den Tripoliskrieg gemacht hat. Aus dem Balkankrieg entsprang dann der gegenwärtige (Erzählung vom 1. November 1915). Geradezu vernichtend ist das Urteil über Poincaré in dem Kapitel „Irrtum oder Lüge“. Judet zitiert etwa ein Duzend Äußerungen Poincarés, widerlegt sie und fügt seiner Antithese jedesmal das Wort hinzu: Irrtum oder Lüge? J. W. Herr Poincaré hat gesagt, die Bande zwischen Frankreich und Rußland hatten sich ein wenig gelockert infolge der etwas kühnen Beziehungen zwischen Herrn Louis und der russischen Regierung. Antwort: Louis hat in umfassender Weise dargelegt, daß weder der Kaiser (Nikolaus), noch der Ministerpräsident dieser Meinung waren. Herr Kolojzow (russischer Ministerpräsident) hat ihn ermächtigt, zu telegraphieren, daß diese Erzählung (Poincarés) lügenhaft war. Sie wurde trotzdem weiterhin aufrecht erhalten. Ist das Irrtum? Ist es Lüge? Herr Poincaré hat gesagt: Herr Sazonow hat Herrn Louis' Abberufung ver-

langen lassen. Antwort: Sazonow selbst hat gegen den Mißbrauch protestiert, der mit einem leichten Mißverständnis getrieben wurde, und Iswolski hat es kühnerweise unternommen, die Abberufung Louis' zu fordern. Herr Poincaré hat hier Spiegelfechtereie getrieben. Ist es Irrtum, ist es Lüge? In diesem Tone gehen die Antithesen weiter. Man mag daraus entnehmen, wie die Porträts eines Poincaré, eines Iswolski in diesem Buche aussehen. Iswolski ist ihm der Mann, der sich dem verschreibt, der die Mittel findet, seine Schulden zu bezahlen. Offenbar, sagt Judet, hat Deutschland (!) den Krieg entfesselt; aber wer ist der Urheber der Politik, die Deutschland Gelegenheit und Vorwand geliefert hat, die er suchte. Das ist ohne Zweifel Iswolski, der seine persönlichen Rachegelüste gegen Österreich stillen wollte, und zwar unter Tittonis Einfluß und Poincarés Mittäterschaft.

Georges Louis starb während des Krieges. Vor seinem Sarge hatte Léon Bourgeois seine Hände auf den Kopf von Louis' Sohn Robert gelegt und ihm gesagt: Mein Kind, Ihr Vater war ein großer Franzose. Man weiß die Wahrheit nicht. Ich werde sie verkündigen. Denkt Bourgeois auch daran, daß nur auf sein Drängen Georges Louis die Einladung ins Elisee annahm, um den Großkordon der Ehrenlegion aus Poincarés Hand zu empfangen, er, der bei dieser Einladung sagte: „Dieser Mensch soll mich umarmen?“

(wie es nach dem Zeremoniell geschehen muß). Er ist der schlimmste Schuft und der größte Verbrecher des Jahrhunderts. Brauche ich seine Auszeichnung? Sie soll mich nur noch rascher erwürgen.“ Er hat, sagt Judet, immer und immer wieder gesagt, daß dieser schreckliche Besuch und diese Zeremonie für ihn eine unaussprechliche Qual gewesen sei. Wir halten hier ein. Man darf gespannt sein, welche Auswirkungen das Buch in Frankreich haben wird, wo noch die Erinnerungen an 1870 so lebhaft und die beispiellose Verhezung im Weltkrieg sie noch verstärkt hat.

Die Genesis des Weltkrieges.

The Genesis of the World War by Harry Elmer Barnes. — Alfred U. Knopf, Newyork.

Von W. Freiherr v. Auffenberg-Komarow,
Kriegsminister a. D.

Bei Bewertung der aus den Gelehrten- und Schriftstellerkreisen Amerikas stammenden Werke — insoweit diese den Weltkrieg zum Motive nehmen — muß man sich in die amerikanische Mentalität bezüglich dieses Kolossalereignisses versetzen. Vor allem in der Richtung, daß das aktive Eingreifen Amerikas ganz zweifelsohne die Dominante des Weltkrieges bedeutete. Ohne dieses wäre kein französischer Soldat — es wäre denn als Gefangener — an den Rhein gekommen, dagegen höchst wahrscheinlich deutsche Soldaten an die Loire und an die Atlantische Küste. Davon ist — mit Recht — jeder amerikanische Bürger durchdrungen, gerade so wie ein Großteil dieser Bürger überzeugt war, daß Amerika wirklich für die primären Menschenrechte sowie gegen brutale Vergewaltigung kämpfen werde, als es seine Armeen über das große Wasser sandte, um sich an Seite der vermeintlich Vergewaltigten zu stellen. Die Friedensdiktate, ja schon die Art und Weise, wie hierbei verhandelt wurde, öffneten der amerikanischen öffentlichen Meinung jedoch sukzessive die Augen, zumal sie auch die Rolle irritierte, die ihr hochgepriesener Exponent, der ursprünglich als Messias gewertete Präsident Woodrow Wilson hierbei zu spielen gezwungen war. Es bedurfte da nur der entsetzlichen wirtschaftlichen Folgen, um die öffentliche Meinung, besonders aber jene der politisch denkenden Köpfe, stutzig zu machen und — was bei dem kritischen Sinn der Amerikaner eine selbstverständliche Folge ist — nun genau nachzuforschen, wie dies eigentlich war, wie es kam und wer denn tatsächlich die Schuldigen an dem furchterlichen, an ein Musikstück gemahnendes Ereignis waren, bzw. sind. So entstand allmählich eine ganze, aus Amerika stammende Erforschungsliteratur (W. Fay, B. Schmidt, Edward, Borah und andere), die nun durch Harry Elmer Barnes ein wahres Standardwerk gefunden hat, das speziell die Kriegsschuldfrage, wie sie in dem berühmten Artikel des Versailler Diktats kodifiziert wurde, bis auf den letzten Rest entwirrt.

Vor allem ist hierzu zu bemerken, daß der Verfasser ursprünglich nichts weniger als an Germanophilie litt, sondern im Gegenteil, nach seiner Erziehung und seinem Werdegang gänzlich im franko-englischen Sinne dachte und fühlte. (P. XII des Vorwortes.) Ausschließlich seine alle Vorkommnisse und diplomatischen Korrespondenzen der Vorkriegszeit umfassenden Studien und Vergleiche wurden zur Grundlage seiner sich sukzessive umgestaltenden Ansichten, bis sich diese als unumstößliche Überzeugung in ihm festwurzelten.

Barnes stand seinen Forschungen gewissermaßen in dreifacher Funktion gegenüber: Zuerst als Geschlechter- und gelehrter Historiker, dann sozusagen als Untersuchungsrichter, der Beweise und Gegenbeweise, Anklagen und Gegenanklagen minutiös durchforschte, und schließlich als Mathematiker, der die Grundzahlen genau erhebt, in Vergleich und in Rechnung stellt. Man könnte sogar noch hinzufügen, daß er sich auch mit chemischer Analyse befaßte, indem er auf die Stimmungen und Gefühlsmomente sowohl der Völker, als namentlich deren Führer zurückging, um nachzuweisen, wie sehr sich diese sogar gegen die Vernunft und die wahren Interessen der Völker vergingen, indem sie edlen Patriotismus in wildschäumenden Chauvinismus umwandelten, besonders aber, indem sie mit den schärfsten Ingrebienzen eine lägenhafte, keine ihm- und Unterstellung scheuende Propaganda schufen, durch diese den militanten Geist des amerikanischen Volkes entfachten und in eine germanophobe Richtung lenkten, die vor dem Kriege und zu gutem Teile während der ersten Hälfte desselben gar nicht bestanden hatte.

Um dies alles wohl geordnet und gesammelt darzustellen, mußte der Verfasser seinem Werke natürlich den weitesten Umfang geben und fast 800 Seiten, von denen nicht wenige in Kleindruck gegeben sind, umfaßt diese monumentale Arbeit. Da kann in einem Artikel, in einem Referat wohl nur die Tendenz und es können nur die Etappen gewiesen werden, auf die die Forschertätigkeit aufgebaut und bis zu den alles durchleuchtenden Konklusionen durchgeführt wurde. Die nachfolgend gegebenen Titel der verschiedenen Abschnitte sollen dies illustrieren: 1. Die Grund-

ursachen des Krieges. 2. Der historische Aufbau der Situationen im Jahre 1914. 3. Das russisch-französische Komplott, das den Krieg verursacht hat. 4. Das Attentat auf den Thronfolger Franz Ferdinand und die serbische Krise. 5. Die Rolle, die hierbei Deutschland gespielt hatte. 6. Die russische Mobilisierung als letzte Erregerin des Weltkrieges. 7. Poincaré und seine Clique drängen Rußland im Höhepunkt der Krise 1914. 8. Sir Edward Grey und die Verantwortlichkeit Englands. 9. Der Eintritt Amerikas in den Weltkrieg. 10. Die Fortschritte in der revisionistischen Stimmung und Beurteilung. 11. Liquidation des Krieges, der Kriegszeit überhaupt.

In dieser Weise und bei scharfsinnigster und gewissenhaftester Beurteilung all der vielen, namentlich zur Disposition stehenden Dokumente, Aufzeichnungen und Korrespondenzen erbringt der Verfasser folgerichtig jene Beweise, die ihn zu der Schlusfassung führen und jeden objektiv Denkenden zu dem gleichen Resultat führen müssen. Weit entfernt, die Mittelmächte jeglicher Schuld entlasten zu wollen, erkennt er jedoch, daß diese mehr theoretischer und platonischer Art war, daß ihr sozusagen kein ernsthaft zu nehmender Dolus zugeschrieben werden kann, im Gegensatz zu den Alliierten, die sich mit fixen Angriffszielen zusammengeschoßen hatten, wenn diese in den bezüglichen schriftlichen Vereinbarungen auch nicht verbis expressis ausgesprochen sind. Unter vielen anderen beduziert er dies aus den im Frieden getroffenen militärischen Vorsorgen der Staaten in den beiden großen europäischen Gruppen. Auf Seite 55 ist dies zu prägnantem Ausdruck gebracht. Es betrogen die Friedenspräsenzstände:

	1895	1910	1914	bei einer Population
In Deutsch-land....	585.000	634.000	812.000	68.000.000
In Oester-reich-Un-garn ...	349.000	327.000	424.000	52.000.000
In Italien	234.000	288.000	318.000	36.000.000
In Rußland	910.000	1.200.000	1.300.000	174.000.000
In Frank-reich....	572.000	634.000	846.000	40.000.000

Wohl ein packender Beweis für die nur durch extrem imperialistische Ziele zu erklärende Kraftanstrengung der Entente, namentlich Frankreichs, im Vergleich zu jenen, der als „Vergewaltiger und Kriegstreiber“ stigmatisierten Mittelmächte; besonders in Ansehung der Populationsziffern.

Eine höchst eingehende Beurteilung erfährt natürlich der — im Artikel 9 dargelegte — Eintritt Nordamerikas in den Weltkrieg. Dies war um so nötiger, als ja — wie erwähnt — im Anfang die Sympathien weiter Schichten auf deutscher Seite standen, wie dies z. B. noch bei Ankunft des ersten deutschen Handels-U-Bootes zu deutlichem Ausdruck gelangte. Freilich hinderte diese Sympathie die handels- und geschäftstüchtigen Amerikaner in keiner Weise, von allem Anfang an die bedeutendsten Gewinne aus den Kriegslieferungen zu ziehen, die der Sachlage nach ausschließlich den Ententeländern zugute kamen. Ja, es kann keinem Zweifel unterliegen, daß vornehmlich hiedurch den Ententearmeen jene technische Überlegenheit erwuchs, gegen die die tapfersten und geschicktesten operativen und taktischen Leistungen der beiden Mittelstaaten auf die Dauer nicht das Gleichgewicht halten konnten.

Es lag daher in den von ihnen ausgelösten unbeschränkten U-Boot-Krieg ein Verzweiflungsmittel, dem man vom Standpunkt objektiver Gerechtigkeit unmöglich die Zubilligung verweigern kann. Ob es politisch und militärisch klug war, ist eine andere Frage, die aber hier nicht untersucht werden soll. Zu all dem trat dann noch der Umstand, daß eben durch diese ungeheuren Materiallieferungen sowie durch direkte Kreditgewährungen die Schuldenlast der Ententestaaten zu solch einer kolossalen Höhe anwuchs, daß durch deren Insolvenz auch die finanzielle Lage Amerikas auf das allerempfindlichste geschädigt worden wäre. Daß aber der Eintritt dieses Zustandes bei einem militärischen Niederbruch der Ententestaaten ganz zweifelsohne erfolgt wäre, mußte der amerikanische Geschäftssinn als tote Gewißheit erkennen. Ob eingestanden oder nicht: Das hat bei den Schluswägungen des zu beherrschender Diktatur emporgewachsenen Präsidenten Woodrow Wilson und seiner — vornehmlich durch Lansing und Colonel House repräsentierten — Clique ganz wesentlich mitgesprochen.

Um aber das ganze Volk fortzureißen, bedurfte es noch der blutrünstigen Propaganda, wie sie in ähnlicher Weise noch nie praktiziert worden war. Da muß wohl auch des Vaters dieser teuflichen Tragikomödie, des Engländers Northcliffe, gedacht werden, den sich das edle Albion als „Propagandaminister“ leistete. Was bedeuten gegen solchen Massengebrauch, speziell nach Amerika exportierter Seelengifte, die ganze Völker durchtränken, die wenigen vergifteten Pfeile, die von Südinulanern auf englische Eroberer abgeschossen wurden, ja, wie harmlos sind dagegen selbst Gasbomben, deren Wirkung sich schließlich doch nur innerhalb begrenzter Räume äußern kann. Es sei wiederholt: Amerikas Eintritt in den Weltkrieg gab die Entscheidung, die allerdings vor allem und hauptsächlich zu einer wirtschaftlichen und erst hiedurch zu einem seelischen und schließlich zu einem militärischen Niederbruch führte. Jedoch eben darum lastet er nunmehr auf der ganzen Menschheit und die auf einer Lüge aufgebauten Diktate von Versailles, St. Germain und Trianon verhindern schon im Keime jede durchgreifende Sanierung der Völker, zumindestens jener Europas.

Diese Lüge in ihrer Niedertracht zu erkennen, ihr den erprehten Wert und die Bedeutung einer Grundlage, einer Basis zu nehmen, muß das vornehmlichste Bestreben aller sein, die eine durchgreifende Besserung anstreben, anstreben können. Es ist erfreulich, daß nicht nur — wie schließlich natürlich — aus den Ländern der Besiegten und Gefroffenen ernsthafte Versuche unternommen werden, das Lügengebäude zum Einsturz zu bringen, sondern daß auch aus Frankreich, namentlich in der von Victor Margueritte editierten Monatschrift „Evolution“ Stimmen laut werden, die gehört werden müssen. Fast scheint es aber, als ob auch in dieser Richtung die Entscheidung aus Amerika kommen sollte; jedenfalls wäre aber das Standard wort Harry Elmer Barnes geeignet, einen mächtigen Quader in einem Neubau zu bilden, bei dem die Wahrheit als der allein maßgebende Architekt zu wirken hätte.

Churchills Kriegsbuch.

A. B. London, im März.

Der dritte und vierte Band von Winston Churchills vierbändigem Werk über den Weltkrieg sind erschienen (Verlag Thornt in Butterworth, London, 42 sh.), fast vier Jahre nach den ersten beiden Bänden. Sie behandeln die Zeit von Anfang 1916 bis Kriegsende, während Band 1 und 2 die unmittelbare Vorkriegsperiode und die Zeit vom Kriegsausbruch bis Dezember 1915 umfassen. Einzelne Kapitel aus den beiden letzten Bänden sind bekanntlich schon in je einer englischen, deutschen und französischen Zeitung zum Abdruck gelangt, waren aber durch Verlagsrecht geschützt, so daß es erst jetzt, nach Vorlage in Buchform, möglich ist, das Werk zu besprechen und kurze Auszüge zu geben.

„Die Weltkriege“, wie Churchill sein Werk betitelt, bringt im großen und ganzen keine Enthüllungen. Neu und peinlich überraschend für englische Leser — einige Eingeweihte ausgenommen — sind vor allem die genauen Angaben über die englischen und französischen Verluste in den verschiedenen Offensiven der Alliierten an der Westfront, mit denen Churchill aufwartet. Neu ist ferner — für die Masse — die Aufdeckung von Differenzen zwischen den politischen Führern in London unter sich und zwischen den Politikern und der Heeresleitung, sowie die Offenbarung, daß die offiziellen Berichte des Hauptquartiers und die Stimmungsmache der Zeitungen sehr oft in krassem Widerspruch zum tatsächlichen Stand der Dinge sich befanden. Zwar wußte man schon, daß nicht alles ganz so war, wie es damals hingestellt wurde, aber daß die Lage zeitweise direkt verzweifelt war, daß die großen militärischen Genies der Alliierten mehr oder weniger blindlings fortwurstelten und daß selbst Bannerträger wie Lloyd George und Lord Northcliffe zuweilen am Erfolg verzagten, das erfährt der englische Leser zum erstenmal von kompetenter Seite aus Churchills Buch.

Der Hauptwert des Werkes besteht darin, daß in ihm ein beteiligter und eingeweihter Staatsmann nicht eine oder mehrere bestimmte Phasen des Völkerringens beschreibt, sondern eine kritische Darstellung des ganzen Weltkrieges vom Anfang bis zum Ende versucht. Wenn das so erschlossene Panorama trotz allen scheinbaren Detachements immer noch nicht ganz von der Warte des Historikers geschaut ist, so liegt das daran, daß Churchill als Engländer und Akteur in dem geschilderten Drama doch eben nicht die nötige Distanz gewinnen kann, und man darf ihm daraus keinen Vorwurf machen. Vorzüge des Werkes sind eine glänzende Schreibweise, eine meisterhafte Beherrschung und Gruppierung des gewaltigen Stoffes und der Mut zur Kritik auch den nationalen Helden (Kitchener, Haig, Jellicoe) gegenüber. Nachteile sind gelegentliche Widersprüche und das unerkennbare Bestreben, die eigenen verunglückten Pläne (Verteidigung von Antwerpen, Durchbruchversuch in den Dardanellen) zu rechtfertigen und für ihr Mißlingen andere verantwortlich zu machen.

Die Engländer — mit Ausnahme weniger Eingeweihter — erfahren zum ersten Male aus Churchills Buch die Wahrheit über die französischen Verluste in den ersten Kriegswochen. Damals berichteten die englischen Zeitungen einstimmig über fürchterliche Verluste der Deutschen, die von Belgiern, Engländern und Franzosen — so hieß es — zu Hunderttausenden nur so hingemäht wurden. Der heutige Schatzkanzler, der mit Zahlen umzugehen weiß, offenbart, daß die Franzosen allein in der Zeit vom 21. August bis zum 9. September nicht weniger als 330.000 Tote und 280.000 Verwundete hatten. „Niemals“, bemerkt Churchill dazu, „hat eine Armee in so kurzer Zeit ein so konzentriertes Abschlagen erlitten.“ „In den Offensiven der Alliierten in den Jahren 1915, 1916 und

1917 hatten die Franzosen und Engländer fast doppelt so viele Verluste wie die Deutschen." Churchill gibt die Verluste der Franzosen und Engländer von Anfang 1915 bis Ende 1917 mit 4,123.000, die der Deutschen mit 2,166.000 an. Erst in der großen deutschen Frühjahrsoffensive Ende März 1918 sei der Fall umgekehrt gewesen. Die angreifenden Deutschen hätten wesentlich größere Verluste gehabt als die zurückweichenden Franzosen und Engländer.

Churchill gibt Einzelheiten über die Meuterei unter den französischen und russischen Truppen an der Westfront im April 1917. Diese Meuterei war in der geheimen Sitzung des Unterhauses vom 11. Mai 1917 zur Sprache gekommen und hatte eine niederschmetternde Wirkung auf alle, die davon hörten. Aber das waren nur wenige, und die Öffentlichkeit erfährt davon erst jetzt, nach zehn Jahren.

Joffre, Nivelle und Pétain müssen sich harte Worte von Churchill sagen lassen, der ihnen eine Reihe von taktischen Fehlern und vor allem unnötige Verschwendung von Menschenleben vorwirft. Der englische Oberbefehlshaber, Haig, kommt glimpflicher davon, aber es ist wohl mehr Satire als Lob, wenn Churchill ihn als makellosen Gentleman, gewandten Polospieler und musterhaften Divisionskommandeur in Friedenszeiten schildert, ohne eine Anerkennung für seine Feldherrntugenden im Weltkrieg zu finden. Admiral Jellicoe war in der Staggerrathschlacht zu vorsichtig. Er beging drei große Fehler, sagt Churchill, und das ist zu viel. Er hatte drei Möglichkeiten, die deutsche Flotte zu vernichten, und hat sich alle drei entchlüpfen lassen.

Im Zusammenhang mit der Sommeschlacht heißt es: „Der Abend (des 1. Juli 1916) senkte sich auf das Schlachtfeld, während die Geschütze noch donnerten. Fast 60.000 britische Soldaten waren gefallen. Es war der größte Verlust, den die britische Armee jemals in ihrer Geschichte an einem einzigen Tage erlitten hatte. Von der Infanterie, die zum Angriff vorgegangen war, war fast die Hälfte entweder tot, verwundet oder gefangen genommen. Was hatten wir dafür gewonnen? Wir hatten 4000 Gefangene gemacht und zwei Tausend Kanonen erobert. Und angesichts dieses Resultates konnte Oberst Buxton es über sich gewinnen, zu melden: Die Ereignisse des 1. Juli haben die Schlussfolgerungen des britischen Oberkommandos bestätigt und die angewandten taktischen Methoden hinreichend gerechtfertigt.“

Das Buch Churchills kann im Rahmen eines knappen Aufsatzes nicht erschöpft werden.

Es sei daher nur noch das Schlusswort angeführt: „Vier volle Jahre lang hat Deutschland den fünf Kontinenten der Welt im Kriege gegenübergestanden und ihnen getrost zu Lande, zu Wasser und in der Luft. Fast 20.000.000 Menschen verloren ihr Leben oder vergossen ihr Blut, ehe dieser schrecklichen Hand das Schwert entwunden werden konnte.

Fürwahr, ihr Deutsche, das ist genug für die Weltgeschichte! Ist dies das Ende? Oder ist es nur ein Kapitel in einer grausamen und sinnlosen Geschichte? Wird aus dem Feuerbad dieses Kampfes die Versöhnung der drei gewaltigen Kombattanten aufsteigen, die jedem der drei in Sicherheit und Freiheit vergönt, am Wiederaufbau Europas mitzuarbeiten?“

Wie es zum Krieg kam.

Aus den Aufzeichnungen des ehemaligen
k. u. k. Gesandten Baron Vladimír Giesel.

Zu den spannendsten Kapiteln im kürzlich erschienenen Buch des Generals der Kavallerie Baron Vladimír Giesel, „Zwei Jahrzehnte im nahen Orient“, gehören unstreitig die Schilderungen jener Belgrader Tage, die zwischen der Ermordung des Thronfolgers und der Kriegserklärung lagen. Im Nachstehenden folgen wir den fesselnden Ausführungen des Autors.

Nach fast vierjähriger Tätigkeit als außerordentlicher Gesandter in Montenegro wurde Baron Giesel am 7. November 1913 zum österreichisch-ungarischen Gesandten und bevollmächtigten Minister für Serbien ernannt.

Im Sommer 1914 hatte der Gesandte die Heilquellen von Bichy aufgesucht. Am 28. Juni wohnt er gerade einem Pferderennen bei, als das gresse Geschrei der Camelots, die ihre Zeitungen heftig schwenken, die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zieht. Es ist die Nachricht von der Mordtat in Sarajevo, die sie ausrufen. Nach Wien zurückgekehrt, besucht Baron Giesel den deutschen Botschafter v. Tschirschky, den er von Konstantinopel her kennt. Tschirschky sagt zu ihm: „Wenn Ihr Euch noch dies gefallen läßt, dann seid Ihr nicht wert, daß man Euch an...!“ Am 6. Juli hat Giesel mit dem Außenminister Grafen Berchtold eine Unterredung. Berchtold verneint den Kriegswillen Österreichs. Den folgenden Tag

ist Giesel mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tísa beisammen. Der erklärt, daß er mit einzelnen Forderungen, die man Serbien stellen wolle, nicht einverstanden sei. Es müsse alles vermieden werden, was die Souveränität Serbiens verletzen und vielleicht zum Krieg führen könne. Wenn man aber den Krieg wolle, dann müsse sich der König einen anderen Minister suchen.

Der Tod des russischen Gesandten
v. Hartwig.

Am Vormittag des 10. trifft Baron Giesel in Belgrad ein. Kurz nach seiner Ankunft ruft ihn der russische Gesandte Herr v. Hartwig aus Telephon und ersucht um eine Unterredung. Man einigte sich auf 9 Uhr abends. Hartwig hatte Gäste bei sich. Unter ihnen soll sich auch Kronprinz Alexander befunden haben. Die Gäste wollten auf die Rückkehr des russischen Gesandten und auf die Nachrichten warten, die er bringen würde.

Hartwig spielte in Belgrad eine führende Rolle, er galt nach Basić als die wichtigste Persönlichkeit; in vielen Fällen trat er vor den Ministerpräsidenten auf den ersten Platz. Baron Giesel unterhielt mit ihm ziemlich regs gesellschaftliche Beziehungen. Die russische Gesandtschaft war in Belgrad überhaupt der gastlichste Vereinigungspunkt. Da weder serbische Minister, Generale, noch sonstige Funktionäre Besuche abstatteten, konnte man mit ihnen nur bei Hartwig zusammen treffen. Wenn ihnen dort der Wein die Zunge löste, zeigten sie sich weniger zugeknöpft als der Gastgeber, der sich stets vollkommen in der Gewalt hatte. Hartwig schwärmte übrigens oft von Wien, nur dort könne man leben, sagte er. Auch sonst trug er seine Vorliebe für die alte Kaiserstadt gern zur Schau und bezog aus Wien alle möglichen Dinge, darunter auch seine gesamte Toilette. Außer bei Hof, bei Basić und im Offiziersklub hat Giesel nie Gelegenheit gehabt, in einem serbischen Haus in Belgrad zu verkehren.

Pünktlich zur anberaumten Stunde hielt der Wagen Hartwigs vor der österreichischen Gesandtschaft. Baron Giesel bot dem Besucher Kaffee und Zigaretten an. Hartwig lehnte unter Hinweis auf seinen leidenden Zustand ab. Der russische Gesandte machte in der Tat den Eindruck eines Schwerkranken. Die Begrüßungsworte entranzen sich nur stoßweise den Lippen. Sein Herzleiden war schon so weit vorgeschritten, daß Wassersucht aufgetreten war; für den sehr corpulenten Mann doppelt gefährlich. Hartwig schien es eilig zu haben; er schnitt das Gespräch über sein Befinden ab und erklärte zunächst, es sei eine Unwahrheit, daß er nach dem Tod des Erzherzogs auf der russischen Gesandtschaft nicht auf Halbmaß geslaggt habe. Der Wind dürste das Fahmentuch vielleicht hinter das Gefirnornament getragen haben, so daß die Flagge unsichtbar geworden sei. Er habe auch an dem Trauergottesdienst teilgenommen und dabei den Stern der österreichischen Eisernen Krone mit Stolz getragen.

Dann fragte er geradezu: „Was wird Österreich-Ungarn mit Serbien machen, was wurde in Wien beschlossen?“ Giesel antwortete: „Unsere Regierung trachtet natürlich, volle Aufklärung über das Verbrechen zu erlangen. Stellt es sich heraus, daß der Mord von einem geistig abnormalen Menschen, einem Anarchisten oder überhaupt von einer Einzelperson begangen wurde, so wird es niemandem einfallen, Serbien oder dessen Regierung zur Verantwortung zu ziehen.“ Er verwies weiterhin auf die Mordtat Luchenić. Damals habe man auch weder gegen die Schweiz noch gegen Italien etwas unternommen. Sollte der Thronfolger aber das Opfer der Verschwörung einer

bestimmten Organisation geworden sein, dann werde Serbien eben die Schuldigen bestrafen und diese Organisation vernichten müssen. Die Souveränität Serbiens werde nicht angetastet werden.

Der russische Gesandte schien voll befriedigt. Schwerfällig erhob sich seine massige Gestalt vom Klubhose und er drückte Giesl mit den Worten die Hand: „Ich danke, Sie haben mir eine große Erleichterung verschafft und nun habe ich noch etwas am Herzen, ich möchte in Freundschaft...“ Der Faden riß jäh ab; der Sprecher sank zurück, schloß die Augen und glitt langsam vom Sofa herab zu Boden. Er begann zu röcheln. Giesl schickte um seine Frau. Man bettete den Bewußtlosen auf das Sofa, rieb ihm Stirn und Hände mit Eau de Cologne, legte ihm Eisumschläge auf die Brust. Ein Arzt wurde telephonisch gerufen, er war rasch zur Stelle. Nach kurzer Untersuchung deutete er an, daß alles vorüber sei. Das ganze spielte sich in kaum einer halben Stunde ab.

Die Tochter Hartwigs, die mit dem russischen Legationssekretär erschien, war die erste, die deutlich erkennen ließ, daß sie nicht abgeneigt sei, an einen Mord zu glauben. Sie roch zu dem Fläschchen mit Kömischwasser, während ihr Begleiter sich mit den Zigarettenresten zu schaffen machte und fragte, ob der Gesandte etwas genossen habe. Giesl ging über diese Taktlosigkeit hinweg. Aber gestimmt wurde in Belgrad die Schauermär von einem Verbrechen verbreitet. Auf Maueranschlägen las man unter der offiziellen Todesnachricht mit großen Lettern: „Gestorben auf der österreichisch-ungarischen Gesandtschaft. — Sapientia!“ In einem Barbierladen hörte Baron Giesl, wie ein Offizier erzählte, Hartwig sei nicht durch Kaffee vergiftet worden; Giesl habe aus Wien einen elektrischen Stuhl mitgebracht, der den augenblicklichen Tod des Benützers herbeiführen mußte!

Baron Giesl ist der Ansicht, daß Hartwig, wenn er am Leben geblieben wäre, die Annahme aller österreichischer Forderungen durch Serbien durchgesetzt und so den Kriegsausbruch verhindert hätte. Selbstverständlich hätte er dabei auf eine spätere, große und sichere Abrechnung hingewiesen, für die der Zeitpunkt erst nach völliger Wiedererklarung der zaristischen Armee — etwa im Jahre 1916 — gekommen wäre. Bis dahin würde sich auch die militärische Schlagkraft Serbiens, von der Hartwig keine allzu hohe Meinung hatte, gehoben haben. Ob dieser Aufschub von Vorteil gewesen wäre?

Die Kriegsbege in Belgrad.

Die Erregung in Belgrad wuchs stündlich. Die Presse überbot sich in wütenden Heftartikeln gegen Österreich und dessen Gesandten. Eine Zeitung brachte sogar das Faktum eines angeblichen Briefes der Kronprinzessin-Witwe Stephanie an den Mörder Princip. Darin forderte sie ihn „als ihren Sohn“ auf, den Vater zu rächen, der auf Geheiß des Erzherzogs Franz Ferdinand ermordet worden sei. Man zielte offen auf die Losreißung der südslawischen Länder Österreichs hin. Die gleichzeitige serbische Wahlkampagne stand ganz im Zeichen der Bege gegen Österreich. Man hielt die Monarchie für ohnmächtig. Die Wut Serbiens schäumte auf und schwemmte alle ruhige Überlegung hinweg. Baron Giesl verschloß sich nicht länger der Überzeugung, daß nur durch

die Schärfe des Schwertes dem Keinen Nachbar die Grenzen gemessen werden könnten. In diesem Sinne berichtete er am 21. Juli ausführlich an Berchtold. Aber schon am Abend des gleichen Tages überbrachte der aus Wien eintreffende Legationsrat Ritter v. Stork die befristete Note an Serbien, die Giesl am 23. Juli um 6 Uhr

nachmittags zu übergeben hatte. Der Note lagen Instruktionen für Baron Giesl bei, nach denen er sich auf keinerlei Verhandlungen einzulassen hatte. Sobald die 48stündige Frist nach der Überreichung verstrichen sei, ohne daß die bedingungslose Annahme eingelangt wäre, habe der Gesandte der serbischen Regierung in einer Note mitzuteilen, daß er Serbien verlasse, womit die diplomatischen Beziehungen abgebrochen seien.

Entscheidende Tage.

Mit Glockenschlag 6 Uhr tritt Giesl bei Minister Pacu — Basic weilt in Wahlangelegenheiten in Nisch — ein. Pacu will sich zuerst weigern, die Note anzunehmen. Aber schließlich nimmt er sie zur Kenntnis. Schon um Mitternacht langt der Kabinettschef in Belgrad an. Das Rad des Schicksals war im Rollen.

Am 24. empfing Basic den montenegrinischen Vertreter und den Gesandten Griechenlands. Montenegro erklärt sich bereit, an der Seite Serbiens zu marschieren, Griechenland nahm eine unsichere Haltung ein. Die Belgrader Presse gefiel sich in wüstem Geschrei, einige Blätter wurden konfisziert. Die Regierung erklärte in ihrem Organ, die Lage sei „äußerst ernst und kritisch“. Mit bleierner Langsamkeit schlichen die Stunden des 25. Juli dahin. Der Zeiger des Lagebarometers sprang von einem Ende der Skala zum andern. Zu Mittag erfuhr Giesl von Journalisten, daß ihnen Basic die Annahme der österreichischen Forderungen in Aussicht gestellt habe. In den ersten Nachmittagsstunden trat aber eine gründliche Verschlechterung der Lage ein. Eine lange Depesche des Jaren an König Peter war eingelaufen; man wollte wissen, daß Serbien durch die Erklärung, Rußlands ganze Macht stünde hinter ihm, in seinem Widerstand gestärkt worden sei.

Um 5 Uhr 55 Minuten erschien der serbische Ministerpräsident in der Gesandtschaft und übergab Baron Giesl in dessen Arbeitszimmer die Antwortnote. Es wurde seinerzeit erzählt, Giesl habe Basic im „touristischen Reisegewand“ empfangen. Baron Giesl stellt fest, daß er damals einen dunklen Anzug trug. Basic war sich offensichtlich der Bedeutung des Augenblicks bewußt. Im Ausdruck seiner ausnehmend klugen Augen lag düsterer Ernst. Er sagte in deutscher Sprache: „Einen Teil Ihrer Forderungen haben wir angenommen... für den Rest hoffen wir auf die Ritterlichkeit des österreichischen Generals.“ Er wußte nicht, daß die Entscheidung nicht bei dem Gesandten lag. Man reichte sich die Hand und Basic verließ die Gesandtschaft. Baron Giesl brauchte das Schriftstück nur zu überfliegen, um zu erkennen, daß die Antwort nicht genügen konnte. Die Note war übrigens geradezu ein Meisterwerk, und ganz geschaffen, den Eindruck von Nachgiebigkeit zu erwecken. Tatsächlich stimmte die serbische Regierung keiner der gestellten Forderungen restlos zu.

nr.:

304

TAG:

Eine halbe Stunde später ging der Zug. Beim Tor der Gesandtschaft standen Gendarmen. In den Straßen, durch die die Wagen fuhren, hatte sich eine nach vielen Hunderten zählende Menge angesammelt. An Schmährufen fehlte es nicht. Der Bahnhof war von Truppen abgesperrt, der Zug zur Abfahrt bereit. Alles vollzog sich in größter Eile. Auf dem Perron hatte sich ein großer Teil des diplomatischen Korps eingefunden, die Russen, Franzosen und Rumänen scheinen gefehlt zu haben. Serbische Offiziere riefen: „Au revoir à Budapest!“ Ein langer, mißtöniger Pfiff. Der Zug rollte aus der Halle.

Am Bahnhof in Semlin wurde Baron Giesl an den Fernsprecher gerufen. Graf Tiša fragte

aus Budapest: „Musste es denn sein?“ Für den nächsten Tag war Baron Giesl zur Audienz nach Stuhl befohlen. Und da sprach der greise Monarch, der sich so lange gegen einen Krieg gesträubt hatte, die Worte: „Sie haben nicht anders handeln können... ich muß auch das noch auf mich nehmen!“

ÖSTERREICHISCHE WEHRZEITUNG

Nr.: TAG: 25.11.1927

G.D.K. FREIHERR V. GIESL UND
DAS ULTIMATUM AN SERBIEN .

Von Fmlt. d. R. August
v. Urbanski .

Die Memoirenliteratur der letzten Jahre hat die Motive und die treibenden Kräfte, die zum Weltkrieg geführt haben, klargestellt; sie hat vor allen die Lüge über die Kriegsschuld der Mittelmächte zerstreut und den Weg zur Revision jener Friedensverträge gewiesen, die auf dem abgepressten Schuldbekentnis Deutschlands aufgebaut sind.

An die tendenziös entstellten Nebenumstände der Überreichung der befristeten Note Österreich-Ungarn an Serbien haben sich die Angriffe gegen die Donau-Monarchie und gegen den österreichisch-feindlichen russischen Gesandten Frh. v. Giesl in Belgrad geknüpft, die den historischen Tatsachen nicht entsprechen. Verhältnismäßig spät hat sich Baron Giesl entschlossen, seine Rolle, in diesem Drama authentisch niederzulegen. Ein Abschnitt seiner jüngst erschienenen Aufzeichnungen*) ist den ereignisvollen Tagen gewidmet, in denen die Entscheidung über den Weltkrieg fiel und Frh. v. Giesl das Ultimatum an Serbien zu übergeben hatte.

Giesl trat am 5. Dezember 1913, also zu einer Zeit politischer Hochspannung, dem Gesandtenposten in Belgrad an. Seit 20 Jahren in diplomatischer Verwendung am Balkan und auf Grund der Erfahrungen auf seinem letzten Dienstposten in Cetinje während der Balkankriege, konnte er als der bestorientierte Balkandiplomat angesehen werden. In diplomatischen Korps in Belgrad dessen Mitglieder zum größten Teil Giesl aus früheren Dienstverwendungen bekannt waren, nahm der russische Gesandte Nikolaus v. Hartwig infolge des Abhängigkeitsverhältnisses Serbiens zu seinem großen nordischen Protektor eine Sonderstellung ein, die bei manchen Anlässen selbst jene des Ministerpräsidenten Pasic überragte. Vor-

Antritt des Gesandtenpostens war Baron Giesl im Ministerium des Äußeren eine " entgegenkommende Haltung " vorgezeichnet worden. Baron Giesl wollte es nicht unverstanden lassen, selbst mit dem strengen österreichisch-feindlichen russischen Gesandten ein gutes Verhältnis anzubahnen, was ihm gesellschaftlich auch gelang.

Am 12. Juni 1914 waren die Verhandlungen Giesls mit der serbischen Regierung betreffend die Ablösung der Orient-Bahnen abgeschlossen und der Gesandte begab sich zu Stärkung seiner durch zwei eingreifende Operationen angegriffenen Gesundheit nach Vichy. Dort ereilte ihn am 28. Juni 1914 die Nachricht von der Ermordung unseres Thronfolgerpaars, die ihn zur sofortigen Abreise nach Wien veranlaßte. Hier wurde er einer Reihe von Besprechungen am Ballhausplatz zugezogen, die sich mit den an Serbien zu stellenden Forderungen auf Grund der bis dahin vor-

liegenden Ergebnisse der über das Verbrechen in Serajevo geführten Untersuchungen befaßten. „Die eigentliche befristete Note war damals vom Gesandten v. Mujulin noch nicht entworfen, ihren Inhalt erfuhr ich erst, als sie mir am 21. Juli amtlich zugestellt wurde“ — schreibt Giesl. Aus einer Besprechung, die Giesl mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tisza im Auftrage des Außenministers hatte, sei hervorgehoben, daß Tisza darauf Wert legte, „es müsse alles vermieden werden, was die Souveränitätsrechte Serbiens verletzen und vielleicht in weiterer Folge zum Kriege führen könnten“. Hier sei auch gleich festgestellt, daß Frh. v. Giesl bezüglich des Entstehens der befristeten Note schreibt: „Bei Formulierung der einzelnen Forderungen der befristeten Note wurde jedesmal die Frage aufgeworfen, ob die Annahme seitens Serbiens möglich sei. Der Redaktion der Note lag das Wort Tiszas zugrunde, die Forderungen sollten hart, aber nicht unerfüllbar sein.“

Giesl wartete die Fertigstellung der Note in Wien nicht ab; am 10. Juli traf er in Belgrad ein. Noch am selben Abend fand jener verhängnisvolle Besuch des russischen Gesandten bei Giesl statt, in dessen Verlauf Herr v. Hartwig in der Wohnung des österreichischen Gesandten einem Herzschlage erlag, was zu den unsinnigsten Gerüchten Anlaß gab und von der serbischen Presse zu einer beispiellosen, durch die Regierung nicht im geringsten beschränkten Heße gegen den Gesandten und gegen die Monarchie ausgenützt wurde. Baron Giesl knüpft an den Tod des russischen Gesandten die interessante Bemerkung, daß Herr v. Hartwig, mit Rücksicht auf das geringe Vertrauen in die Schlagkraft der serbischen Armee und die mangelhafte Bereitschaft der russischen Wehrmacht, den Augenblick für eine kriegsrische Austragung des Konfliktes noch nicht gekommen sah. Giesl resumiert seinen Eindruck aus der letzten Unterredung mit dem russischen Gesandten in dem Satze: „Würde Hartwig an dem kritischen 25. Juli (Ablauf des Ultimatums) noch gelebt haben: der Weltkrieg wäre nicht ausgebrochen.“

Am 21. Juli abends händigte der aus Wien eingetroffene Legationsrat R. v. Storaß Baron Giesl die befristete Note ein. Sie sollte am 23. Juli, 6 Uhr abends, der serbischen Regierung übergeben werden. Obgleich diese von dieser Tatsache verständigt worden war, befand sich Pasić nicht in Belgrad. Mit dem Glockenschlage sechs trat Giesl bei dem den Ministerpräsidenten vertretenden Minister Paču ein. Schon nach Uebersetzung der einleitenden Sätze protestierte Paču gegen die Weierverlesung und erklärte, die Verantwortung nicht auf sich nehmen zu können. Auf die Entgegnung, daß diese Weigerung keine Aenderung hinsichtlich der 48stündigen Frist herbeiführen könne, nahm Paču die Note zur Kenntnis. Um Mitternacht traf Pasić in Belgrad ein — das Rad des Schicksals war im Rollen.

Mit beierner Langsamkeit vergingen die Stunden der 48stündigen Frist. Journaisten aller Länder umlagerten die österreichische Gesandtschaft. Von ihnen erfuhr Giesl am Mittag des 25. Juli, daß ihnen Pasić eine friedliche Lösung der Krise durch Annahme der österreichischen Forderungen in sichere Aussicht gestellt habe. Dann aber trat eine gründliche Verschlechterung der Lage ein. Giesl bringt sie mit dem Eintreffen einer langen Depesche des Zaren an König Peter in Zusammenhang, die angeblich die Erklärung enthält, Rußlands ganze Macht stünde hinter Serbien. Eine Reihe von Anzeichen deutete dahin, daß Serbien den Ausbruch des Krieges erwarte. Um 5 Uhr 55 Minuten nachmittags des 25. Juli erschien Pasić in Baron Giesls

Arbeitszimmer und übergab die Antwort der serbischen Regierung. Auf die Frage nach deren Inhalt antwortete Pasić: „Einen Teil Ihrer Forderungen haben wir angenommen... für den Rest hoffen wir auf die Loyalität und Ritterlichkeit des österreichischen Generals“ — dann schied Pasić mit einem Händedruck.

Ein kurzer Ueberblick der Antwortnote belehrte Baron Giesl, daß sie in keiner Weise genügte. Im Falle des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen hatte Baron Giesl instruktionsgemäß den um 6 Uhr 30 Minuten abgehenden Zug zur Abreise zu benützen. Vor der Gesandtschaft standen Gendarmen; der Bahnhof war von Truppen abgesperrt. In den Straßen bewegte sich eine dichte Menge, aus der Schmährufe erschollen, als Baron Giesl mit dem Gesandtschaftspersonal nach dem Bahnhof fuhr. Serbische Offiziere riefen dem Militärattaché Oberstleutnant Gellinek zu: „Au revoir à Budapest!“

Der Zug hielt kurz nach der Abfahrt in Semlin, wo Baron Giesl von Graf Tisza aus Budapest aufgerufen wurde, mit der Frage: „Musste es denn sein?“ Am 27. Juli war Baron Giesl mit seinem Militärattaché in Audienz bei Kaiser Franz Joseph in Fischl. Die Worte des Kaisers: „Sie haben nicht anders handeln können... ich muß auch das noch auf mich nehmen!“ mögen Baron Giesl die Genugtuung geben, daß er in dieser Lage, in die ihn das Schicksal gestellt hat, seine Pflicht getan hat. Sie können ihm als volle Rechtfertigung dienen gegen nachträglich konstruierte Kritiken, die ihm eine „bestellte“ Note andichten, womit er zum Kriege gedrängt, ihn mutwillig provoziert haben sollte.

*) Zwei Jahrzehnte im nahen Orient
Auszeichnungen des G.d.K. Baron
Wladimir Giesl. Herausgegeben von
Generalmajor R. v. Steinitz. 1927.
Verlag für Kulturpolitik (Berlin).

Der Weltkrieg der Dokumente.

Zur deutschen Publikation der Vorkriegsakten.

Von Ferdinand Bilger.

Der Schuldpruch von Versailles, den das einseitige Gericht der Ententemächte gegen Deutschland fällte, war moralisch auf der Behauptung aufgebaut: Deutschland habe den Weltkrieg zu einer ihm genehmen Zeit vom Saune gebrochen, weil es nach der Welt Herrschaft strebte.

Als Antwort darauf erteilte die deutsche Regierung noch im Sommer 1919 den Auftrag zur Veröffentlichung jener Akten des Auswärtigen Amtes, welche die Zeitspanne vom Attentat in Sarajevo bis zum Kriegsausbruch umfaßten. Diese Urkunden waren von Karl Raubly zur Veröffentlichung vorbereitet und von General Graf Montgelas und Professor Walter Schücking bearbeitet. Sie bildeten unter dem Titel: „Dokumente zum Kriegsausbruch“, zugleich mit der österreichischen Schwesterpublikation, den „Diplomatischen Aktenstücken zur Vorgeschichte des Krieges 1914“ den Auftakt einer neuen Methode des diplomatischen Kampfes. In der rückhaltlosen Öffnung der auswärtigen Archive war damit der Anfang gemacht.

Von vorneherein war der Plan der deutschen Regierung dahin gegangen, eine Sammlung der weiteren Vorkriegsakten folgen zu lassen. Mit dieser Aufgabe wurden noch 1919 Abrecht Mendelssohn-Bartholdy, Friedrich Thimme und der inzwischen verstorbene Johannes Lepsius betraut. Es war zunächst gedacht, nur die letzte Phase vor dem Weltkriege, etwa von den Balkankriegen ab, aufzunehmen; allmählich aber stellte sich die Notwendigkeit heraus — namentlich gegenüber der französischen Publizistik — immer weiter zurückzugehen und schließlich die Publikation auf die ganze Epoche des Deutschen Kaiserthums 1871 bis 1914 auszudehnen. Dieses mächtige Aktenwerk liegt nun unter dem Titel „Die große Politik der europäischen Kabinette 1871 bis 1914, Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes“ in 40 Bänden vor.

Für die ältere Zeit konnte hierbei nur eine Auswahl des Wichtigsten getroffen werden, des Wichtigsten in dem Sinne, daß die Herausgeber sich vorsetzten, alle „zur Bloßlegung des weitverzweigten Wurzelgeschlechtes des Weltkrieges wesentlichen Vorgänge aktenmäßig so zusammenzustellen, daß sich aus ihnen die Grundlinien der großen europäischen Politik auf Seiten Deutschlands und seiner Verbündeten wie seiner Gegner ergeben“. Je näher an den Weltkrieg heran, desto vollständiger wird dann das gebotene Material, für welches den Herausgebern alle, auch die geheimsten Akten des Auswärtigen Amtes aus-

nahmslos zur Verfügung standen. Es war den Bearbeitern selbstverständlich, auch jene Stücke aufzunehmen, die unter Umständen die eigene Politik in wenig vorteilhaftem Lichte erscheinen ließen. „Unbedingte Ehrlichkeit, Offenheit und Sachlichkeit“ war für die Herausgeber „das vornehmste Gebot ihrer Arbeit“. Für immer denkwürdig wird das Schlußwort am Eingange der großen Aktenpublikation bleiben, das lautet: „Das deutsche Volk allein hat einen begründeten Anspruch darauf, daß ihm über die Leitung seiner Geschichte in den letzten Jahrzehnten vor dem Weltkriege voller Aufschluß und Rechenschaft gegeben wird. Dem Auslande steht weder nach völkerrechtlichem Brauch noch nach dem Zwange des Vertrages von Versailles auf die Vorlage des urkundlichen Materials über die deutsche auswärtige Politik ein Recht zu. Indem die deutsche Reichsregierung sich entschloß, als erste unter den am Weltkriege beteiligten Regierungen die Öffnung ihrer Archive für die ganze Vorkriegszeit rückhaltlos durchzuführen und so für sich mit dem System des Geheimnisses endgültig zu brechen, in das bisher die Diplomatie aller Völker gehüllt war, hat sie einen Schritt getan, der in der Geschichte der europäischen Politik ein Ereignis ohne Vorbild darstellt. In der Tat: die geheimen und geheimsten Akten, die sonst in den Archiven schlummern, bis gelehrte Forschung künftiger Generationen sie zögernd entziegelt, mit einem Schätze den Zeitgenossen vorzulegen, das war und ist ein Entschluß, so ungewöhnlich, so außerordentlich, daß er schon an sich in der Geschichte der Staatskunst Epoche machen muß. Mag er Deutschland nützen oder nicht, mag er als töricht oder weise beurteilt werden, niemand kann und wird verkennen, daß eine Regierung, daß ein Volk, das die Geheimnisse seiner Staatskunst schrankenlos preisgibt, ein Vertrauen ohne Grenze zur versöhnenden und heilenden Macht der Wahrheit hat.“

Schon in eben dieser Einleitung hatten die Herausgeber betont, daß sie absichtlich davon Abstand nehmen, „die einzelnen Aktenstücke mit einem fortlaufenden Kommentar zu versehen oder zwischen ihnen durch überleitende Bemerkungen zu vermitteln“. Dies war gerade im Hinblick auf die Wirkung im Auslande auch durchaus das Richtige. Aber für das eigene Volk, für die Verbreitung und das Verständnis des gebotenen Aktenmaterials in möglichst weiten Kreisen des deutschen Volkes erschien ein derartiger verbindender Kommentar, ein Wegweiser durch das große Aktenwerk als ein dringendes Gebot. Es ist der Oberst in Ruhe des preussischen Generalstabes Bernhard Schwertfeger, auch früher schon als militärischer und historisch politischer Forscher hoch verdient — die marlige Figur des 60jährigen wird vielen vom Historikertag her in Erinnerung sein —

der diese wichtige Aufgabe übernahm. Unter dem Titel „Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871. Ein Wegweiser durch das große Aktenwerk der deutschen Regierung“ schrieb er in acht umfangreichen Bänden diesen verbindenden Kommentar nieder. Ich versuche hier in knappster Formulierung, schlagwortartig, die Bände des Kommentars in ihrer Beziehung zum Hauptwerk zu kennzeichnen: Es entspricht der erste Teil des Wegweisers den Bänden 1 bis 6 des Aktenwerkes, enthält die Zeit 1871—1890 (Bismarck-Epoche). Es entspricht der zweite Teil des Wegweisers den Bänden 7 bis 12 des Aktenwerkes, enthält die Zeit 1890 bis 1899, „der neue Kurs“. Es entspricht der dritte Teil des Wegweisers den Bänden 13 bis 18 des Aktenwerkes, 1899 bis 1904, „die Politik der freien Hand“, und zwar im einzelnen insbesondere erste Haager Friedenskonferenz — einschneidende Wendung im Verhältnis zu England — Englands Bündnis-Angebot 1901 — bis zur Begründung der Entente cordiale und ersten Marokkokrise. Es entspricht der vierte Teil des Wegweisers den Bänden 19 bis 21 des Aktenwerkes, 1904 bis 1908, „die Isolierung der Mittelmächte“, insbesondere erste Marokkokrise und Konferenz von Algieras, die Kräftegruppierung des Weltkrieges bereits sichtbar. Es entspricht der fünfte Teil des Wegweisers den Bänden 22 bis 25 des Aktenwerkes, wiederum 1904 bis 1908, „Isolierung der Mittelmächte“, besonders charakterisiert durch die persönlichen Bemühungen Wilhelms II. um die Verbesserung der Beziehungen zu England. Es entspricht der sechste Teil des Wegweisers den Bänden 26 bis 29 des Aktenwerkes, 1908 bis 1911, „weltpolitische Kompensationen“, im besonderen die bosnische Krise von 1908, Bethmanns Versuche einer Flottenverständigung mit England, zweite Marokkokrise. Es entspricht der siebente Teil des Wegweisers den Bänden 30 bis 33 des Aktenwerkes, 1911 bis 1912, „weltpolitische Kompensationen“, im besonderen der erste Weltkrieg. Es entspricht endlich der achte Teil des Wegweisers den Bänden 34 bis 39 des Aktenwerkes, 1912 bis 1914, „Europa vor der Katastrophe“.

Ich habe diese absichtlich eintönige kürzeste Inhaltsaufzählung in dem Gesühle gewählt, daß eben daraus am deutlichsten die Vorstellung der geleisteten Arbeit geschöpft werden kann. Diese acht Bände des Wegweisers sind vollkommen gleichmäßig gegliedert. Jeder Band enthält für die entsprechenden Bände des Hauptwerkes den verbindenden und erklärenden Text zu den publizierten Dokumenten, in gewissem Sinne ein zur Darstellung verbundenes Regesten-Werk, dann die synchronistische Zusammenstellung der Aktenstücke, weiter die Übersetzung der fremdsprachigen Urkunden und endlich das vollständige Verzeichnis aller Dokumente des Hauptwerkes, an 16.000 Nummern.

Das große Aktenwerk der deutschen Regierung konnte, wie wir sahen, bis in die Zeit der weltpolitischen Kompensationen heraus nur eine Auswahl des Wichtigsten an Aktenstücken bringen. Dadurch ist für die Publikation eine besondere Stoffanordnung notwendig gewesen, es mußte statt der üblichen, rein chronologischen Aneinanderreihung der Dokumente eine Durchkreuzung des Systems der sachlichen Zusammengehörigkeit mit dem chronologischen Prinzip zur Anwendung kommen, derart, daß nun die Akten in Kapiteln nach materiellen Gruppen vereinigt sind und erst inner-

halb dieser wieder zeitlich geordnet erscheinen. Die Aktenstücke selbst sind durch das ganze Werk mit fortlaufender Numerierung versehen. Diese Anordnung hatte bei ungewissen Vorzügen auch gewisse Nachteile. Es ist vorgekommen, daß umfangreiche Dokumente nach ihrem sachlichen Inhalt geteilt wurden und so unter verschiedenen Kapiteln erscheinen. Auf der anderen Seite muß der Leser, der eine zeitliche Reihenfolge einhalten möchte, häufig in der Bestüre um Monate, wenn nicht Jahre zurückgehen, da sich die Kapitel bei der Einteilung nach Materien oftmals zeitlich überschneiden. Diesem doppelten Nachteil der Einteilung des Hauptwerkes ist durch die synchronistischen Tabellen, die Oberst Schwerfeger hergestellt hat, nunmehr praktisch abgeholfen. Abgesehen von der Wiedervereinigung einzelner getrennter Dokumente, ist es durch diese Tabellen sehr möglich, für jeden einzelnen Tag, an dem eine Berichterstattung oder Willensäußerung deutscherseits vorliegt, festzustellen, wie die ganze Summe der Deutschland betreffenden Fragen sich an diesem Tage dargestellt hat.“ Ich halte diese synchronistischen Tabellen von den mechanischen Hilfsmitteln des Wegweisers für das Wichtigste.

Die von Oberst Schwerfeger rein physisch geleistete Arbeit ist eine schlechthin außerordentliche. Die acht großen Bände seines Wegweisers sind in dem kurzen Zeitraum November 1923 bis Mai 1927 erschienen. Er spricht mit Recht „von einem kategorischen Imperativ der Pflicht, den er für Deutschlands Kampf in der Schuldfrage als unabweisbar empfand.“ Wenn Oberst Schwerfeger dabei von „einer wissenschaftlichen Arbeit aus zweiter Hand“ spricht, so trifft dies für einen wesentlichen Teil seines Werkes nicht zu. Man muß den Text des Regestenteiles — wenn ich so sagen darf — die „Inhaltsübersichten“ als eine voll wissenschaftliche Arbeit bezeichnen. Dieser Text der Inhaltsübersichten ist so ange-

ordnet, daß er sich genau an die Kapitel und Bände des Hauptwerkes anschließt und für jede Darlegung am Rande die Nummer des betreffenden Dokumentes anführt. Gegenüber der Masse des Stoffes war es, je mehr sich die Darstellung der Katastrophe des Weltkrieges näherte, notwendig, nur die Hauptbrennpunkte der Entwicklungsräden herauszuholen, Nebengebiete kurz zusammenzufassen. Diese Darstellung Schwerfegers ist von dem sichtbaren, durch Stichproben leicht nachzuprüfenden Streben geleitet, nur die Sprache der Dokumente zu Worte kommen zu lassen, ein unparteiischer Vermittler des Akteninhaltes zu sein. Er hat seine große Aufgabe mit dem bescheidenen Worte gekennzeichnet, nichts anderes zu wollen, als möglichst schnell und möglichst zuverlässig den Zugang zu den Akten zu bahnen.

Wenige Forscher werden heute schon von sich sagen können, daß sie in der Lage waren, das ganze ungeheure Aktenmaterial der großen deutschen Publikation bisher sich zu eigen zu machen. Für Oberst Schwerfeger, der diese Arbeit geleistet hat, mag es ein erhebendes Gefühl gewesen sein, daß er als Ergebnis dieser Arbeit die Überzeugung gewinnen konnte, es seien bereits heute zwei bedeutende Wirkungen dieser rückhaltlosen Veröffentlichung der deutschen Vorkriegsakten unverkennbar: zum ersten, daß die übrigen Mächte damit gezwungen werden, ihr Aktenmaterial zu

Nr.:

15

TAG:

veröffentlichen — England hat damit bereits den Anfang gemacht — und zum zweiten, daß bereits heute gegenüber der Formulierung des Artikels 231 des Friedens von Versailles und den Beschuldigungen der Mantelnote vom 16. Juni 1919 durch das Altentwurf festgestellt ist, „daß nichts anderes als die Sorge um den eigenen Besitzstand inmitten starker Nachbarn es gewesen ist, die Deutschland zu seiner Bündnispolitik und zum Ausbau seiner Wafferrüstung veranlaßt hat und daß die deutsche amtliche Politik niemals darauf ausgegangen ist, den europäischen Besitzstand gewaltsam zu ändern.“

Und eines ist sicher — und mit diesem Worte möchte auch ich diesen Bericht schließen — Oberst Schwertfeger wird recht behalten, wenn er in der Einführung seines Schlußbandes sein Urteil mit dem Satz zusammenfaßt: „In dem so begonnenen Weltkrieg der Dokumente hat Deutschland mit seiner großen Altentwurfpublikation eine überragende und unangreifbare Kampfstellung.“

TAGESPOST (Graz)

AUFFENBERG-KOMAROW

Nr.: 25

TAG: 25.1.1928

Die Kriegsschuld des Friedfertigen.

Von **Dr. (Frh. v.) Auffenberg-Komarow**,
Kriegsminister a. D.

Nach dem Communiqué neutraler Gelehrter, das über die Kriegsschuldfrage verlautbart wurde, lautete die erste zur Beantwortung vorgelegte Frage: „Gründen sich die Friedensverträge, die den Weltkrieg abschlossen, in ihren wichtigen Punkten auf die Voraussetzung, daß eine Mächtegruppe die alleinige Verantwortung trägt, während die andere Gruppe gar keine solche Verantwortung hat?“ Es ist natürlich, daß die Antwort hierauf einstimmig Ja lauten mußte, da die angezogenen Friedensverträge, vulgo Friedensdikate, darüber nicht den geringsten Zweifel übrig lassen. Da man beim ersten Anblick vermuten könnte, daß jenes Ja eine Zustimmung zu den Friedensverträgen bedeutet, so wäre vielleicht eine andere, die Beantwortung nicht apodiktisch bestimmende Fragestellung am Platz gewesen. Wie dem nun aber auch sein möge, so wird hiedurch die ganze Kriegsschuldfrage erneuert releviert. Sichtlich unter diesem Eindruck hat auch der allseits anerkannte Historiker Geheimrat Professor Dr. Delbrück in den Spalten des Berliner „8-Uhr-Abendblattes“ unter dem Titel „Die Kriegsschuldlegende“ einen überaus beweiskräftigen Artikel veröffentlicht, in dem er die vollständige Haltlosigkeit der These von der „Alleinschuld der Mittelmächte“ überzeugend entkräftet. Er hat hierbei fast ausschließlich Deutschland im Auge; es ist daher vielleicht nicht unberechtigt, wenn sich hiezu auch eine Stimme aus dem alten Österreich vernehmen läßt.

Professor Dr. Delbrück stützt sich in seinen Ausführungen vornehmlich auf den Umfang der beiderseitigen (französischen und deutschen)

Kriegsvorbereitungen und weist nach, daß Frankreich mit seinen 39 Millionen Einwohnern bei Beginn des Krieges die gleiche Anzahl Divisionen (79) ins Feld stellte als Deutschland mit seinen 67 Millionen Einwohnern. Gewiß ein volltönender Beweis von der Mächtigkeit der Kriegsvorbereitungen und -vorsorgen der erstgenannten Macht, die man sich auf die Dauer nur dann leistet, wenn man einem Kriege entgegengeht, beziehungsweise herbeiwünscht. Dies auf die seinerzeitigen Verhältnisse Österreich-Ungarns übertragen, erbringt aber als Resultat, daß dieses auch im Vergleich zu Deutschland einen Hirtenknaben gegenüber einem schwertgewapneten Ries darstellte. Denn es brähe bei einem Bevölkerungsstand von 52 Millionen alles in allem 49 Divisionen ins Feld. Kann man da auch nur mit einiger Berechtigung von einem Kriegswillen und daher von einer Kriegsschuld sprechen? Ich glaube, dies wäre ebenso töricht wie ungerecht. Doch ich vermag auch einiges über die Mentalität von Volk und Regierung zu sprechen, da ich in der Vorkriegszeit in der Donaumonarchie auch als Kriegsminister fungierte. Da kann ich bestätigen, daß nicht ein einziges Mitglied der maßgebenden Funktionäre von einem Kriegswillen auch nur im entferntesten beseelt war. Ja, ich kann sagen, daß der Ausspruch: „Es kann, darf, soll und wird zu keinem Kriege kommen“, beinahe zu einer stehenden Phrase, doch auch zu einem Leitmotiv geworden war. Speziell die oberste Instanz war schon aus dem Grunde denkbarst friedlich gestimmt, als die mannigfachen Dissonanzen, die sich zwischen den Nationen des konglomeraten und kompliziert aufgebauten Reiches in stets steigendem Maße geltend machten, Besorgnisse über die effektive Aktionskraft ausgelöst hatten.

Dieser allgemeine Friedenswille bildete ja auch den Gegenstand ernster Bekümmernisse für all jene, die pflicht- und organisationsgemäß für die Sicherheit und eventuelle Be-

veitschaft des — nach ihrer Ansicht — schwer bedrohten Staates zu sorgen hatten. Also in erster Linie für den Kriegsminister und den Chef des Generalstabes. Waren schon die notwendigen Mittel zur Erhaltung des Bestehenden nur schwer zu beschaffen, so fanden Verbesserungen und Erweiterungen fast stets einen unbeugbaren Widerstand nicht nur der kargenden Volkvertretungen, sondern meist schon in den Ministerkonferenzen. Ein Beispiel unter vielen möge dies veranschaulichen. Mich besorgte vornehmlich die quantitative Inferiorität unserer Artillerie. Sie stand gegenüber den Armeen der Nachbarstaaten im Verhältnis wie 2:3, ja sogar 2:4. Da nun alle Anträge, Beweisführungen, ja Verschwörungen stets einem non possumus gegenüberstanden, so setzte ich mich schließlich über alle Bedenken hinweg und bewirkte auf eigene Verantwortung eine 20prozentige Erhöhung. Dies geschah im Dezember 1912, so daß die Durchführung noch vor Beginn des Krieges beendet war. Über mich aber ergoß sich ein vollständiger Sturzregen. Nur durch einen Zufall entging ich dem Staatsgerichtshof, doch mußte ich schleunigst meine Demission einreichen, die auch — fast per acclamationem — genehmigt wurde. Kann man unter solchen Umständen auch nur mit einem bloßen Schimmer von Objektivität aussprechen, daß dieser Staat zu einem Kriege getrieben, ja zu einem solchen auch nur bereit war?

Von der äußeren Politik des einstigen Österreich-Ungarns soll hier nicht weiter gesprochen werden; doch es resultierte schon aus der Zusammensetzung des Staates, daß dieser von irgendwelchen imperialistischen Begierungen himmelweit entfernt war, ja daß sich vernünftigerweise imperialistische Ziele gar nicht fanden. Innerpolitische Schwierigkeiten, ja die gab's, doch die waren — wie schon erwähnt — weit eher ein Grund zur Eindämmung etwaiger ehrgeiziger Bestrebungen, denn eine Förderung. Wollte man übrigens alle derartigen Vorkommnisse als einen möglichen oder sogar absichtlich herbeigeführten Kriegsgrund ansehen, so hätte man zu allen Zeiten, namentlich aber derzeit bei der Fülle neu hinzugetretener Konglomeratstaaten im wahrsten Sinn des Wortes alle Hände voll zu tun, um kriegerische Velleitaten womöglich im Keim zu unterdrücken. Wenn schließlich doch dieser friedfertige Staat — das alte Österreich-Ungarn — zu den Waffen griff, so lag dies ausschließlich an dem Umstand, daß er bestrebt sein mußte, endlich den nicht endenwollenden Quertreibereien und ewigen Anrennpelungen ein Ziel zu setzen. Davon handelt ein Großteil der bisher erschienenen Kriegsliteratur, vielleicht am überzeugendsten das Werk „Le proces de Saloniki“ des früheren serbischen Staatsmannes Dr. Boghitchewitsch. Er zeigt den nationalen Haß

und die Eroberungspropaganda auf, die seit mehr als einem Dezennium von Serbien ausging. Und schließlich, man nenne mir auf der ganzen Welt das Volk, das die Ermordung eines Thronfolgers durch Agenten eines feindlich gesinnten Staates ruhig aufgenommen hätte, besonders wenn dieser Mord ausschließlich aus politischen Motiven erfolgt. Versehe man sich z. B. einen Moment in die englische Psyche und man wird zugeben, daß ganz Old-England mit allen Dominionen gleich einer Pulvermine aufgefliegen wäre, wenn dessen Thronfolger, sagen wir bei einem politischen Besuche in Indien, ein ähnliches Schicksal ereilt hätte.

Die zweite Frage im Urteil der neutralen Gelehrten, die sich auf die Folgewirkungen des Ergebnisses der Frage 1 bezieht, kann eigentlich nur dann vollwertig beantwortet werden, wenn man zu der Resolution der Friedensdiktate — in positivem oder negativem Sinne — entschieden Stellung nimmt. Lautet die Resolution in dem Sinne, daß die Friedensdiktate in der Beurteilung der Kriegs-

schuld recht haben, dann gibt es eigentlich keine Strafe, die hart genug wäre, um solch fürchterliches Verbrechen an der Menschheit zu ahnden. Auf einen Einzelnen reduziert, wäre das Schafott noch eine milde Strafe zu nennen. Die im Punkt 2 enthaltenen Amendements können daher zum guten Teil nur als eine Art von Kompromissen gelten, die der Beantwortung der Kernfrage eigentlich aus dem Wege gehen. Jedenfalls erbringt aber die ganze Gelehrtenemanation den Beweis, daß es nach wie vor Pflicht aller Leidenden, doch auch aller Objektiven ist, an der Zerstörung des Trugbildes von einer einseitigen Kriegsschuld der Mittelmächte kräftig mitzuwirken, um in weiterer Instanz eine Revision vorzubereiten. Ohne eine solche wird und kann es zu keinem wahren Dauerfrieden kommen. Daran werden alle Konferenzen und Resolutionen nichts ändern und nur die blasse Furcht vor dem Kriege überhaupt wird die Völker in dem labilen Zustand erhalten, der die Welt in waffenstarrend herrschende und in waffenlos beherrschte scheidet.

Sarajewo.

Von Hermann Wendel.

Wem von dem schrillen Geschrei, mit dem die Kriegsschuldapostel hüben und drüben die einseitigsten und verbohrtesten Thesen verteidigen, das Ohr schmerzt, dem tut die ruhige und besonnene Stimme eines Mannes wie des britischen Balkankenners Seton-Watson in seinem jüngsten Werk „Sarajewo. A study in the origins of the great war“ (bei Hutchinson und Co., London) doppelt wohl. Das Buch, das unter dem Titel „Sarajewo. Studija o uzrocima svetskoga rata“ auch serbokroatisch im Verlage der Zagreber Nova Europa erschienen ist, bekennt ohne Umschweife, daß die tieferen Ursachen des Weltkrieges sehr verwickelt lägen und daß die Verteilung der Schuld auf die einzelnen Nationen äußerst schwer sei. Auch schreckt Seton-Watson, getrieben vom heißen Drang, die Wahrheit und nur die Wahrheit ans Licht zu heben, nicht vor der Verletzung nationalistischer Empfindlichkeit zurück; daß er die Ermordung Franz Ferdinands unverhohlen ein Verbrechen und einen Schmutzleck in der Geschichte der südslawischen Bewegung nennt und die Belgrader Regierung auffordert, die von der Orjuna geplante Errichtung eines Denkmals für die Attentäter zu hintertreiben, hat ihm heftige Angriffe in der Sarajewoer Presse eingetragen.

Auch schiebt der ernste Forscher alle unbeweisbaren Theorien beiseite, wie sie im hüzigen Kampf der Meinungen von beiden Seiten nur allzu gern gebraucht werden. Was sein britischer Landsmann Wikham Steed 1916 über das Geheimnis der Zusammenkunft von Konopischt der staunenden Welt aufstufte: Vereinbarung zwischen Franz Ferdinand und Wilhelm II. über die Angliederung Deutschösterreichs an Deutschland und Gründung eines habsburgischen Königreichs Polen und eines gleichfalls von den Habsburgern regierten tschechisch-magyarisch-kroatisch-serbischen Königreichs, ist für Seton-Watson als leere Phantasie nicht der Erörterung wert. Ebenso hält er sich nicht lange bei der in Ententekreisen verbreiteten Legende von der Mitschuld des amtlichen Wiens oder Budapests an dem Attentat von Sarajewo auf, sondern erklärt die auffällige Ab-

wesenheit von genügenden Schutzmaßnahmen in der bosnischen Hauptstadt überzeugend mit der k. und k. Schlamperie. Nicht ganz gerecht dagegen ist er, wo er die Zugänglichkeit der Wiener Presse für die schäbigsten Einflüsterungen des Ballplatzes auf die Raizenbuckelei der jüdischen Redakteure vor den Behörden zurückführt, denn Blätter, wie „Arbeiter-Zeitung“ und „Zeit“, die gerade in der serbischen Angelegenheit die Nachenschaften der Ahrenthal und Berchtold unerbittlich bekämpften und immerhin Erwähnung verdient hätten, hatten Juden auch an leitenden Posten sitzen.

Bei dem Willen zur Sachlichkeit, der Seton-Watson beherrscht, sind die Folgerungen, zu denen er auf Grund genauer Prüfung aller Umstände kommt, dreifach bemerkenswert. Mit Recht begnügt er sich nicht damit, die unmittelbaren Vorbereitungen des Attentats unter die Lupe zu nehmen, sondern rollt den ganzen historischen Hintergrund des Prozesses: Serbisches Volk contra Haus Habsburg auf. Unbefangen genug, die Hebung des materiellen Wohlstandes und der öffentlichen Ordnung anzuerkennen, die Bosnien-Herzegowina der österreichischen Herrschaft verdankt, stellt er fest, daß es trotzdem den schwarzgelben Machthabern zwischen Okkupation und Annexion nicht gelungen sei, die Herzen der Serben in beiden Provinzen zu gewinnen. Die Balkankriege mehrten die Gärung und gaben dem Treiben der von revolutionärem Geist erfaßten, russischen Vorbildern nachstrebenden, tatenhungrigen neuen Jugend Nahrung. Diesem Kreis, der von Wladimir Gacinovic in Lausanne wesentliche Anregungen empfang, gehörten die Danilo Jlic und Buschara und weiterhin die Princip, Grabesch und Tschabrinovic an, und Gacinovic, 1917 in der Schweiz als Siebenundzwanzigjähriger gestorben, erscheint in Seton-Watsons klarer Darstellung als der geistige Urheber des Attentats.

Weist das Buch überzeugend nach, daß der in seinen Folgen so verhängnisvolle Anschlag eine Kollektivtat der bosnischen revolutionären Jugend war, so befaßt es sich auch mit den Fäden, die nach Belgrad leiten. Wenn alle Attentate, die in den Jahren vorher von Fanatikern der südslawischen Idee gegen habsburgische Würdenträger und Zwingherren in Zagreb und Sarajewo verübt wurden, keinerlei Verbindung mit Serbien hatten, war in den Mordplan der Princip und Genossen zweifellos der serbische Generalstabschef Dragutin Dimitrijewitsch, genannt Apis, die Seele des Offiziersbundes „Einigung oder Tod“ und „Narodna Odbrana“, die die untergeordnete, keineswegs entscheidende Helferdienste geleistet habe, hält Seton-Watson hauptsächlich auf Jewtitsch' Enthüllungen gestützt, für unwahrscheinlich. In der mittelbaren Beteiligung führender Köpfe von „Einigung oder

„Tod“ an dem Attentat sieht das Buch auch den bündigsten Beweis für die Unbetheiligkeit der serbischen Regierung, denn gerade damals trennte den Geheimbund von dem Kabinett Pasic-Protic tödlicher Zwist. Ebenso zieht Seton-Watson scharf die Grenze zwischen „Einigung oder Tod“ und „Narodna Odbrana“, die die Advokaten des Ballplatzes entweder nicht kennen oder doch zu verwischen trachten. Gleichwohl gibt es einen Zusammenhang zwischen beiden Organisationen, den das Buch nicht andeutet und der bisher überhaupt noch nirgends angedeutet wurde. Der Hauptmann Milan Pasic, als Sekretär der „Narodna Odbrana“ Nachfolger Milan Pribicevic, gehörte zugleich der Gesellschaft „Einigung oder Tod“ an und mußte seine Doppelrolle, um die Mitglieder jenes Vereines für die Zwecke dieses Bundes zu verwenden, so auch, als die „Kanäle“ von Belgrad nach Serajewo zur Ausführung gelegt wurden. Die „Narodna-Odbrana“-Leute gehorchten den Weisungen, die Pasic ausgab, ohne daß die Vereinsleitung die geringste Ahnung davon gehabt hätte. Pasic fiel 1913 an der Bregalnika.

Wenn die österreichisch-ungarische Regierung, die 1903 von den Plänen zur Ermordung des serbischen Königs paars wußte, ohne einen Finger zu rühren, 1914 auf das Attentat mit dem Ultimatum antwortete, so waren die Schüsse von Serajewo für den Ballplatz nur ein hochwillkommener Vorwand, eine nicht erst seit gestern in ihren Grundlinien festgelegte Politik durchzuführen. Das Ziel hieß Ausschaltung des russischen Einflusses im Südosten durch Verschmetterung Serbiens; Österreich-Ungarn sollte, wie Wilhelm II. in einer seiner großenwahn-sinnigen Randbemerkungen schrieb, auf dem Balkan „präponderant“ werden. Mit Fug betont Seton-Watson, daß die wahre Verantwortlichkeit für den Ausbruch des Weltkrieges in die Zeit vor Überreichung des Ultimatus fällt, denn da reiste in Wien unter tätiger Mitwirkung Berlins die unerschütterliche Absicht, den Krieg mit Serbien zu provozieren — um jeden Preis, auch um den eines Weltbrandes. Was dann den allgemeinen Krieg unvermeidlich machte, war die These von der Lokalisierung des Streitfalles, die friedfertig aussah, aber gemeingefährlich war, weil sie darauf fußte, daß der freile Überfall Österreich-Ungarns auf seinen kleinen Nachbarn niemand in Europa etwas anaehe.

Die bekannte und breitgetretene Äußerung Ujuba Zovanowic, daß die serbische Regierung von dem Anschlag auf den österreichisch-ungarischen Thronfolger gemußt und die Verschworenen am Überschreiten der Grenze zu verhindern gesucht habe, nimmt Seton-Watson als nachträgliche Wichtigtuerei nicht ernst. Doch wenn er scharf tadelt, daß 1914 das Kabinett Pasic nicht von sich aus eine Untersuchung gegen die Mitschuldigen auf serbischem Boden eingeleitet und derart den Berchtolds das Wasser abgegraben habe, so findet er auch herbe Worte dafür, daß die Behauptung Zovanowic niemals auf ernsthaft und dokumentierte Weise amtlich zurückgewiesen worden sei. Zwar ließ sich der greise Nikola Pasic vor seinem Tode in Cowpat zu Journalisten dahin aus, daß das Attentat von Serajewo der Unzufriedenheit in Bosnien entsprungen sei: „Die jungen Leute (die Attentäter) hatten so viel Liebe zu ihrem Volke, daß sie niemandes Hilfe brauchten und daß niemand sie an ihrem Tun hindern konnte. Unsere Polizei hat sich damals als gut erwiesen; wie die österreichisch-ungarische gearbeitet hat, das müssen sie unter sich ausmachen.“ Aber auch diese einigermaßen orphischen Worte klären die Frage, die Ujuba Zovanowic Behauptung gemecht hat, nicht und ersetzen keineswegs die ausführliche amtliche Darstellung, auf die mit Seton-Watson die zivilisierte Welt wartet.

TAGESPOST (Graz)

Nr.: TAG: 11. 1. 1929

Die Widerlegung der Versailler Kriegsschuldthese.

Alfred von Wegerer, Die Widerlegung der Versailler Kriegsschuldthese. Verlag von Reimar Hobbing, Berlin.

In jahrelanger, unermüdbeter Arbeit ist es dem hochverdienten Herausgeber der Zeitschrift „Die Kriegsschuldfrage“ gelungen, die ungerechten Beschuldigungen, Anklagen und Urteile zu widerlegen, die vor dem Friedensdiktat von Versailles gegen das Deutsche Reich von der Entente vorgebracht worden sind. Das Problem wird aus den zahllosen Erörterungen heraus auf seinen politischen Ursprung zurückgeführt. Der Verfasser zeigt die Entstehung der These und ihre Bedeutung. In den Waffenstillstandsverhandlungen spielte sie noch keine Rolle. Nur kurz wurde angedeutet, daß Deutschland als Angreifer Ersatz für die Schäden leisten müsse. Dem entsprechend verlangte das Reich, die Kriegsschuldfrage solle durch eine neutrale Kommission geklärt werden, was von England mit dem Bemerkten abgewiesen wurde, daß es überflüssig sei, eine Untersuchung einzuleiten, da die Verantwortung für den Kriegs-

ausbruch unumstößlich feststehe und auf Deutschland falle. Das widersprach dem fundamentalen Grundsatz jeder Rechtsprechung: „Eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede, man muß hören bedeu“. Vergebens verlangte eine „Professoren-Denkchrift“ eine unparteiische Untersuchung. Diese Denkchrift kam zu wesentlich anderen Resultaten als die Entente, die nach Lloyd Georges späterem Bekenntnis in den Krieg hineingestolpert war.

Der Verfasser stellt das ganze Material, die von der Entente gegebenen angeblichen Beweise für die Schuld des Reiches, zusammen: die Farbbücher und das sonstige amtliche und außeramtliche Material, und widerlegt im einzelnen die Anklagen und Urteile. Hatte z. B. die Entente behauptet, daß Kaiser Wilhelm seit dem Juli 1914 nicht mehr Schutzherr des Friedens war (womit sie ihre früheren lügenhaften Anschuldigungen des Kaisers selbst widerriß), so wird hier das Gegenteil, die fortgesetzte Bemühung des Kaisers um den Frieden, genau erwiesen, und wenn weiter gesagt wird, der Kaiser habe, um seine Absichten auf den Krieg zu verbergen, die Nordlandkreise unternommen und seinen Kriegsminister auf Urlaub geschickt, so wird das durch die Tatsache widerlegt, daß Reise und Urlaub längst schon

festgesetzt waren. Desgleichen werden die anderen Anschuldigungen widerlegt, z. B. daß Österreich sein Ultimatum so scharf stützt habe, damit es abgelehnt werde, daß es Serbien verschlingen wollte, daß Deutschland sich dem Ersuchen Frankreichs und Rußlands um eine weitere Frist für Serbien widersetzt habe, daß es die Vermittlung zu Vieren, den Konferenzvorschlag Englands abgewiesen, insgeheim mobilisiert und seine Armeen zusammengezogen habe.

Am längsten verweilt das Buch bei dem § 231, der Deutschlands Urheberchaft am Kriege feststellen soll. Da sind die Anklagen gegen den preußischen Geist, wonach die ganze Geschichte Preußens durch den Geist der Herrschsucht, des Angriffs und des Krieges charakterisiert wird, weiterhin werden angeführt der deutsche Militarismus, das Evangelium des Hasses und der Gewalt, die Demokratie und Welt Herrschaft, die Behandlung internationaler Angelegenheiten, Deutschlands Haltung im österreichisch-serbischen Konflikt, die Zurückweisung der Konferenz, die Kriegserklärungen Deutschlands an Rußland und Frankreich usw. Alle diese Anschuldigungen fallen nach der gründlichen Untersuchung, die einer jeden gewidmet wird, in ihr Nichts zusammen. Es erübrigt

sich, auf weiteres einzugehen, das Buch muß von jedem, der sich für das wichtige Problem interessiert, gelesen werden. Nur aus dem Schlußhefte wollen wir noch einige Sätze herausheben: „Das deutsche Volk“, sagt der Verfasser, „will keine Begnadigung, sondern Aufhebung oder Revision des ungerechten Urteils. Ein „Vergessen“ nützt uns und auch dem übrigen Europa viel zu wenig, weil die unglückseligen Folgen, die an das Fehlurteil geknüpft sind, dadurch nicht aus der Welt geschafft werden. Es bleibt bei den Worten Hindenburgs anlässlich der Tannenbergfeier vom 18. September 1927: Die Anklage, daß Deutschland schuld sei an diesem größten aller Kriege, weist das deutsche Volk in allen seinen Schichten einmütig zurück. Nicht Neid, Haß oder Eroberungslust gaben ihm die Waffen in die Hand. Der Krieg war uns vielmehr das äußerste, mit den schwersten Opfern des ganzen Volkes verbundene Mittel der Selbstbehauptung einer Welt von Feinden gegenüber. Keinen Herzens sind wir zur Verteidigung des Vaterlandes ausgezogen und mit reinen Händen hat das deutsche Heer das Schwert geführt. Es ist jederzeit bereit, dies vor unparteiischen Richtern nachzuweisen. . . Die Stellung Deutschlands unter den Weltvölkern und die Zukunft unseres Volkes verlangen es, eine Zurücknahme der Beleidigungen und einen Widerruf des ungerechten Urteils in der Kriegsschuldfrage herbeizuführen.“

Univ.-Prof. Dr. J. Lojert h.

8. Per. 1878

Die Lösung der Kriegsschuldfrage

Das neue Wiener Aktienwerk *): Oesterreichisch-deutsche Unstimmigkeiten — Kaiser Wilhelms vergebliche Bemühungen um Rußland — Das europäische Todesurteil über Oesterreich-Ungarn — Serbien als sein Vollstrecker — Hof und Regierung in Belgrad in alles eingeweiht

Von Staatsarchivar Dr. Rolf Wolkan

Die Berliner Vertrauensseligkeit mußte in der österreichisch-ungarischen Diplomatie, die über die vom Balkan her drohenden Gefahren und über die ganze Mentalität der Balkanvölker weitaus besser unterrichtet war als die deutsche, notwendigerweise ein Gefühl der Ueberlegenheit über den Bundesgenossen erzeugen, das sich im Laufe der näheren persönlichen Fühlungnahme zwischen dem aus der diplomatischen Karriere hervorgegangenen Berchtold und dem eingestandenem diplomatisch völlig ungeschulten Bethmann-Hollweg anlässlich eines Gegenbesuches des Reichskanzlers in Buchlau (IV, 3771) noch steigerte und jeden Gedanken an eine Unterordnung des Ballhausplatzes unter Berliner Direktiven völlig ausschloß.

Dieses Gefühl der Ueberlegenheit begann sich aber mit Mißtrauen gegen Berlin zu mischen, als Kaiser Wilhelm den Versuch unternahm, die anlässlich der Annexionskrise zutage getretene Kluft zwischen den beiden europäischen Bündnisystemen durch wiederholte, taktisch gehaltene Zusammenkünfte mit Zar Nikolaus II. zu überbrücken. Kaiser Wilhelm veräumte bei diesen

Entrevuen in Potsdam und Ballisch-Port

nicht, gemeinsam mit dem Zaren Begrüßungstelegramme an Kaiser Franz Josef zu richten; über die letztere Zusammenkunft erstattete er sogar durch den österreichisch-ungarischen Botschafter in Berlin Grafen Szögheny an Berchtold einen förmlichen „Bericht“ wie an einen Vorgesetzten (IV, 3714)! Das vergeblich erstrebte Ziel Kaiser Wilhelms bei diesen Zusammenkünften war die Wiederherstellung des 1872 von Bismarck geschaffenen und in den Achtzigerjahren erneuerten Dreikaiserbündnisses, auf das aber Rußland im Besitz seiner jetzigen Bündnisbeziehungen und unter dem Druck des Panlawismus nicht mehr zurückkommen geneigt war; wäre eine Erneuerung des Dreikaiserbündnisses jetzt noch möglich gewesen, so hätte den Hauptvorteil davon jedenfalls der labilste der drei Partner, Oesterreich-Ungarn, gehabt.

Aber die Uneigennützigkeit und Loyalität dieser Bestrebungen Kaiser Wilhelms hat nicht verhindert, daß man in Wien vermutete, er strebe — was allerdings die einzig richtige deutsche Politik gewesen wäre — Vereinbarungen mit Rußland auf Kosten Oesterreich-Ungarns an; man sprach in diesem Sinne am Wiener Ballhausplatz geradezu von dem

„Gespens von Potsdam“.

Dieser Argwohn gegen das Deutsche Reich und gegen Kaiser Wilhelm persönlich wurde besonders von dem am Wiener Hofe so einflussreichen und seinerseits von der Bündnisfeindlichen Politik der Tschechen stark beeinflussten böhmischen Hochadel genährt (IV, 4511); schließlich mußte der einzige, Kaiser Wilhelm persönlich nahe stehende und als deutschgesinnt bekannte Angehörige dieser Kreise, Fürst Max Egon Fürstenberg, herangezogen werden, um bezüglich der deutschen Bündnistreue

aufklärend und beruhigend auf seine Standesgenossen zu wirken.

Die Entfremdung zwischen Berlin und Wien steigerte sich zu einem förmlichen „Riß“ im Bündnisverhältnis

AMERICAN

Trading Co

BUROMÖBEL-FABRIKEN

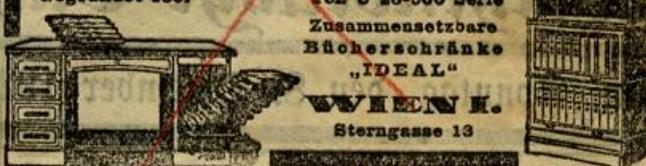
Zeitgemäße
Rationalisierungs-Behelfe!

Gegründet 1897

Tel. U 28-500 Serie

Zusammensetzbare
Bücherschränke
„IDEAL“

WIEN K.
Sternngasse 13



— dieses Wort wird in den Akten des Ballhausplatzes geradezu als technischer Ausdruck verwendet — durch die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen der Wilhelmstraße und dem Ballhausplatz über die Einstellung zu den Balkanstaaten angesichts des unerwarteten Aufstieges derselben in ihrem gemeinsamen Krieg gegen die Türkei und mehr noch über die Stellungnahme zu den gegnerischen Gruppen im zweiten Balkankrieg, dem Krieg Serbiens, Rumaniens und Griechenlands gegen den Hauptteilhaber an der türkischen Beute, Bulgarien, entstanden. Im Sinne der für seine Politik leider immer und überall ausschlaggebenden monarchisch-dynastischen Sympathien und Antipathien stand hier Kaiser Wilhelm und ihm folgend das deutsche Außenamt ganz auf Seite des von einem Hohenzollern regierten Rumänien sowie Griechenlands, dessen Kronprinzessin eine Schwester des deutschen Kaisers war. In Wien dagegen trat man — vom österreichischen Standpunkt ganz mit Recht — für

BIRO eröffnet in MARIAHILF

MARIAHILFERSTRASSE Nr. 71 (Lessnerhaus) 1. STOCK

am 15. Dezember (silberner Sonntag) seine neue Filiale

DAMENMÄNTEL, -KLEIDER UND -PELZE

zu sensationellen Einführungspreisen

Freie Besichtigung! Die enorme Auswahl und die sportbilligen Einführungspreise werden Jedermann überraschen!

die Heranziehung Bulgariens an den Dreibund ein, da es als einziger Nachbar der Monarchie keine Konnationalen innerhalb derselben besaß und deshalb sowie auch wegen seiner alten Feindschaft mit Serbien, als einziger verlässlicher Bundesgenosse auf dem Balkan in Betracht kam.

So durchkreuzten einander die Richtlinien der deutschen und der österreichisch-ungarischen Balkanpolitik in den letzten Jahren vor dem Weltkrieg fast andauernd. Und erst das Attentat von Sarajevo sowie die gleichzeitig von Wien kommenden nachdrücklichen Vorstellungen über die Unzuverlässigkeit Rumaniens, vermochten Kaiser Wilhelm aus seinen bisherigen Sympathien für Serbien

*) Vergleiche die „Wiener Neuesten Nachrichten“ vom Sonntag den 1. d. M.

und Rumänien herauszureißen und in letzter Stunde eine einheitliche Balkanpolitik der Mittelmächte mit dem Stützpunkt in Bulgarien und der Türkei herzustellen.

Um so einheitlicher war während dieser ganzen Zeit die Politik der Tripelentente und vor allem

der irredentistische Terrorismus der großserbischen Propaganda

am Werk gewesen. Für den programmatischen Zusammenhang zwischen der Politik des Dreiverbandes und der serbischen Verschwöreraktion bringt das neue Altentwurf ein außerordentlich beweiskräftiges Zeugnis in der Aussage (VIII, 10164), die ein im Zuge der Untersuchung über das Sarajewoer Attentat einvernommener Kroat aus Agram, Marian Jaskić, über „Prophezeiungen“ eines Führers der „Narodna odbrana“, des serbischen Majors Pribicević, über den Verlauf des kommenden Weltkrieges zu Protokoll gegeben hat — Prophezeiungen, die tatsächlich fast völlig eingetroffen sind, die aber damals, im Frühjahr 1914, noch vor dem Attentat von Sarajewo, nur ein in die Pläne und Ziele aller Feinde der Mittelmächte ganz Eingeweihter aussprechen konnte.

Bezeichnenderweise war man in Frankreich über die Organisation und die Ziele der serbischen Geheimverbände genauestens unterrichtet. Der Quai d'Orsay war im Besitz einer förmlichen Ordre de bataille der serbischen Vereine „Omladina“, „Narodna odbrana“ und „Crna ruka“ und scheute sich nicht, sie am 25. Juli — dem Tage, da in Belgrad durch die verlaufenerkündete und daher für Österreich-Ungarns Sicherheitsbedürfnis gänzlich entwertete Annahme des Ultimatums die Würfel gefallen waren — im „Eclair“ zu veröffentlichen — wie um zu zeigen, welche furchtbare Waffen Serbien besessen habe, um den ersehnten Vernichtungskrieg gegen die Monarchie tobischer herbeizuführen. (VIII, 10824.) Noch in denselben Tagen aber, da man in Paris das

Doppelspiel mit verteilten Rollen

zwischen der „Narodna odbrana“, dem „harmlosen“ kulturpolitischen Verband, und „Crna ruka“, der nationalrevolutionären Terrorgruppe, zynisch enthüllte, wagte es der oberste Organisator aller dieser Verbände, der frühere Sektionschef im Belgrader Außenministerium und jetzige serbische Gesandte in Petersburg, Spalajković, in Interviews die „Schwarze Hand“ als eine Erfindung des Wiener Ballhausplatzes hinzustellen! (VIII, 10016, 10017.) Dabei hatte schon im Juni 1912 das Wiener Kriegsministerium Spuren eines Attentates aufgedeckt, das in Wien selbst von Lazar Antić und Jovan Puljo, denen der Wiener Serbenverein „Zora“ (die „Morgenröte“) eine Audienz beim Thronfolger verschaffen sollte, gegen diesen hätte verübt werden sollen! (IV, 3555, 3572.) Vom 27. Juni 1912, also fast genau zwei Jahre vor der Katastrophe von Sarajewo, ist eine Denkschrift des serbischen Sektionschefs i. R. Stefanović-Bilowitsky (IV, 3590) datiert, die genaue Aufschlüsse über die Verlegung eines bis dahin zwischen den Führern der „Schwarzen Hand“ und dem Kronprinzen Alexander von Serbien (dem jetzigen südslawischen König) bestandenen Konfliktes, sowie über alle der „Schwarzen Hand“ angehörigen Generale und höheren Offiziere des serbischen Heeres gibt! Im Empfangssaal des Belgrader Kriegsministeriums, das zugleich das Hauptquartier der „Schwarzen Hand“ bildete, war, wie der österreichisch-ungarische Militärattaché be-

richtet (VIII, 10438) ein Wandgemälde mit der allegorischen Darstellung der „Zora“ (vergleiche den Namen des Wiener Serbenvereines!) angebracht, das zugleich die Namen aller Gebiete, über denen die serbische „Morgenröte“ aufgehen sollte, aufwies: Bosnien, Herzegowina, Kroatien, Dalmatien, Wojwodina usw. Und von diesen Tendenzen der serbischen Geheimverbände und der serbischen Armee sollten in Belgrad Hof und Regierung nichts gewußt haben?!

Zu deutlich spricht für diese Mitwisserschaft der Umstand, daß König Peter am 24. Juli 1914, als alle Vorbereitungen zu dem für den 28. bestimmten Attentat fix und fertig waren, unter dem Vorwand einer Badereise (!) die Regentschaft auf den Kronprinzen übertrug! (VIII, 9908.) Sogar in Rom wurde dies, als das Attentat geglückt war, sofort so aufgefaßt (VIII, 9988), daß sich

der serbische König für die kritischen Tage ein Utibi schaffen wollte.

Auch der bulgarische Gesandte in Rom Rizoff bezeichnete es auf der Durchreise durch Konstantinopel dem doctoren österreichisch-ungarischen Botschafter Markgrafen Pallavicini gegenüber auf Grund seiner persönlichen Kenntnis der serbischen Drahtzieher als seine feste Überzeugung, daß

bei dem unseligen Attentat gegen Erzherzog Franz Ferdinand serbische Offizierskreise und auch Kronprinz Alexander die Hand im Spiele gehabt

hätten (VIII, 10282); auch Rizoff brachte spontan den Moment des Rücktritts König Peters und der Regierung und die Betrauung des Kronprinzen mit derselben mit dem Attentat in Zusammenhang.

Ja sogar ein Verwandter des serbischen Königshauses, der Vorstand der Ortsgruppen der „Narodna odbrana“ und des Sokolvereines in Niš Jaska Nenadović setzte in den ersten Julitagen den Mitgliedern dieser Ortsgruppen aneinander (VIII, 10415), Serbien habe sich diesmal unbedingt des Mittels des Attentates gegen den Erzherzog-Thronfolger bedienen müssen, wenn aber die Tortur, die das serbische Volk in Bosnien und der Herzegowina erdulde, so fort dauern würde, dann würden Bomben und Revolver auch weiterhin erst recht ihre Rolle spielen! Auch Herr Poincaré hatte in Paris auf dem Umweg über England (!) die Nachricht erhalten (VIII, 10360), daß

das Attentat von Sarajewo nur den Anfang einer Reihe von Mordanschlägen bilden sollte,

welche gegen das österreichische Kaiserhaus geplant seien und in letzter Linie auf die Zerstückelung der Monarchie abzielten. (Bericht des Pariser Botschafters Grafen Szécsen vom 18. Juli 1914.)

Ja, selbst in dem bis vor kurzem noch mit der Monarchie verbündet gewesenen und erst durch die Zusammenkunft zwischen Zar Nikolai und König Carol in Konstanza den Mittelmächten abspenstig gemachten Rumänien hatte sich nach einem Bericht des österreichisch-ungarischen Gesandten in Bukarest, des späteren Ministers des Auswärtigen Grafen Czernin, vom 22. Juli (also sechs Tage vor dem Attentat, VIII, 9902), „der feste Glaube eingebürgert, daß die Monarchie ein dem Untergang und der Auflösung verfallener Körper sei, daß wir bei der Aufteilung der Türkei nichts von ihr geerbt haben, als ihr Schicksal, daß mit anderen Worten

in nächster Zeit die habsburgische Monarchie zur europäischen Auktion gelangen werde“.

Dürften, so muß man heute fragen, die leitenden Staatsmänner der Monarchie diesem Schicksal des ihnen anvertrauten Staates mit verschränkten Armen zusehen? Wären die Leiter irgendeines anderen Staates der Welt in solcher Lage eines passiven Zuhaltens fähig gewesen? Und was anderes als die Eröffnung der „europäischen Auktion“ Oesterreich-Ungarns hätte es bedeutet, wenn es Rußland gelungen wäre, den serbisch-österreichischen Konflikt vor die Haager Friedenskonferenz zu bringen? Dürfte ein verantwortlicher österreichischer Staatsmann auf diesen russischen „Vermittlungsvorschlag“ eingehen, wo überdies Oesterreich das formelle Völkerrecht durchaus auf seiner Seite hatte, das Fragen der Ehre und Existenz eines Staates grundsätzlich von der Kompetenz des Haager Schiedsgerichtshofes ausschloß?

Nein, auch wer davon überzeugt ist, daß die Existenz Großösterreichs kein Vorteil, sondern ein Verhängnis für das deutsche Volk war und wer die Wiederkehr dieses oder eines ähnlichen Staatsgebildes um nichts in der Welt wünschen möchte, ja gerade der muß um der historischen Gerechtigkeit willen anerkennen und feststellen, daß

die habsburgische Monarchie im Zustande der äußersten Nothwehr

handelte, als sie Serbien den Krieg erklärte. Ist es doch auch heute noch gar nicht so lange her, daß der Kellogg-Pakt das im Statut des Völkerbundes den Mitgliedern desselben zugebilligte Recht auf Mehrheitsbeschlüsse des Rates — und zwar nicht nur dann, wenn sie für einen der überstimmtten Staaten lebensgefährlich, sondern einfach, wenn sie ihm mißlieblich wären — mit Kriegserklärung zu reagieren! Oesterreich-Ungarn war von ganz Europa zum Untergang verurteilt, aber es zog es vor, in Ehren, mit der Waffe in der Hand, unterzugehen. Und es hat diesen Entschluß in voller Unabhängigkeit von seinem deutschen Bundesgenossen gefaßt. Das ist die Antwort, die das neue Aktenwerk des Wiener Staatsarchivs auf die „Kriegsschuldfrage“ gibt. Eine Frage aber, auf welcher Seite die Schuld an diesem Kriege liegt, die kann es von jetzt an nicht mehr geben.

ODI ENIM ODI ENIM!

Der Ministerrat hat angeordnet, daß uns wieder zu den Klängen des alten Kaiserliedes — als neue Volkshymne — aufgespielt werden soll. Mit den alten Klängen werden auch alle Erinnerungen wieder wach. Und damit man über dem neuen Text und Gesungen beendet wurde, hierhergesetzt. Es war ein mannigfaltig grauenvoller Text, zu dem die Volkshymne erklang...
als neue Volkshymne — auf-
damit man über dem neuen Text
eingespielt und mit Hunger, Tod
die Volkshymne erklang...

- 342. 228 Nationalhymne
- 355. 15 Nationalhymne
- 94. 53 Wettberg I
- 344. 1 Militärhymne

Wir Dragoner

des Kadets des Dragonerregiments Nr. 5 bringen dem hohen k. u. k. Kriegsministerium Folgendes zur Kenntnis und bitten dringendst um Abhilfe:

Herr Leutnant Lorenz behandelt die Mannschaft schlechter als die Hunde. Dragoner Einhorn, der lange Zeit bei ihm gepußt hat, wurde für das geringste wiederholt geohrfeigt, beschimpft und zuletzt strafweise in das Pferdespital nach Stadlersburg kommandiert. Dragoner Pelzeder, der Schreiber in der Verwaltungskommission ist, wird für die geringsten Sachen immer wie ein Vieh geohrfeigt. Die jetzige Ordonnanz der Verwaltungskommissionskanzlei, des Dragoner Dreßel, wurde von Leutnant Lorenz wiederholt geohrfeigt, daß er auf einem Ohre taub geworden ist. Er sollte zur Kraindivision 3 transferiert werden, da er superarbitriert worden ist, doch wurde er, damit er die Anzeige dort nicht erstatten könne, bis heute nicht abgesendet. Vor einigen Tagen wieder wurde Dragoner Haas vom Leutnant Lorenz gemein behandelt, als er zum Rapport kam, um über die Mißhandlung dem Herrn Major Reichsritter von Leuzendorf zu melden, wurde er, als er um seine Vorführung zum Stationskommandorapport bittlich wurde, mit dem Reitstock derart über den Kopf geschlagen, daß er noch heute krank ist. Sanitätsunteroffizier Cimadori, der beim Rapport anwesend war, hat ihm den Kopf verbinden müssen... Hier, beim Kader, ist keine Gerechtigkeit, seit der Major Leuzendorf Kommandant ist. Die Mannschaft bekommt keinen Ausgang wie die andern Truppen... Auch müssen wir fast immer drei Stunden angetreten auf den Rapport warten, so daß es auch halb zwei Uhr nachmittag wird und wir nachher keine Menge mehr bekommen... Eingesperrt werden wir vom Herrn Major, daß wir schwarz werden. Eine Bitte traut sich niemand beim Rapport vorzubringen. Auch darf man nicht melden, denn nachher bekommt man bestimmt Schläge mit dem Reitstock über die Ohren oder Ohrfeigen und wird zuletzt eingesperrt.

Die Eingabe an das Kriegsministerium schließt: „Sollte Eure Excellenz sich unserer Sache nicht annehmen, müßten wir nach dem Kriege unser Recht durch Abgeordnete öffentlich suchen. Marburg, am 30. April 1916.“

Das umfangreiche Schriftstück lief am 28. Mai 1916 beim Gericht des Militärkommandos Graz ein und erhielt unter dem Einlauffstempel folgenden Vermerk: „Anordnung von vorläufigen Erhebungen und strengste Forderung nach dem Verfasser der Anzeige, damit derselbe bei Nichterwahrung (Nichtbestätigung. Red.) der Angelegten aufs strengste zur Verantwortung gezogen werden kann.“

Eine reflektorische Bewegung.

„Das k. u. k. Feldgericht hat am 29. September 1916 unter dem Vorsitz des Obersten Schroz und der Leitung des Majorauditors Mohler zu Recht erkannt: Adalbert Ritter von Leuzendorf wird freigesprochen von der Anklage, Ende April 1916 in Marburg den Reservisten Dragoner August Haas beim Rapport zweimal mit dem Reitstock über den Kopf geschlagen, ihm „Halten Sie die Götchen, Sie sind ein großes Miestvieh“ zugerufen, somit seinen Untergebenen im Dienste körperlich mißhandelt und auf herabwürdigende Weise beschimpft... zu haben. Gründe: ... Aus dem Geständnis des Angeklagten und der Aussage der Zeugen Haas, Oberleutnant Gilbert und Valenzi hat das Kriegsgericht die Ueberzeugung gewonnen, daß der Angeklagte am 20. April 1916 beim Rapport dem Dragoner Haas zurief: „Halten Sie die Götchen, Sie sind ein großes Miestvieh“ und — als derselbe noch weiter aufbegehrte, ihm mit dem Reitstock einen Schlag auf den Kopf versetzte, welcher das Ohr traf...“

Was nun die Mißhandlung anlangt, so gelangte das Feldkriegsgericht... zu der Ueberzeugung, daß der Angeklagte dem Dragoner Haas nicht absichtlich den Schlag versetzt hat, sondern daß es sich um eine reflektorische Bewegung handelt, nämlich, daß der Angeklagte, durch das subordinationwidrige Verhalten des Haas erzürnt, seinen Worten, mit welchen er ihn zur Ruhe mahnte, durch eine unbewußte angewöhnte Handbewegung Nachdruck zu verleihen beabsichtigte und hierbei den Haas, ohne ja

vielleicht sogar gegen seinen Willen, mit dem Reitstock traf... sich zu einer Handlung hinreißen ließ, die er nach Ueberzeugung des Feldgerichtes nicht begangen hätte, wenn er seiner Sinne mächtig gewesen wäre. Der Angeklagte war somit auch aus diesem Grunde freizusprechen...“

Es blieb nicht bei diesem Urteil: es wurde aufgehoben, dann erhielt der Herr Leuzendorf

zehn Tage Profosenarrest, doch wurde die Verbüßung der Strafe bis zur Demobilisierung aufgeschoben...

Und heute wissen die sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament von Soldatenmißhandlungen in der republikanischen Wehrmacht zu erzählen — und die Christlich-sozialen lachen dazu. Sollen zu den Klängen des „Gott erhalte“ wirklich die Zeiten und die Sitten des k. k. Militarismus wiederkehren?

Im Namen Seiner Majestät des Kaisers!

Der Landsturminfanterist Guido Hajne, 37 Jahre alt, verheiratet, erhielt am 8. März 1915 einen viertägigen Urlaub bewilligt, rückte aber nicht ein und wurde am 23. April in seinem Hause verhaftet. Ein Verfahren wurde gegen ihn eröffnet und mit folgendem vorliegenden Urteilsentwurf, der wohl nicht die Höhe der Strafe, aber die Qualifikation des von Hajne begangenen Deliktes enthält, abgeschlossen. In dem Urteilsentwurf heißt es:

Landsturminfanterist Guido Hajne, am 16. 4. 1878 in Seisenberg geboren, dahin zuständig, verheiratet, derzeit Landsturminfanterist in Tschernutsch, ist schuldig, am 8. 3. 1915, nach Ablauf des ihm... bewilligten viertägigen Urlaubes zu seinem Kommando nicht eingerückt zu sein, wobei er des Vorsatzes, sich seiner Dienstpflicht für immer zu entziehen, weder geständig, noch durch Umstände überwiesen ist; er habe nur das Vergehen der eigenmächtigen Entfernung begangen und wird zur Strafe des strengen Arrests von Monaten verurteilt.

Feldpost 330, am 2. November 1915.

Der Landsturminfanterist Hajne war also von den unterjüngenden Behörden nur des Vergehens der eigenmächtigen Entfernung schuldig erkannt worden und hatte eine Arreststrafe zu gewärtigen. Was sich nun zwischen dem 2. November, da dieses Urteil vorbereitet wurde, und dem 11. Mai 1916 abspielte, darüber fehlen Schriftstücke. Erst über den Ausgang des Falles erfährt man wieder etwas. Und zwar heißt es in den Verlautbarungen des fünften Armeekommandos vom 19. Mai 1916:

Vom Feldgericht, Feldpost 330, wurde der Landsturminfanterist Guido Hajne des k. k. Landsturmbezirkskommandos Nr. 27 wegen des Verbrechens der Desertion zum Tode durch Erschießen verurteilt. Das Urteil wurde vom zuständigen Kommandanten bestätigt und am 11. Mai 1916 um 12 Uhr mittags vollzogen.

Dieser Fall ist das typische Beispiel eines von oben angeordneten Mordes.

Elf unschuldig Gehängte.

Auf eine Interpellation wegen elf unschuldig zum Tode Verurteilter antwortete der Landesverteidigungsminister den Interpellanten schriftlich folgendes: „Ich beehre mich zu erwidern, daß auf Grund des vom Kriegsministerium angeordneten außerordentlichen Wiederaufnahmeverfahrens sämtliche mit rechtskräftigem Urteil des Feldgerichtes des 55. Infanteriedivisionskommandos als Standgericht vom 18. Oktober 1914 wegen Verbrechens wider die Kriegsmacht des Staates zum Tode Verurteilten, und zwar Peter Kowal, Michael Kowal, Anton Kowal, Fedor Budz, Stephan Gryb, Nikola Dzus, Peter Dzus, Adam Struz, Jwan Matyjszyn, Theodor Fedynyszyn und Jak Lysownicki mit dem Urteil des Obersten Militärgerichtshofes vom 17. April 1918 von der Anklage wegen des vorgenannten Verbrechens freigesprochen worden sind. Dieser schüttelt neige ich mich vor den im Grabe liegenden unglücklichen Opfern...

Feldpostbrief aus dem Himmel.

Im Wiener Diözesanblatt des Herrn Bisffl aber finden wir im Jänner 1916 folgende reizende Geschichte unter dem Titel: Feldpostbrief aus dem Himmel. Es heißt da:

„Heute möchte ich Dir einen Feldpostbrief aus dem Himmel mitteilen. So höre! Liebe Eltern und Geschwister! Als ich noch auf Erden lebte, schrieb ich Euch des öfteren aus

dem Schützengraben: Es geht mir gut. Damals glaubte ich auch, es gehe mir gut, weil ich noch am Leben war. Jetzt aber sehe ich, daß es mir nicht gut ging. Jetzt erst im Himmel kann ich Euch die Wahrheit sagen: Es geht mir gut. — Was Euch neulich das Blatt da gesagt hat über den Himmel und über die Freuden der Seligen, war noch gar nichts. In Wirklichkeit ist's viel, viel schöner. Ihr Menschen auf Erden könnt Euch überhaupt keinen Begriff machen von der Pracht und dem Glanz, der den Thron unserer Schlachtenkönigin umgibt, und von den Wonnen, die sie ihren braven Soldatenkindern bereit hält...“

Wer hört da nicht das alte Kaiserlied?

Es geht mir gut . . .

R. u. k. Kriegsministerium, Abt. 4/II.
Nr. 1104 von 1916.

Nach den gemachten Erfahrungen kommen nachstehende Fälle von Selbstbeschädigungen häufig vor: Verätzungen und Erzeugungen von Entzündungen der Haut, der Augenbindehaut, des äußeren Gehörganges und der Harnröhre durch verschiedene Narkotika; Erzeugungen von Entzündungen der Augenbindehaut und der Harnröhre durch Einführung von Fremdkörpern; absichtliche Uebertragung von Trachom und Tripper; Strangulierung von Extremitäten durch Spagat und Stricke und Riemen behufs Erzeugung von Anschwellungen der Gliedmaßen; Erzeugung von Hämorrhoiden durch Anwendung drastischer Abführmittel und lokaler mechanischer Reizmittel; Einnahme von Arzneimitteln zur Erzeugung vorübergehender Krankheits Symptome (wie zum Beispiel Absud von Oleanderblättern, von Bestandteilen des Kermesbeerstrauches, von Pikrinsäure zur Erzeugung von Gelbsucht, von Coffein usw.)...

Aus der Geheimgeschichte des Weltkrieges.

London, 3. April. Einen bedeutungsvollen Blick auf die Vorgänge hinter den Kulissen der Vorkriegsdiplomatie ermöglicht ein Buch, das der bis vor kurzem als Diplomat in Berlin tätige Journalist Harold Nicholson über das Leben seines Vaters Lord Carnot geschrieben hat. Lord Carnot war als früherer britischer Botschafter in der kritischen Periode vor Ausbruch des Krieges Staatssekretär im Außenamt und hatte in dieser Eigenschaft Einblick in die Geheimnisse der Entente-Diplomatie. Die bemerkenswertesten Dokumente, die das Buch enthält, stammen aus dem Jahre 1913 und scheinen zu beweisen, daß England und Frankreich ernstlich daran dachten, im Kriegsfall die Neutralität Belgiens zu verletzen. „Wir und Frank-

reich“, so schrieb Lord Carnot an den britischen Gesandten in Brüssel, „können unter Umständen gezwungen sein, Truppen nach Belgien zu senden, um einem Vorstoß deutscher Truppen von der andern Seite zu begegnen.“ Aus der Antwort des britischen Gesandten in Belgien geht hervor, daß ein solcher Schritt bereits lange in Erwägung gezogen wurde, ehe die Deutschen in Belgien einmarschiert sind.

Clemenceau und die belgische Neutralität.

(Bericht der Arbeiter-Zeitung.)

London, 3. April. Die bekannte englische Sozialistin Gräfin Warwick, die in ihrer Jugend dem König Eduard persönlich nahestand, hat einem Mitarbeiter des „Daily Herald“ sensationelle Mitteilungen über die Stellung Clemenceaus zu der Frage der belgischen Neutralität gemacht, die die Veröffentlichungen Nicholsons ergänzen. Sie berichtet, daß sie im Jahre 1910 als Uebersetzerin die einzige Zeugin eines Gesprächs zwischen dem englischen General French, dem späteren Kommandanten der britischen Expeditionsarmee, und Clemenceau gewesen ist. Clemenceau habe sich bei dieser Gelegenheit eifrig nach der voraussichtlichen Haltung Englands im Falle eines deutsch-französischen Krieges erkundigt. Im Laufe des Gesprächs soll Clemenceau wörtlich gesagt haben: „Die Engländer müssen in Dünkirchen landen und durch Belgien nach Frankreich marschieren.“ Der englische General fragte hierauf zögernd: „Und wo bleibt die Neutralität Belgiens?“ Darauf habe Clemenceau wörtlich geantwortet: „Verträge gelten nicht, wenn es zum Kriege kommt!“

4. 4. 1930

Die Kriegspolitik Lord Greys.

Schwere Anklagen auf Grund des Nachlasses Sir Arthur Nicolson's.

Telegramm unseres Korrespondenten.

London, 3. April.

Harald Nicolson, der vor einigen Monaten aus dem diplomatischen Dienst ausgetreten war und Berichterstatter eines Londoner Abendblattes wurde, veröffentlicht heute in einem Buch den sensationellen Nachlaß seines Vaters, Lord Carnock, des berühmten Gehilfen von Lord Grey, dessen rechte Hand und dessen permanenter Unterstaatssekretär er als Sir Arthur Nicolson war. Das von Harald Nicolson herausgegebene Buch stellt die schwerste Anklage dar, die bisher gegen die Kriegspolitik von Lord Grey auf Grund von authentischem Aktenmaterial vorgebracht worden ist. Aus dem Nachlaß des alten Nicolson gehen folgende Tatsachen hervor:

1. Die englische und die französische Regierung haben sich in den letzten Jahren vor dem Kriege nicht nur über die Möglichkeit eines deutschen Angriffes, sondern auch über die Möglichkeit, einem deutschen Angriff durch Besetzung Belgiens zuvorzukommen, eifrig unterhalten.

2. Die französische Regierung hat wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß es zweckmäßig sein würde, den unvermeidlichen Krieg mit Deutschland nicht hinauszuzögern.

3. Die erste eigentliche Kriegshandlung im Juli 1914 bestand darin, daß lange vor der von Deutschland angebotenen Besetzung von Belgien Lord Grey die englische Flotte Frankreich in einem Konflikt mit Deutschland zur Verfügung stellte. Auf Grund der Kenntnis der englisch-französischen Operate leisteten die Regierungen in Paris und Petersburg allen deutschen und auch englischen Vermittlungsvorschlägen der letzten Tage

vor Kriegsausbruch energischen Widerstand.

4. Der alte Nicolson, der immer darauf gedrungen hat, daß die Entente in ein offenes englisch-französisch-russisches Bündnis verwandelt werden sollte, erklärt, daß Grey immer geschwankt habe zwischen dem Wunsch, die Befürchtungen der Franzosen und die Befürchtungen des linken Flügels der liberalen Partei zu zerstreuen. Er hat niemals den Mut gehabt, eine der beiden politischen Linien zu verfolgen, die den Frieden gewahrt hätten, entweder sich von Frankreich loszulösen oder sich offen als dessen Bundesgenosse zu bekennen.

Infolgedessen habe die englische Politik vor dem Kriege ständig sich der politischen Direction der Franzosen und der Russen unterordnen müssen.

5. Nicolson erklärt, daß Grey erst auf Grund einer Drohung von Cambon sich bereit erklärt habe, die englische Flotte zur Verfügung der Franzosen zu stellen. Cambon habe eine diesbezügliche Anfrage an Grey gerichtet mit dem Zusatz: Ich will endlich wissen, ob etwa schon der Begriff Ehre aus dem englischen politischen Vokabular gestrichen ist. Auf diese unmittelbare Drohung sagte Grey die englische Flottenunterstützung zu, hatte aber sofort das Gefühl, daß diese Entscheidung die Entscheidung über Krieg und Frieden sei, denn, so fügte Nicolson hinzu, Grey habe wiederholt mit der Faust auf den Tisch geschlagen und gesagt: „Aber ich hasse doch den Krieg! Aber ich hasse doch den Krieg!“

Es ist bezeichnend für die sensationelle Natur des Buches, daß heute früh nur der „Daily Herald“ einige politische Auszüge zu bringen wagt. Alle anderen Blätter warten offenbar die Weisungen des Foreign Office ab.

TAGESPOST (Graz)

nr.:

TAG: 21. 9. 1930

Als die Mittelmächte noch um
den Frieden kämpften...

Das neue Memoirenwerk des Erzherzogs Josef. — Gespräche mit Kaiser Wilhelm und Hindenburg im deutschen Hauptquartier. — Wie Tisza bei Kaiser Karl in Ungnade fiel.

Wien, Mitte September.

In den nächsten Tagen wird der vierte Band der Kriegserinnerungen des Erzherzogs Josef im Buchhandel erscheinen. Er umfaßt die Ereignisse der Jahre 1916 und 1917 während der russisch-rumänischen Offensive gegen Siebenbürgen, aber Erzherzog Josef, der damals über besonderen Wunsch des Kaisers Franz Josef an Stelle des früheren Thronfolgers Erzherzog Karl den Oberbefehl über die in Siebenbürgen stehenden verbündeten Truppen übernahm — sein Generalstabschef war der deutsche General v. Seect — weiß nicht nur darüber manches Neue zu berichten, sondern auch über die politischen Vorgänge jener Tage und er erzählt davon mit freimütiger Offenheit. Am bemerkenswertesten sind zunächst vielleicht seine Aufzeichnungen über einen Besuch im deutschen Hauptquartier in Kreuznach, den er Ende 1917 über Einladung Kaiser Wilhelms unternahm. Zu jener Zeit war die russische Front durch die Revolution schon völlig unterminiert und Kaiser Wilhelm wollte von dem Erzherzog, dem er bei der Gelegenheit selbst den Orden „Pour le mérite“ überreichte, auch seine persönliche Meinung über die militärische Lage an der Ostfront erfahren.

Erzherzog Josef erstattete seinen Bericht zuerst Hindenburg und Ludendorff, die ihn gemeinsam empfingen und die dann auch über die weitere Entwicklung an diesem Frontteil vollkommen seine Meinung teilten. Vor allem Hindenburg vertrat sehr entschieden die Anschauung, daß in Siebenbürgen keine größeren militärischen Unternehmungen mehr begonnen werden dürften, weil sie letzten Endes nur einen neuerlichen Zusammenschluß der Russen gegen die Mittelmächte auslösen müßten. „So aber,“ erklärte der Generalfeldmarschall, „sind wir auf dem besten Wege zum Frieden.“ Hindenburg und Ludendorff, so schreibt Erzherzog Josef in seinen Erinnerungen, haben auf mich tiefen Eindruck geübt. Namentlich die selbstlosen Worte Hindenburgs haben mich ergriffen: Ohne Ludendorff wäre nicht das aus mir geworden, was ich bin. Hindenburg ist wortlappig und voll Zuversicht, Ludendorff ein tiefer Denker, in seinem Vortrag von unwiderstehlicher Überzeugungskraft. Dennoch, meint der Erzherzog, stelle ich Seect höher als Ludendorff. Am 30. März mittags traf Kaiser Wilhelm im Sonderzug in Kreuznach ein und Erzherzog Josef begrüßte ihn am Bahnhof. Während der kurzen Autofahrt ist nur von Rußland die Rede. Der Kaiser er-

zählt, daß der russische Böbel viele Engländer ermordet habe und daß der Botschafter Buchanan schwer verwundet in Petersburg liege. Rußland, so meint er, befindet sich auf dem Wege des Verkommens und hoffentlich werde man bald an einen Friedensschluß denken. „Wir werden ihnen,“ so sagt der Kaiser weiter, „einen anständigen Frieden anbieten. Wir dürfen sie jetzt durch Angriffe nicht reizen, damit wir nicht die Stimmung des Volkes gegen uns wenden. Gegen Italien ist derzeit nichts geplant. Wenn wir aber mit Rußland Frieden geschlossen haben, wird der Augenblick gekommen sein, um mit voller Kraft gegen die Italiener loszugehen und sie unschädlich zu machen.“ Nach dem Mittagessen hatte der Erzherzog mit dem Monarchen ein langes Gespräch. Er gewinnt, so schreibt er in seinen Erinnerungen, den Eindruck, daß der Kaiser in reinster Absicht an die Bundesstreue Österreich-Ungarns appelliert und er bezeichnet schließlich als die Parole des Kaisers: Sobald als möglich Friedensschluß mit Rußland, damit man dann die übrigen zum Frieden zwingen könne.

Beim Abendessen, als der Kaiser Kreuznach schon wieder verlassen hatte, saß Erzherzog Josef zwischen Hindenburg und Ludendorff. Sie sprachen, so erzählt er jetzt, über die neue Karte Europas. Die Meinung war, daß sich außer der Wiederaufrichtung Polens kaum eine Änderung ergeben dürfte, wenn wir den Krieg gewinnen. Vielleicht würden Bulgarien und die Türkei eine Vergrößerung erfahren, aber eine andere Änderung wird nicht erfolgen, denn wir führen bloß einen Verteidigungskrieg. Wenn wir aber den Krieg verlieren? frage ich. Ludendorff behauptet, daß wir unbedingt siegen werden. Es wäre lächerlich, von einer Niederlage zu sprechen. Wenn aber doch? Man muß mit allen Eventualitäten rechnen. Darauf sagte Hindenburg daselbe, was ich sagen wollte: „Wenn wir den Krieg verlieren, wird Österreich-Ungarn vernichtet werden. Die wilden Völkse, die nur für den Raub kämpfen, werden die Monarchie zerstückeln und zum Schluß einander selbst verschlingen. Deutschland wollen sie auch vernichten, weil sie sich vor ihm fürchten. Das ist aber unmöglich.“ Der alte Marschall wiederholte: „Das ist unmöglich, ganz und gar unmöglich. Deutschland wird und muß weiter leben und stark bleiben.“ Eine pessimistische Stimmung überkommt mich. Der große Endsieg, den man erträumt hat, ist meiner Ansicht nach ein Traumgespinnst. Hindenburg blickt mich lange nachdenklich an. Dann hebt er sein Champagnerglas und sagt: „Ja, so ist es. Auf diesen moralischen Sieg erhebe ich mein Glas!“ ...

Erzherzog Josef war in Ungarn ungeheuer populär gewesen und diese Popularität hatte ihm schon seinerzeit Franz Josef abelgenommen.

Der junge Kaiser empfand sie gleichfalls peinlich und so geschah es, daß der Erzherzog an der Krönung in Budapest nicht teilnehmen durfte, während andere Generäle eine Einladung erhielten, obwohl an ihren Frontabschnitten eben schwere Kämpfe im Gange waren. Diese offene Bräskierung betrachtete der Erzherzog als eine ihm angetane Schmach, die er nicht vergessen konnte und so ging er später, im Jänner 1917, nur mit sehr gemischten Gefühlen nach Wien, als ihn Kaiser Karl rief, um ihn in seine Pläne einzuweißen. „Ich habe dich zu mir bitten lassen,“ sagte Karl, „weil mir Tisza nicht mehr gefällt. Er entspricht mir nicht mehr. Er ist kleinlich und pedantisch und ich weiß mir nicht zu helfen. Ich

will ein einheitliches starkes Ungarn. Die eine Reichshälfte soll neben der anderen als ein einheitliches festes Gebäude stehen. Weißt du mir niemand zu sagen, der an die Stelle Tiszas treten könnte. Tisza darf natürlich davon nichts wissen.“ Der Erzherzog antwortet, daß man seiner Ansicht nach Tisza im gegenwärtigen Augenblick nicht fallen lassen dürfe. Er wisse keinen Politiker, der Tisza in diesen schweren Zeiten ersetzen könnte und er bittet den Kaiser dringend, sich von den Feinden Tiszas nicht beeinflussen zu lassen. Wenn Tisza aus dem Sattel gehoben sei, dann komme die Lawine ins Rollen, dann werde auch der Kaiser nicht mehr die Kraft haben, sie aufzuhalten. Aber der Kaiser ließ sich nicht von seiner Meinung abbringen. „Ich will Tisza nicht mehr, ich habe ihn fallen gelassen und suche einen Ersatz.“ Etliche Namen wurden genannt, darunter die Apponhis und Andrássys und schließlich erwähnte der Kaiser die Anregung des Grafen Czernin, Erzherzog Josef selbst möge an die Spitze des Kabinetts treten. Der Kaiser sagte: „Du kannst Großes schaffen, denn du genießt die ungeteilte Liebe und das volle Vertrauen der ungarischen Nation in einem solchen Maße wie nie jemand zuvor.“ Vielleicht hätte sich der Erzherzog zuletzt überreden lassen. Aber der Plan mußte aufgegeben werden, weil er nach der ungarischen Verfassung unmöglich war, denn die Ministerverantwortlichkeit konnte einem Erzherzog gegenüber, der dem habsburgischen Hausgesetz unterstand, nicht angewendet werden.

Das Gespräch fand, wie erwähnt, im Jänner statt und damals wurde im ungarischen Parlament das Scherzwort kolportiert, Graf Stephan Tisza sei längst gefallen, der Kaiser wage nur nicht, es ihm zu sagen. Tatsächlich verging noch fast ein Vierteljahr, ehe Kaiser Karl dazu den Mut aufbrachte. Aber auch dann teilte er Tisza seine

Entlassung nicht mündlich mit, sondern verständigte ihn mit einem einfachen Brief, daß er ihm sein Vertrauen entziehe. Einer persönlichen Auseinandersetzung konnte er doch nicht ausweichen. Tisza fuhr nach Erhalt des Briefes nach Wien und verlangte sehr entschieden Aufklärung. So mußte Kaiser Karl endlich mit der Sprache herausrücken. Sein Vertrauen, so sagte er, sei vor allem dadurch erschüttert worden, daß sich Tisza seinerzeit bei der Krönung in Budapest — als Palatin-Stellvertreter aufgedrängt habe...

Die Gegensätze zwischen Tisza und dem Kaiser waren übrigens auch bei einem Kronrat im März 1917 offen zu Tage getreten, über den Erzherzog Josef gleichfalls berichtet. Man hatte damals die Frage der Annexion Rumäniens erörtert und der Plan war, daß Rumänien durch eine Personalunion mit der österreichisch-ungarischen Monarchie verbunden werde. Tisza bekämpfte diese Idee mit außerordentlicher Festigkeit und erklärte offen, er fürchte sich vor der Majorisierung des magyarischen Elements. Schließlich gelang es dem Kaiser doch, Tisza bedingungsweise für den Plan zu gewinnen, unter der Voraussetzung nämlich, daß Rumänien dann an Ungarn angeschlossen werden müsse. Aber zuletzt stand Tisza noch einmal auf und sagte, er werde alles aufbieten, um die Annexion zu verhindern und er werde ihr nur dann beistimmen, wenn sie sich vom Standpunkt der europäischen Konstellation aus als notwendig erweisen würde. Damit wolle er aber nicht rechnen. Er bleibe der entschiedene Gegner aller Annexionen. R. W. P.

TAGESPOST (Graz)

nr.:

TAG: 21. 12. 1930

Die französischen Dokumente über die Ursachen des Weltkrieges.

Herausgegeben von der Kommission für Veröffentlichung der Dokumente zur Entstehungsgeschichte des Krieges 1914—1918 in Paris. Vom französischen Ministerium des Äußern einzig berechtigte deutsche Ausgabe. Übersetzt und herausgegeben von Doktor Arthur Rosenberg. Verlag von Reimar Hobbing, Berlin SW 61.

Die genannte Kommission, der eine so hervorragende Arbeit anvertraut wurde, besteht aus etwas mehr als einem halben Hundert angesehenen Historikern und Fachleuten, Diplomaten und Mitgliedern des Instituts. Unter den Historikern finden wir Namen, die einen guten Ruf haben, wie A. Aulard (der aber während der einleitenden Arbeiten gestorben ist), Hanotaux, der sich bisher als gewissenhafter Forscher und Darsteller weit-ausgreifender historischer Probleme erwiesen hat. Die Kommission hat zunächst die Grundsätze festgelegt, nach denen die ausgedehnte Arbeit, die wie die Große Politik mit dem Jahre 1871 beginnen soll, in Angriff zu nehmen ist. Nicht alle, aber die wichtigsten Sätze, mögen daraus vermerkt werden. Wenn die Arbeit mit 1871

beginnen soll, wird es jahrelang dauern, bis sie zu der kritischsten Zeit 1914 gelangt; daher wird sie in drei Urkundenreihen erfolgen, von 1871 bis 1900, 1901 bis 1911, und vom 4. November 1911 bis 3. August 1914. Dabei wird die letzte Folge zuerst in Angriff genommen.

Der weitaus größte Teil der Akten stammt aus dem Ministerium des Äußern; doch liefern auch andere, vor allem das Kriegsministerium, das Ährige. Die Kommission prüft, ob sich in den Beständen Lücken finden und versichert sich, daß alle zur Arbeit nötigen Unterlagen eingesehen wurden. Die Kommission ist bemüht, für die Auswahl der Akten möglichst klare Grundsätze aufzustellen. Sie beschloß, in der Entwicklung der internationalen Beziehungen, alle jene Ereignisse und nur diese festzustellen, die zur Aufklärung der Gegensätze oder Gemeinsamkeiten der Interessen zwischen den Großmächten beitragen können. Für die Zeit vor 1901 genügt es, nur solche Akten aufzunehmen, die die großen Züge der französischen Politik darstellen; für die späteren Zeiten ist der Verlauf der Ereignisse genauer zu verfolgen, um dem Leser vollständige Unterlagen für seine Urteilsbildung zu geben. Die Veröffentlichung hat nur den Zweck, Arbeitsmittel zu bieten.

Den Akten ist nichts zu fuggieren. Die Editionsgrundsätze müssen einfach und objektiv sein, sie sind dem vollen Wortlaut nach abzubringen. Die Reihenfolge ist die chronologische (im Gegensatz zur Großen Politik, welche die sachliche vorzieht).

Nach diesen Grundsätzen, denen man ihre Berechtigung nicht absprechen wird, liegt nun der erste Band der ganzen Sammlung vor, der in 631 Nummern und einem Anhang die Zeit von der Unterzeichnung der Verträge des deutsch-französischen Marokko-Abkommens bis zum 7. Februar 1912 umfasst. Wir finden darin in sieben Gruppen die Akten der Verträge über Marokko und Kongo, die Akten zum italienisch-türkischen Krieg, zur orientalischen Frage, zum russisch-persischen Streit, zur Revolution in China, zur Frage des Erwerbs der portugiesischen Kolonien durch das Deutsche Reich und Akten zum Dreibund und Dreierverband. Die letzteren haben das französisch-russische Bündnis, die französisch-englische Entente, die englisch-deutschen Beziehungen, die Haltung Österreichs zur Entente, die Stellung Italiens im Dreibund, die deutschen Rüstungen und die Neutralität Belgiens zum Inhalt. Die stoffliche Anordnung ist sehr übersichtlich.

Wir haben sonach zuerst die Dokumente zu jenem Marokko-Abkommen, das nach französischer Auffassung den Beginn jener Ereignisse bezeichnet, die zur schließlichen Katastrophe geführt haben, dann die ohne Vorwissen der Öffentlichkeit getroffenen Bindungen zwischen England und Frankreich, die Frankreichs und Belgiens, die Arbeiten Barrères in Italien und schließlich die Versuche der Entente, den Dreibund zu zertrümmern, mit einem Worte: Man sieht in den Akten die erfolgreichen Bestrebungen der Entente, das Deutsche Reich zu isolieren. Die Übersetzung und die Ausgabe des deutschen Textes hat Dr. Artur Rosenberg gemacht. Als Schüler von Professor Karl Uhlirz ist er in den historischen Kreisen der Steiermark kein Unbekannter. Man dankt ihm das sauber gearbeitete, im Jahre 1914 erschienene Buch „Beiträge zur Geschichte der Juden in Steiermark“. Nach den Intentionen der in Paris maßgebenden Kommission soll die Ausgabe der französischen Dokumente die vollen Ursachen des Weltkrieges wahrheitsgetreu ans Licht fördern. Die Ausstattung des Buches ist eine gediegene.

Hofrat Prof. Dr. J. Bosert.

Serbiens Kriegsschuld.

Das Ergebnis der Untersuchungen des deutschen Reichstagsausschusses.

Von besonderer Seite.

Als beim Umsturz die Sozialdemokratie in Deutschland die Macht an sich riß, war es einer ihrer ersten Staatsakte, nach dem Beispiele, das Kurt Eisner in Bayern gegeben hatte, alle Schuld am Kriegsausbruch auf die alten Gewalten zu wälzen. Mehrere Gründe veranlaßten sie hierzu: das Bestreben, das alte Regime in den Augen der kriegsmüden Massen möglichst herunterzusetzen, die bestimmte Absicht, bei den Friedensverhandlungen nicht weniger die Nachfolgerschaft Österreichs abzulehnen wie etwa die Tschechoslowakei, schließlich auch der Gedanke, die Speere der Entente in der Kriegsschuldfrage vom Deutschen Reich auf die längst nicht mehr bestehende Habsburgermonarchie abzuwickeln und so Berlin für die Friedensverhandlungen zu entlasten. Diesem dreifachen Zweck sollten auch das unter der Regide Otto Bauers herausgegebene österreichische „Weißbuch“ und das unter dem gleichen Protektorate durch Dr. Roderich Goos bearbeitete Rotbuch über Oesterreich-Ungarns Politik in den kritischen Julitagen 1914 dienen.

Daß sich die Hoffnung, Österreichs moralische und wirtschaftliche Erbschaft abzulehnen, nicht erfüllte, zeigte sich, als Renner in Saint-Germain den Entwurf zum Friedensdiktat ausgehändigt bekam. Aber auch das Bestreben, durch die Bauerische Kriegsschuldtheorie Deutschland zu entlasten, erwies sich alsbald vergebens. Die Entente schöpfte im Gegenteil aus den beiden Publikationen unseres Außenamtes neue Beweise für das schon über Deutschland verhängte Kriegsschuldverdict, da es in ihren Augen doch lächerlich erschien, anzunehmen, daß das schwache Oesterreich-Ungarn in den Wochen vor dem Krieg irgendeinen wichtigen Schritt ohne Zustimmung des starken Bruders, ja ohne Aufmunterung durch ihn, gemacht haben möchte. Trotzdem ist es vor allem ein Verdienst unseres reichsdeutschen Kameraden Dr. Alfred von Wegerer und seiner Zeitschrift (früher „Kriegsschuldfrage“, jetzt „Berliner Monatshefte“), den österreichisch-serbischen Konflikt von Anbeginn planmäßig in den Kreis der Erforschungen und Erörterungen einbezogen zu haben, und der große Einfluß der Tätigkeit Wegerers zeigt sich denn auch in den Gutachten, die dem Untersuchungsausschuß des deutschen Reichstages über den Gegenstand erstattet

wurden und die nun in zwei starken Bänden gedruckt vorliegen.

Als erster Begutachter tritt Roderich Goos in die Arena, derselbe Dr. Goos, der auf Geheiß Bauers im Jahre 1919 in der Kriegsschuldfrage den Todesstoß gegen das alte Oesterreich zu führen gehabt hätte. Diese Identität der Persönlichkeit ist außerordentlich wertvoll, da Goos in der Frage der Kriegsschuld Österreichs, wie sein Gutachten beweist, aus einem wenigstens teilweisen Saulus ein vollständiger Paulus geworden ist.

Im Gegensatz zu den Publikationen von 1919 holt Dr. Goos in seinem Reichstagsgutachten über den österreichisch-serbischen Konflikt mit Recht ziemlich weit aus. Ein Einleitungsabschnitt behandelt kurz, aber durchaus ausreichend, die Ethnographie und Geschichte der Kroaten und Serben in der Donaumonarchie bis zum Jahre 1900; geradezu mit Ergriffenheit liest man, wie in früheren Jahrhunderten die Serben von den österreichischen Kolonisatoren über die Donau und Save gerufen und in jenen Ländern angesiedelt wurden, in denen später neben Bosnien der serbische Irredentismus zu Hause war. Weitere Abschnitte gelten Serbien und der großserbischen Idee; überzeugend wird dargetan, wie sich die großserbische Idee, als sie um die Mitte des 19. Jahrhunderts stärker zur Geltung kam, von Haus aus entschieden gegen das Habsburgerreich und seinen Bestand wandte. Ein Kapitel, das die serbisch-kroatische Frage Oesterreich-Ungarns zwischen 1900 und 1914 darstellt, zeigt erschütternd auf, welches Unglück der Dualismus für das südslawische und damit für das gesamtösterreichische Problem gewesen ist. Weitere Teile des Gutachtens sind dem großserbischen Irredentismus in- und außerhalb der Grenzen des Habsburgerreiches und der Geschichte des Mordes von Sarajewo gewidmet.

Die Ergebnisse seiner Forschung faßt Dr. Goos in zwölf, dem Bande angefügte Punkte zusammen, durch die Oesterreich-Ungarns Politik im weitesten Maß gerechtfertigt wird. Die zum Axiom der auswärtigen Politik Belgrads erhobene großserbische Idee, stellt Goos fest, war von Haus aus entscheidend gegen Oesterreich-Ungarn gerichtet. Belgrad förderte, auf die Gefahr eines Krieges hin, alle großserbisch-irredentistischen Bewegungen gegen den nordwestlichen Nachbar. Hauptträger dieser Bewegung waren in den Jahren vor dem Krieg die „Narodna Odbrana“ und die „Schwarze Hand“, beides Vereinigungen, die mit den amtlichen Kreisen Serbiens aufs engste verquickt waren und in denen nichts geschah, ohne daß die Regierung hiervon Kenntnis erhielt. Die vom offiziellen Serbien in der Kriegsschulddiskussion immer ins Treffen geführten bosnischen und kroatischen Vereinigungen sind nichts als Zweigorganisationen der Irredentistenvereine des Königreiches. Erzherzog Franz Ferdinand ist von den groß-

Arbeitskammer für Wien
Dokumentation

serbischen Irredentisten nicht wegen angeblicher kriegs-
rischer Absichten gegen Serbien zum Tode verurteilt
worden, sondern im Gegenteil deshalb, weil man
fürchtete, daß er die Südslaven der Monarchie durch
deren staatlichen Umbau befriedigen und so dem groß-
serbischen Irredentismus jede Daseinsberechtigung
rauben werde. Nach dem allgemeinen
Völkerrecht hat beim Attentat
von Sarajewo "eine Haftung der
serbischen Regierung ex contrac-
tu und ex delicto" bestanden,
weshalb auch das Verlangen
Österreich-Ungarns nach Genug-
tung und Bürgschaften für die
Zukunft vollauf berechtigt
war. Die vom Ballhausplatz
schon im Juli 1914 auf Grund be-
deutsamer Indizien angenommene
Mitwisserschaft Belgrads an den
traurigen Vorgängen in Sarajevo
ist seither "zur Gewisheit ver-
dichtet" worden. Die serbische
Regierung hat trotz genauer
Kenntnis der Pläne und ihrer
Träger nichts Ernstes versucht,
das Attentat auf den Erzherzog-
Thronfolger zu verhindern;
sie hat auch nichts unternommen,
die Fäden, die aus dem eigenen
Land nach Sarajevo führten,
durch eine pflichtgemäße Unter-
suchung aufzudecken. Die Serben
haben in ihrer Antwort auf das
österreichisch-ungarische Ultima-
tum nur einen Punkt in aller
Form abgelehnt, aber auch in den
meisten anderen Punkten "Ausflüch-
te und Vorbehalte" vorgebracht,
"die einer Ablehnung gleichzu-
erachtenden Entwertung der
gegebenen Zusagen darstellen".

Gewiß bringen diese For-
schungsergebnisse des Doktor
Roderich Goos dem Kenner der
Kriegsschuldfrage im Wesen nichts
mehr neues. Aber daß ihnen ein
solch offizieller Charakter
eigen ist, hebt sie doch über vie-
les, was über den Gegenstand
schon gesagt und geschrieben
worden ist, beträchtlich hinaus.
Daneben ist aber die Schrift von
Goos auch als erste schöpfer-
ische Darstellung des österreichisch-
serbischen Konfliktes von größ-
tem Werte; wer sich in Hinkunft
über diese überaus manigfaltige
und schwierige Materie unterrichten
will, der braucht nur nach diesem
Gutachten greifen; er findet dort
alles, was irgendwie von Wesen-
heit ist.

TAGESPOST (Graz)

Nr.:

TAG: 18. 1. 1931

Aus der Vorkriegs- und Kriegszeit.

Oskar Freiherr von der Landen-Walenič, Meine dreißig Dienstjahre 1888—1912. Potsdam-Paris-Brüssel. Mit 17 Bildtafeln und einem Facsimile. Verlag für Kulturpolitik, Berlin 1931.

Wer sich der Meinung hingegeben hat, daß durch die Flut der persönlichen Erinnerungen von Politikern und Generalen aus der Vorkriegszeit und den Nachkriegsjahren sowie durch die großen Dokumentensammlungen das für die Geschichte des Weltkrieges wichtigste Quellenmaterial erschöpft sei und an keiner Stelle neue wichtige Gesichtspunkte aufgedeckt werden können, der wird nach der Lektüre des obigen Buches eine gründliche Enttäuschung erlebt haben. Um es von vornherein zu sagen: es gehört zu den wichtigsten Erscheinungen der neueren Memoirenliteratur, der gegenüber es den großen Vorzug hat, daß die Klatschsucht darin vermieden und das Tatsächliche in schöner Darstellung erzählt wird. Und dabei des Neuen oder Richtiggestellten so viel!

Unser Autor genoss eine Vorbildung, die auf einen gelehrten Beruf hindeutete. Er wollte Theologie studieren, folgte aber schließlich den Überlieferungen seines Hauses und trat als Advantageur in das 2. Garde-Manneregiment in Berlin ein. Den alten, richtig verstandenen

Potsdamer Geist, nicht den bloßen Drill, hat er unter dem Kommandeur des Regiments, dem durch seine Verwaltung Belgiens berühmt gewordenen Freiherrn von Bissing, in sich aufgenommen. Dabei war seine Kenntnis der modernen Sprachen eine solche, daß er nacheinander bei den Botschaften in Paris, Rom, Madrid und Petersburg und während des Krieges in Brüssel Verwendung fand. Die Berichte über seine Lehrjahre als Attaché und Sekretär, dann über seine Tätigkeit während des Krieges sind von der größten Bedeutung, denn er bringt viel neues Licht z. B. in die Tätigkeit des mehr berücksichtigten als berühmten Barons Holstein, „der grauen Eminenz“, „des Manne“ mit den Hyänenaugen“, der auch noch nach seiner Entlassung von Bülow als eine Egeria betrachtet wurde und auf den strenge genommen der „Panthersprung“ von Agadir mit allen hieraus entstandenen Weiterungen zurückführt. Man kann das erstmalig bei Landen lesen. An allen Phasen der Auseinandersetzungen über Marokko ist er als erster Botschaftsrat mitbeteiligt gewesen. Was bedeutete Agadir? Während die Franzosen, pochend auf das deutsche „désinterement“ in Marokko, dort taten was sie wollten, das Land politisch und militärisch gewannen, standen die Deutschen mit leeren Händen da. Der Sprung von Agadir, der in der ganzen Welt so viel Aufsehen machte, hatte keinen anderen Zweck, als die Franzosen zur endlichen Aufnahme der Verhandlungen im Sinne des „do ut des“ zu

zwingen, was ja auch geschah und den Deutschen einen (nur zu kleinen) Brocken vom französischen Kongo eintrug. Man fürchtete, daß die Franzosen Deutschland behandeln würden, wie Österreich 1859 von Napoleon III. in Sardinien behandelt worden ist, was von der Landen ausführlich erläutert.

Neues findet man in dem Buch auch über Iswolski: „In dessen Haß gegen Österreich oder eigentlich gegen Ahrenthal liegt eine der stärksten und tiefsten Wurzeln des Weltkrieges. Wenn Poincaré in seinen Memoiren auch versucht, Iswolski als quantité négligeable hinzustellen, so verrät gerade diese Besessenheit den Wunsch, den unbequemen Intronanten, dessen Manöver ja auch für Frankreich im letzten Ende unbequem geworden ist, von seinen Rocksöhnen abzuschütteln.“ Wie trefflich wird Poincaré geschildert, „der Advokat mit dem staunenswerten, wohlgeordneten Gedächtnis, mit der für gewöhnlich unbewegten Gesichtsmaske, hinter der aber eine Leidenschaft lauert, die zuweilen überraschend die glatte Form sprengt“. „Bei aller scheinbaren Ruhe ist er Explosionen ausgesetzt, die ihn selbst überraschen. Ist ihm so etwas passiert, trägt er es dem nach, der die unschuldige Veranlassung dazu gewesen.“ Zu diesen Opfern, sagt Landen, kann ich mich selbst zählen. Man wußte in Paris genau, was man an Poincaré hatte. Seine Wahl zum Präsidenten ließ Clemenceau ausrufen: „Ce sera la guerre.“ „Ob ihm die Geschichte einst den Namen eines großen Staatsmannes geben wird?“ „Ich glaube nicht“,

sagt von der Landen; „in der Rheinlandpolitik hat er wenig psychologisches Verständnis gezeigt. Wir können uns vom deutschen Standpunkt aus dazu beglückwünschen. Er hat die Rheinländer nicht moralisch für Frankreich gewonnen, sondern sie durch seine Brutalität zurückgestoßen.“

Während des Weltkrieges war Landen der Zivilverwaltung Belgiens zugeteilt und wurde Chef der Politischen Abteilung, stand sonach mitten im Brennpunkt der wichtigsten Ereignisse, über die er, unbekümmert um die Meinungen des Tages, in einer Weise schreibt, die seinem Buch eine hohe wissenschaftliche Bedeutung gibt, sei es, daß er über das eigene Tätigkeitsgebiet oder über seine Beziehungen zu den im Lande verbliebenen Gesandten oder über seine Beziehungen zum Kardinal Mercier, über das amerikanisch-belgische Ernährungswerk oder über die flämische Frage und die Tragik des Franktireurkrieges berichtet. Über den Fall der Miss Cavell, für deren Erschießung man ungerechterweise ihn verantwortlich gemacht hat, hat Landen in einem eigenen Kapitel gehandelt und sich gegen Poincarés Anschuldigungen verteidigt. „Hier hat“, sagt der Verfasser im Hinblick auf seine Versuche, sie zu retten, „das Schwert, wie leider so oft in diesem Kriege, verdorben, was die Feder zu unserem Heil und zur Ehre der Menschheit hätte retten können.“ S. Loserth.

TAGESPOST (Graz)

nr.: TAG: 28. 1. 1931

Die Bülow-Memoiren in England.

A. B. London, im Jänner.

Die seit September im „Daily Telegraph“ abgedruckten Denkwürdigkeiten des Fürsten Bülow sind heute zum Abschluß gekommen. Die englische Ausgabe des Werkes wird im Lauf dieses Jahres im Verlag G. B. Putnam's Sons Limited erscheinen. Urteile der Presse über die Daily Telegraph-Beröffentlichungen liegen nicht vor und werden auch, englischer Gepflogenheit entsprechend, vor Herausgabe der Memoiren in Buchform nicht erscheinen. Immerhin läßt sich heute schon im Gespräch mit Engländern feststellen, daß der Eindruck, den die Publikation in dem genannten Blatt hervorgerufen hat, der denkbar ungünstigste ist.

Unter dem Fürsten Bülow hatte man sich hier immer einen Staatsmann von einigem Format, einen Menschen von vornehmer Gesinnung und einen diskreten Beamten vorgestellt. Die Lektüre der Denkwürdigkeiten hat alle diese Auffassungen über den Hausen geworfen und den Fürsten als einen von kleinlichsten Gesichtspunkten geleiteten Opportunisten, einen selbstgefälligen Besserwisser und einen unverantwortlichen Schwärzer enthüllt. Die Engländer sind auf Wilhelm II. nicht gut zu sprechen, aber die Art und Weise, in der Bülow den Kaiser immer wieder als größtensinnigen Stümper, eifigen Schwärmer und unberechenbaren Dreinpfeuscher hinstellt, wirkt auf den englischen Leser peinlich. Man nimmt hier zwar keinen Anstoß an dieser Charakterzeichnung an sich, aber was man nicht begreift, ist, daß ein ehemaliger deutscher Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident, der während langer Jahre das Vertrauen seines Kaisers und Königs genoß und nach seiner eigenen Darstellung während all dieser Zeit den unterwürfigen Höfling und treuen Diener seines Herrn spielte, daß ein solcher Mann sich so über den Souverän auslassen kann, dem er Treue geschworen hatte. Daß Bülow Grund hatte, mit dem Kaiser unzufrieden zu sein, wird als gegeben erachtet. Aber dann hätte er nach englischer Auffassung die Folgerungen ziehen und nicht in heuchlerischer Ergebenheit jahrelang weiter schervenzeln sollen. Ein englischer Premierminister, der Memoiren im Stil der Bülow-Erinnerungen schreibt, ist undenkbar.

Die Veröffentlichung der Bülow-Denkwürdigkeit in England ist, vom deutschen

Standpunkt aus betrachtet, insofern besonders peinlich, als sie nur zu geeignet ist, die Engländer in ihrer Auffassung von der deutschen Schuld am Krieg zu bestärken. Zwar der Fürst setzt sich an verschiedenen Stellen feierlich dafür ein, daß der Kaiser den Krieg nicht gewollt habe, daß der Kriegsausbruch ihn überrascht und schmerzlich betroffen habe. Aber nach der Bülow-Darstellung muß doch das Ausland unbedingt den Eindruck gewinnen, daß der Krieg, wenn von Deutschland nicht gewollt, so doch durch die trasse Unfähigkeit und bodenlose Stupidität der seit Bülows Rücktritt verantwortlichen deutschen Staatsmänner herbeigeführt wurde. Unter den Umständen ist es ein Glück, daß diese ganzen Memoiren so offensichtlich den Stempel der Unwahrhaftigkeit, Unzuverlässigkeit und Selbstverherrlichung tragen, daß ihr Wert als historisches Dokument von vornherein stark in Frage gestellt ist. Viele der von Bülow aufgestellten Behauptungen sind nachweislich falsch. Die Engländer interessieren zum Beispiel besonders das, was über das berühmte Daily Telegraph-Interview vom 28. Oktober 1908 erzählt wird. Der Daily Telegraph selbst sah sich veranlaßt, die Version des Fürsten in einem wichtigen Punkt richtigzustellen. Nach Bülow war der ihm vom Kaiser vor der Veröffentlichung in England zur Durchsicht und Korrektur zugesandte Artikel des Daily Telegraph in unleserlicher Handschrift auf schlechtem, dünnem Papier geschrieben. Diese Darstellung soll als Entschuldigung dafür dienen, daß Bülow den Artikel, dessen Veröffentlichung einen Sturm der Entrüstung in Deutschland entfesselte, nicht persönlich gelesen, sondern dem Auswärtigen Amt „zur Veranlassung des Erforderlichen“ weitergegeben habe. Der frühere Besitzer des „Daily Telegraph“, Lord Burnham, hat in einer Zuschrift an das Blatt erklärt, hier müsse ein Irrtum des Fürsten vorliegen. Der Artikel sei auf gutem Papier mit der Schreibmaschine geschrieben gewesen. Oberst Stuart-Wortley, mit dem der Kaiser das Interview gehabt hatte, bestätigt dies. Die Wahrheit scheint zu sein, daß Bülow den Artikel gelesen, sich aber selbst seiner Tragweite nicht bewußt war. Fast unglaublich, aber nach allem, was man jetzt von Bülow weiß, nicht ganz ausgeschlossen ist auch das

Vorliegen eines bewußten Aktes des Fürsten mit dem Ziel, den Kaiser, den er offenbar haßte, durch die Veröffentlichung des Interviews bloßzustellen.

Wenn die Darstellung Bülows in einem so wichtigen Punkt so unzutreffend ist, so wird dadurch das Vertrauen in das Erinnerungsvermögen des Fürsten so stark erschüttert, daß man das ganze Werk mit Vorsicht aufnehmen muß. Tatsächlich lassen sich ja auch zahlreiche Beispiele von Unzuverlässigkeit anführen.

Die Memoiren Salandras.

Fast gleichzeitig mit dem dritten Band der Erinnerungen Bülow's, der sich vorwiegend mit einer Darstellung seiner römischen Mission während des Weltkrieges beschäftigt, ist noch ein zweites Memoirenwerk eines führenden Staatsmannes dieser Zeit erschienen. Es hat den damaligen italienischen Ministerpräsidenten Antonio Salandra zum Verfasser; die Geschichte des Eintrittes Italiens in den Krieg erfährt hier von maßgebender Seite endlich die historische Würdigung, die bisher gefehlt hat. Schade nur, daß das Buch Salandras (L'Intervento 1915) bisher nur in italienischer Sprache vorliegt, also einem weiteren deutschen Leserkreis nicht zugänglich ist. Sind doch die Feststellungen Salandras gerade für Deutschland von höchster Bedeutung, weil sie abermals die Lüge von der alleinigen Kriegsschuld der Mittelmächte völlig widerlegen, ja den Artikel 231 des Versailler Vertrages — zumindest soweit er Italien und den Krieg mit Italien betrifft — überhaupt aufheben.

Man hat bisher immer angenommen, daß die zehn Monate zwischen der Neutralitätserklärung Italiens und seiner Kriegserklärung an Österreich-Ungarn mehr oder weniger ein fast ununterbrochenes und bis zum letzten Augenblick unentschiedenes gleichzeitiges Werben der Mittelmächte und der Entente um die Hilfe Italiens gewesen sind. Daß dieses Werben schließlich mit dem Erfolg des Dreiverbandes endete, führt sogar Bülow, der hier als ein gewiß einwandfreier Zeuge gelten mußte, auf die Unschlüssigkeit Wiens und auf gewisse Intrigen der Berliner Kreise zurück. Aber jetzt kommt Salandra und erklärt mit einer jeden Zweifel ausschließenden Offenheit, daß der Beitritt Italiens zur Entente von allem Anfang an beabsichtigt gewesen war, daß er nach der Marne-Schlacht bereits beschlossene Tatsache gewesen ist und schon lange vor der Ankunft Bülow's in Rom unerschütterlich feststand.

Salandra begründet auch eingehend, warum Italien „die einzigartige Gelegenheit dieses Krieges“ nicht vorübergehen lassen durfte und warum es sich gegen die Mittelmächte wenden mußte. Nicht, weil es die Angliederung der italienischen Provinzen Österreichs brauchte, was sich propagandistisch viel stärker ausnützen ließ, als es dem politischen Wert dieses Gebietszuwachses entsprach, sondern weil nur dadurch die Möglichkeit gegeben war, die Vorherrschaft in der Adria an sich zu reißen. Das hätte Italien aber durch noch so weitgehende Zugeständnisse der Donaumonarchie nie erreichen können, und so sind alle Verhandlungen über eine Abtretung Triests und des sogenannten Trentino eigentlich auf italienischer Seite niemals ernst gemeint gewesen. Um zu diesem Ziel zu gelangen, war eben nur der eine Weg über die Trümmer des Dreibundvertrages hinweg denkbar, den Salandra, unbekümmert um alle Vergangenheit, einschlug.

Der italienische Staatsmann, der Italien zum Krieg führte, zeigt übrigens keine Bedenken, den „Sacro egoismo“ seines Vaterlandes und seiner Nation als das eigentliche Leitmotiv der italienischen Politik anzuerkennen, und er spricht an einer Stelle seines Erinnerungsbuches sogar davon, daß diesem „Sacro egoismo“ gegenüber „die mehr oder weniger eleganten und sentimentalen Skrupeln einer persönlichen Korrektheit“ nichts mehr ausmachen. Solche Mentalität widerspricht so sehr der deutschen Denkart, daß es fast keinen Sinn hat, das Vorgehen Italiens als Treubruch zu bezeichnen. Denn was uns als der größte Treubruch der Geschichte gilt, wird, mit dem Auge des Italieners gesehen, eben zu einem Treuebekenntnis zu sich selbst, und diese Umwertung moralischer Begriffe kann unter solchen Voraussetzungen nicht mehr Gegenstand einer Diskussion sein. Aber es ist ja auch gar nicht

(5278) T809236AT

1. SEPTEMBER 1915

pp. 1. v.

der Zweck dieser Zeilen, an der Hand des Salandraschen Memoirenwerkes Verrat und Treubruch Italiens zu beweisen. Es soll nur festgestellt werden, daß die Lüge, die Deutschland der Kriegsschuld bezichtigt, noch niemals zuvor so völlig klar und eindeutig widerlegt worden ist, wie durch das jetzt von Salandra zum erstenmal veröffentlichte Schreiben der italienischen Regierung an die englische Regierung im März 1915, zu einer Zeit also, da man in Rom den Wortlaut der Kriegserklärung an Österreich-Ungarn längst konzipiert hatte und mit der Entente nur noch über die Höhe des Kaufpreises feilschte:

„... man muß berücksichtigen, daß Italien — von niemand angegriffen oder provoziert — durch nichts gezwungen ist, ins Feld zu ziehen und den überaus großen Gefahren und der Verantwortung für einen Krieg die Stirn zu

bieten, es sei denn durch den Wunsch, die Brüder von fremdem Joch zu befreien und einigen grundlegenden und legitimen nationalen Bestrebungen zu genügen.“

Und dieses denkwürdige Altentstück, das die wahren Gründe des Kriegseintrittes Italiens so haargenau präzisiert, ist von Baron S. Sonnino gezeichnet, und der es dem Lord Grey überreichte, ist der damalige italienische Botschafter in London Marquis G. Imperiali gewesen. Aber trotzdem haben die gleichen Sonnino und Imperiali als die Vertreter Italiens in Versailles den Mut gehabt, ihre Unterschriften unter einen Friedensvertrag zu setzen, der „Deutschland und seine Verbündeten als die Urheber des Krieges“ verantwortlich macht und so die ungeheuerlichste Lüge von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands für alle Zeiten festlegen will.

TAGESPOST (Graz)

Nr.:

TAG: 24.6.1931

Das Buch des Marschalls Foch.

Marschall Foch. Meine Kriegserinnerungen 1914—1918. Verlag von R. F. Koehler, Leipzig. Übersetzt von Oberstleutnant Dr. Fritz Eberhardt.

Für die Franzosen von heute gilt Marschall Foch als „der“ Retter Frankreichs im Weltkrieg. Bei anderen Völkern herrscht die Überzeugung, daß Frankreich nicht einen, sondern mehrere Retter gehabt habe. In Italien hob man hervor, es habe durch seine Loslösung vom Dreibunde Frankreich gerettet, denn dieses konnte nunmehr eine Armee sparen und gegen Deutschland verwenden. Was daran wahr ist, weiß man bei uns am besten. Andere weisen diese Rettung den Russen zu, und auch darüber sind heute die Akten geschlossen. Die Dritten nennen England, das durch seine silbernen Kugeln zuletzt den Sieg behält und die Königin der Meere ist. Am meisten trug Amerika zum Siege Frankreichs bei, denn es erschien mit Mannschaft und Waffen auf dem Schlachtfeld, als die andern schon erschöpft waren. Aber gab es nicht noch andere Retter für Frankreich: die Presse als die letzte Großmacht, die Hungerblockade, die feindliche Lügen- und Sehpropaganda, die auch die kleinsten Staaten wie den Negerstaat Liberia in den Kampf gegen Deutschland trieb?

Auch hat neben Foch noch ein anderer Führer Frankreichs Anteil an dem für dieses Land günstigen Ausgang. Es ist gewiß sehr bezeichnend, daß in dem klassischen Buche des Generalleutnants Otto von Moser von dem Marschall Foch eine Charakteristik gegeben wird, die nicht ganz dem Bild entspricht, das die Franzosen von ihm haben: „Ob General Foch“, sagt Moser, „Anspruch darauf hat, ein militärisches Genie genannt zu werden, wird

erst die Nachwelt endgültig entscheiden, wir werden ihn an der Arbeit zeigen und ihm diese Eigenschaft nicht zusprechen können. Aber darüber, daß er ein ganzer Soldat und ein ganzer Mann, und zwar der Mann war, dessen die Entente im Kriegsjahr 1918 zur Erringung des militärischen Endesieges bedurfte, darüber kann kein Zweifel bestehen.“ Fochs militärische Handlungen und Aussprüche sind schon während des Krieges in einen wahren Legendenschleier gehüllt worden; wenn man z. B. sagt, er habe den Deutschen den Durchbruch bei Amiens unmöglich gemacht, so hält das der geschichtlichen Nachprüfung nicht stand. Er verfügte in den entscheidenden Tagen vom 26. bis 30. April noch nicht über eigene Reserven. Es war das Fehlen einer großen deutschen Durchbruchreserve zu der Hand der obersten deutschen Heeresleitung, das den Franzosen Amiens rettete.“

Aberlassen wir sonach das endgültige Urteil über die wirkliche Bedeutung des Marschalls als Feldherr künftiger kritischer Untersuchung und bezeichnen wir seine Erinnerungen im allgemeinen als entsprechend, wenn auch den deutschen Leistungen gegenüber nicht immer als objektiv und nicht ohne einzelne Irrtümer und Verstöße, so muß man doch im Interesse der historischen Wahrheit Protest erheben gegen jenes Herrbild der preußischen und deutschen Politik, das er in dem Vorwort zu seinen Erinnerungen entwirft und worin er den ganzen durch ein halbes Jahrhundert angehäuften Haß der Franzosen gegen das 1870/71 siegreiche deutsche Reich abläßt und das fast so viele Unwahrheiten als Sätze enthält. Schon Übersetzer und Verlag haben — unserer Meinung nach noch viel zu nachsichtig — auf diese Verfälschung der geschichtlichen Tatsachen hingewiesen. Die große Politik, jenes einzigartige

Wert, das die republikanische Regierung des deutschen Reiches durch hervorragende Gelehrte aus den archivalischen Schätzen des Landes schaffen ließ, legt die deutsche Politik der ganzen Welt offen als eine fast ein halb Jahrhundert hindurch durchaus friedlich gesinnte dar.

Das Ergebnis dieser großen Arbeit war für Deutschlands Feinde niederschmetternd. Trotz der großen von Marschall Foch noch viel höher angeschlagenen militärischen Stärke hat das deutsche Reich es während dieser ganzen Zeit in rigorosster Weise auch bei den sichersten Gelegenheiten vermieden, in kriegerische Verwicklungen einzutreten, so im ersten Balkankrieg und im japanischen Krieg, wo Rußland, im Burenkrieg, wo, und zwar über Aufforderung Frankreichs England, und wieder vor dem Balkankrieg, wo nach den Wünschen Rußlands Österreich erledigt werden sollten. Noch niemals ist ein Staat, der wie Deutschland unter Bismarcks Führung auf Erfolge unerhörter Art hinweisen konnte, ein halbes Jahrhundert so sehr Hüter des Friedens gewesen.

Man vergleiche mit dieser Führung die der Franzosen im 19. Jahrhundert: kaum war nach den Befreiungskriegen der erste Pariser Frieden (und mit welcher beispiellosen Mäßigung) geschlossen, als schon Talleyrand am Wiener Kongreß alle Sebel in Bewegung setzte, ein Bündnis gegen Preußen und Rußland zu schmieden oder da dies nicht gelang, die ersehnten Rheinlande an den sächsischen Vasallenstaat Frankreich zu bringen. Wer erinnert sich nicht an das Bederische Rheinlied, das die Erwiderung bildete auf die französischen Eroberungsgelüste am Rhein, und das geht so fort, bis der deutsch-französische Krieg Ruhe schafft. Spricht aber nicht in dem Vorwort des Marschalls die gleiche kriegerische Tendenz? Gilt da nicht noch

immer dies Preußen-Deutschland als der alte Räuberstaat, der die friedlich gesinnten Völker am Rhein nicht zur Ruhe kommen läßt, jenes Preußen, der Hort des Junkertums, das den Krieg als Nationalgewerbe pflegt. Seit 1914 sei Deutschland gänzlich verpreußt, bei ihm schaffe nur die Macht das Recht; wenn es über die europäischen Mächte gesiegt hätte, wäre es Herr des ganzen Kontinents; Frankreich sei 1914 weit davon entfernt gewesen, den Krieg zu wünschen. In diesem Tone geht es weiter fort. Da sieht man nicht, daß die Arbeiten in den deutschen Archiven, die patriotischen Bemühungen der Süddeutschen Monatshefte, Alfred Wegeners Mühe um die Bereinigung der Kriegsschuldfrage oder endlich der Kampf der großen französischen Schriftsteller wie Nothardt u. a. gegen die Annahme der Alleinschuld Deutschlands am Kriege bisher auch nur den kleinsten Erfolg gezeigt haben.

Das Deutsche Reich war niemals ein Raubstaat, wohl aber wissen selbst die österreichischen Lehrbücher der Geschichte von drei Raubkriegen Frankreichs und den seit einem halben Jahrtausend andauernden Angriffen Frankreichs auf die deutsche Grenze zu berichten. Gewiß ist aus dem ehemaligen Kurfürstentum Preußen ein kräftiger Staat entstanden; warum erinnern sich aber die Franzosen nicht daran, daß aus der Isle de France durch grauenhafte Mittel (Ludwig XI.) allmählich der französische Einheitsstaat geworden ist, von dem Frankreich Ludwigs XIV. ganz zu schweigen, gegen das sich nach den Worten Leopold von Ranles Deutschland immer verteidigen muß. Jedenfalls stand Foch als Feldherr auf einer höheren Warte denn als Politiker und so wird wohl auch das Urteil der unbesangenen Geschichte in Zukunft zu lauten haben.

J. Losert h.

Graf Berchtold tanzt...

Siebzehn Jahre ist es heute her. Siebzehn Jahre, seitdem Wien — nicht das rote Wien von heute, sondern das schwarzgelbe Wien von damals — den furchtbarsten aller Kriege entfesselt hat. Ein paar Grafen und ein paar Generale hatten es gewollt. Sie haben es, ohne daß irgendein Mensch in Oesterreich auch nur ein Sterbenswörtchen davon erfahren hätte, am Ballhausplatz beschlossen, die Ermordung Franz Ferdinand Habsburgs als Gelegenheit zu benutzen, mit Serbien „abzurechnen“. Sie haben beschlossen — die Protokolle jener Sitzung sind veröffentlicht! —, das Ultimatum so zu fassen, daß Serbien es nicht annehmen könne. Und sie haben, als Serbien doch, sich tief demütigend, neun Zehntel der Forderungen annahm, trotzdem den Krieg erklärt! Ach, sie haben natürlich nicht den Weltkrieg gewollt; „nur“ den Krieg gegen das kleine Serbien. Aber sie haben gewußt, daß aus ihrem „kleinen“ Kriege durch den Mechanismus der Bündnisse der Krieg in ganz Europa werden konnte, und haben ihn dennoch begonnen! Welches Maß von Schuld immer die andern Mächte an der Erweiterung und Verlängerung des Krieges hatten, das erste Verbrechen, das, das alle andern erst möglich gemacht hat, hat die habsburgische Diplomatie, die habsburgische Generalität begangen! Zwölf Millionen Tote auf den Schlachtfeldern, Wohlstand und Lebensglück einer ganzen Generation zerstört, die Weltwirtschaft aus unzähligen Wunden blutend, die, heute noch, siebzehn Jahre später, nicht vernarbt, immer wieder von neuem aufbrechen in Krise und Arbeitslosigkeit ohnegleichen — aber der Haupt- und Erzschurke, der das Verbrechen angestiftet hat, der k. u. k. Minister a. D. Graf Berchtold, amüsiert sich in feinen Lokalen an der Riviera bei modernen Tänzen!

Siebzehn Jahre. Die Welt ist anders geworden. Wir haben das Neue dieser neuen Welt in diesen Tagen erlebt, erlebt in dem jugendfrohen, großen Fest des Arbeitersports. Als dieser frohe, farbenprächtige Zug unserer Jungen, unserer Mädel am Sonntag vor dem Parlament den Vertretern der Internationale zujubelte, als er fröhlich und lachend durch das dichte Massenpalier der Wiener Arbeiterschaft zog, da haben wir es gefühlt, wie leicht es doch wäre, dieses Volk froh und glücklich zu machen! Diese Jungen, diese Mädel brauchen ja keine Schätze. Eine blaue Wanderbluse oder ein weißes Turnerleibchen, einen Rasen zum Spiel und sichere Arbeit am Werktag, damit man sich doch so viel verdienen könne, um sich satt zu essen

und sich ein bißchen wohlfeiler Freude zu gönnen, und sie fühlen sich zufrieden und glücklich und lachen der Welt froh ins Gesicht. Aber diese kapitalistische Nachkriegswelt kann dieser Generation nicht einmal das sichern! Mitten im Sommer jeder vierte Arbeiter arbeitslos. Was droht uns erst im Herbst, im Winter! Die Krise, die die Welt seit 1929 bedrückt, droht im Gefolge des Zusammenbruchs des ganzen mitteleuropäischen Kredit-systems noch ganz unerhört, ganz beispiellos verschärft zu werden! Es ist auch das Nachwirkung des Krieges: der Krieg hat die deutsche und unsere Wirtschaft zerstört; der Zusammenbruch, zwischen 1924 und 1929 künstlich durch den Zustrom kurzfristig gegebener Auslandskredite aufgeschoben, ist jetzt eingetreten, da die Kredite zurückgezogen worden sind. Diese Burschen, diese Mädchen waren 1914 noch nicht geboren; jetzt werden auch sie arbeitslos, weil jetzt erst, nach siebzehn Jahren, die wirtschaftlichen Vernichtungen, die der Krieg hervorgerufen hat, ihre letzten Folgen zeitigen! Noch weitere Millionen, noch mehr Millionen sollen jetzt das Verbrechen der habsburgischen Diplomatie, der habsburgischen Generalität mit Arbeitslosigkeit, mit physischem und moralischem Untergang bezahlen. Graf Berchtold aber tanzt in feinen Nobelspelunken moderne Tänze...

Und dennoch, trotz dieser furchtbaren Erfahrung dessen, was der Krieg bedeutet, rüstet die Welt zu neuen Kriegen! Die Heeresausgaben aller großen Mächte sind weit größer als 1914! Schwere Geschütze und Tanks, Bombenflugzeuge und Giftgase, Schlachtschiffe und Unterseeboote — fieberhaft rüsten die großen Staaten zu neuem Krieg! In jeder Staatskanzlei sitzt ein Berchtold von morgen... Soll es geschehen? Darf es geschehen? Dürfen die Burschen, die wir in dieser Woche so froh, so brüderlich miteinander bereint gesehen haben, in ein paar Jahren auf die Schlachtfelder getrieben werden zum Kampf gegen einander? Es darf nicht geschehen! Es muß Wahrheit werden: Nie wieder Krieg!

1919, in den Friedensverträgen, haben die Siegermächte versprochen, der Entwaffnung der Besiegten werde die Abrüstung der Sieger folgen. Das Versprechen ist bisher schände gebrochen worden. Aber im Februar des nächsten Jahres soll die große internationale Abrüstungskonferenz zusammentreten. Der Internationale Sozialistenkongreß, der jetzt in Wien tagt, hat mit der Erörterung der internationalen Abrüstung seine Arbeiten begonnen. Er berät die Forderungen, die die Arbeiterklasse der Welt an die Konferenz der

Regierungen stellt. Er bereitet Aktionen vor, die die Konferenz den Regierungen unter den Druck des Proletariats stellen sollen. Er will das Größtmögliche tun, um durchzusetzen, daß wenigstens ein erster großer Schritt zur Abrüstung, zur Entwaffnung, zur Sicherung des Friedens getan werde. Was der internationale Sozialismus zu tun vermag, das soll geschehen. Aber wenn es trotzdem nicht gelingt? Wenn, wie wir alle befürchten, die große Aufgabe der Abrüstung trotz allen Anstrengungen der Internationale an dem Nationalismus und dem Imperialismus der Regierungen scheitern sollte? De Lacroix, der Referent des Kongresses, hat es gestern warnend und drohend gesagt: „Wenn nicht durch den Frieden zum Sozialismus, dann werden wir durch den Sozialismus zum Frieden kommen.“ In der Tat, wenn alle Anstrengungen um den Frieden an den inneren Gegensätzen und Widersprüchen der kapitalistischen Welt scheitern, wenn die kapitalistischen Regierungen diese Jugend, der Arbeiterklasse, die viel selbstbewußter und viel wehrhafter ist als 1914, und viel, viel besser als damals weiß, was der Krieg bedeutet, noch einmal auf die Schlachtfelder treiben wollen, dann wird der Augenblick kommen, in dem die Proletarier in die Nobelspelunken einbrechen werden, in denen alle die Berchtolds von gestern und die Berchtolds von morgen tanzen, während ihre Opfer hungern. Proletarier fäuste ihren Jazzbands die Musikinstrumente aus den Händen schlagen, Proletarierstimmen ihnen zudonnern: Schluß mit den blutigen Tänzen! Jetzt werden andre tanzen!

Der siegreiche Kampf gegen die Kriegsschuldfrage.

Vor einem Jahrzehnt herrschte in den meisten Staaten des Auslandes die Auffassung, daß das Deutsche Reich den Weltkrieg absichtlich herbeigeführt und ihn den Mächten der Entente aufgezwungen habe. Man hielt das Versailler Urteil für einwandfrei und auf Grund zuverlässigen Aktienmaterials zustande gekommen. Stimmen des Auslandes, die etwa schon damals anderer Ansicht waren, fanden kein Gehör und der Lärm gegen die deutschen Hunnen und Barbaren hatte seinen Fortgang. Nur ganz allmählich trat unter dem Eindruck der zuerst von den Zentralmächten veröffentlichten Dokumente, angefeindet durch russischen und französischen Fälschungen und der von der deutschen Regierung veröffentlichten „Großen Politik“, des weiteren durch die mit jedem Jahr wachsende Zahl von Memoirenwerken hervorragender Kriegsteilnehmer ein Wandel in der Anschauung des Auslandes über die Kriegsurfachen und die Schuldfrage ein. Ein eigenes Organ, „Die Berliner Monatshefte für internationale Aufklärung“, unter der Leitung von Alfred von Wegeker wurde geschaffen, um die Wahrheit über die Kriegsurfachen aufzuhellen. Es erhoben sich Stimmen im Ausland, auch in den Ländern der Entente selbst, in Frankreich und den Vereinigten Staaten, wo die Kriegshege am meisten getobt hatte, zum Kampf für die Wahrheit, und heute darf es laut verkündigt werden, daß der Sieg vollständig ist. Den Beweis hierfür kann man in einem der letzten Hefte der Zeitschrift lesen, deren Lektüre allen Freunden der Wahrheit und der freien Forschung nicht genug empfohlen werden kann.

In diesem Heft kommen ausschließlich ausländische Sachverständige der Versailler Kriegsschuldfrage zu Wort. Es wurden ihnen drei Fragen zur Beantwortung vorgelegt. Die erste lautete: Sind Sie der Auffassung, daß Deutschland den Weltkrieg mit Vorbedacht geplant sowie ihn vorsätzlich und absichtlich herbeigeführt hat? Die zweite Frage lautete: Sind Sie der Auffassung, daß Deutschland der Entente den Krieg aufgezwungen hat? Und die dritte Frage: Haben Sie die Auffassung, daß das in Versailles

abgegebene Urteil auf Grund von unvollständigem, tendenziösem und gefälschtem Material gewonnen wurde?

Diese drei Fragen wurden an Sachverständige jeder Richtung, auch an solche gestellt, die bisher Deutschlands Schuld am Weltkrieg bejaht hatten. Nicht weniger als 70 Antworten sind eingelaufen und diese lauteten für die Verteidiger von Deutschlands Kriegsschuld geradezu niederschmetternd. In der ersten Frage, ob Deutschland den Krieg verschuldet habe, antworteten 18 Amerikaner mit Nein, 1 mit Ja und 3 unentschieden; in Dänemark 1 Nein, keine Stimme Ja oder unentschieden; England 8 Nein, 1 Ja, 2 unbestimmt; Frankreich 10 Nein (!), nur 3 Ja, 7 unbestimmt usw. Im ganzen antworteten 53 Sachverständige mit Nein, 5 mit Ja und 12 unbestimmt.

In ähnlicher Weise wurde die zweite Frage (mit 49, 5, 13) beantwortet und bei der dritten erklärende Zusätze oft von großer Schärfe gemacht. Einige davon seien hier vermerkt. Der erste Fachmann aus Norwegen, Hermann Harris Hall, sagt, wenn man in Versailles es gewagt habe, so eine Komödie zu inszenieren, so zeugt das von bösem Gewissen. „Dies tritt hervor durch das krampfhafteste Bestreben, sich mittels militärischer Gewalt das zu sichern, wozu ihnen die moralischen Rechte fehlen. Die ganze Welt leidet unter dieser inneren Schwäche eines geheuchelten Rechtes.“ Der zweite Norweger, Nikolaus Gielswil, sagt: „Das Versailler Urteil hat von wissenschaftlichem Gesichtspunkt aus überhaupt gar keinen Wert.“ Wir wollen die weiteren Urteile, von denen einige noch drastischer lauten, der eigenen Lektüre der Leser überlassen und wünschen nur, daß sie im Völkerbund studiert und ausgenützt werden.

J. D.

TAGESPOST (Graz)

Nr.:

TAG: 6.11.1931

Der entscheidende Schritt in den Weltkrieg.

Wie mächtig die Literatur über die Ursachen und die nächste Veranlassung zum Weltkrieg heute schon angewachsen ist, ist bekannt. Nicht bloß der Laie, auch Fachleute werden ein Buch begrüßen, das in gut übersichtlicher Weise eine knappe Darstellung darüber gibt, wie es zum Ausbruch dieses unseligsten aller Kriege gekommen ist. Ein solches Buch hat uns soeben der erfolgreiche Erforscher der Kriegsschuldfrage, Alfred v. Wegerer, unter obigem Titel (Quader-Verlag, Berlin, 1931) geboten. Man sieht schon auf dem farbigen Titelblatt den Mann (Poincaré), den man schon vor mehr als zehn Jahren den Präsidenten des Weltkrieges genannt hat und an seiner Seite den schwachen Zaren, der eines der Opfer des von langer Hand her angelegten Verbrechens geworden ist.

Der 25. Juli 1914 war der Tag, an dem Serbien das österreichische Ultimatum beantwortet hat. An demselben Tag waren in Belgrad Telegramme aus Petersburg eingelaufen, die zur Frage der Beantwortung des Ultimatus Stellung nahmen. Die serbische Regierung war, wenn auch schweren Herzens, bis zu diesem Augenblick entschlossen, das Ultimatum im Sinne der österreichischen Forderungen zu beantworten. Da

traten die Petersburger Telegramme dazwischen und es trat in Belgrad ein völliger Umschwung ein. Die serbische Regierung entschloß sich, die politischen Forderungen Österreichs abzulehnen. Man kannte auch bisher schon diesen Vorgang, aber nur aus Gerüchten, dann aus der Memoirenliteratur, schließlich aus den in Nisch erbeuteten Aktenstücken, die freilich nicht vollständig waren. Jetzt ist das ganze Beweismaterial in der obigen Schrift zusammengefaßt. Darnach behandelt der Verfasser die ganze Frage in neun Kapiteln. Er zeigt im Gegensatz zu der in Ententekreisen herrschenden Meinung von den überspannten Forderungen Österreichs, die als solche unannehmbar gewesen seien, daß diese Forderungen berechtigt und auch so gestellt waren, daß Serbien sie annehmen konnte. Den Beweis bringt die Tatsache, daß es ja auch, ehe der russische Eingriff erfolgte, geneigt war, sie anzunehmen. Es trifft vollkommen zu, was Kaiser Franz Josef am zweiten Juli an Kaiser Wilhelm schrieb: „Nach allen bisherigen Erhebungen hat es sich in Sarajewo nicht um die Bluttat eines Einzelnen, sondern um ein wohlorganisiertes Komplott gehandelt, dessen Fäden nach Belgrad reichen und wenn es vermutlich unmöglich sein wird, die Komplizität der serbischen Regierung nachzuweisen, so kann kein Zweifel sein, daß sie ihre auf die Vereinigung aller Südslawen unter serbischer Flagge gerichtete Politik solche Verbrechen fördert, was eine dauernde Gefahr für Österreich bildet.“ Daß man dann die Forderung

stelle, bei der Untersuchung des Attentats in Belgrad mitzuwirken, ist begreiflich.

Das Ultimatum sollte den Serben nicht unannehmbar sein. Hatte anfangs die Absicht bestanden, sofort mit militärischen Nachtmitteln gegen Serbien vorzugehen, so wurden doch schließlich die Forderungen an Serbien so abgefaßt, daß sie von diesem angenommen werden konnten. Serbien war denn auch bereit, nachzugeben, worüber wir durch Berichte von Augenzeugen hinreichend belehrt sind. Der Umschwung in Belgrad trat in den Nachmittagsstunden des 26. Juli ein und war auf die aus Petersburg eingelaufenen Telegramme zurückzuführen, worüber eine Fülle hier mitgeteilter Beweise vorliegt. Noch Tags zuvor hatte der Kronprinz Alexander ein Telegramm mit folgendem Inhalt an den Zaren gerichtet: Es ist uns unmöglich, uns zu verteidigen. Wir stehen zu Ew. Majestät, uns Ihre Hilfe sobald als möglich angedeihen zu lassen. In Rußland war der Krieg schon eine beschlossene Sache, was General Dobrowolski in seiner bekannten Schrift mit denselben Worten sagte und hinzufügt: die ganze Flut von Telegrammen zwischen den Regierungen Rußlands und Deutschlands stellte nur eine *mise en scene* eines historischen Dramas dar. Der aggressivste Geist daselbst war dem Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch und der festen Haltung der französischen Botschaft zuzuschreiben. Wie sehr auch die aufreizende Haltung Poincarés mitgewirkt hat, wissen wir aus den Memoiren Paléologues.

Der entscheidende Schritt in den Weltkrieg ist freilich nicht in Paris, sondern in Petersburg getan worden, wo Poincaré, „umgeben von Viviani, Paléologue und de Margerie, mit den Russen die Verabredungen getroffen hat, die den Weltkrieg im Juli 1914 zum Ausbruch kommen ließen“.

Die Entschlüsse des Ministerrates in Petersburg an demselben 26. Juli, durch die Rußland „absichtlich und vorzüglich“ den Krieg herbeigeführt hat, sind, wie v. Wegever mit Recht bemerkt, so schwerwiegend, daß die zaristische Regierung sie nicht hätte treffen können, wenn sie nicht das Einverständnis Frankreichs gehabt hätte. Dieses ist auf den Besuch Poincarés am Zarenhof zurückzuführen, der vom 20. bis 23. Juli stattfand. Ihm hat der Verfasser das letzte Kapitel gewidmet. Er gelangt zu dem Resultat, daß Rußland ohne den Besuch Poincarés sich nicht entschlossen hätte, Serbien zum Widerstand gegen Österreich zu drängen und damit einen kriegerischen Ausgang des Konflikts hervorzurufen. Sonach kommt Wegever zu dem für die Frage der Verantwortlichkeit für den Kriegsausbruch sehr wichtigen Ergebnis, daß Rußland, unterstützt durch Frankreich, schon am 26. Juli durch seine Weisungen nach Belgrad den Abbruch der österreichisch-serbischen Beziehungen herbeigeführt und damit den entscheidenden Schritt in den Weltkrieg getan hat.

J. Siefert.

6. Mai 1932

Neue Schriften zur Erforschung der Kriegsursachen.

Fünf Publikationen liegen neuerlich vor.¹⁾ Mit Ausnahme einer einzigen befassen sie sich ausschließlich oder mehr minder eingehend mit einem für uns besonders interessanten Thema: der serbischen Frage. Da aber die Fülle des Mitteilenswerten hundertmal größer ist als der für eine Besprechung zur Verfügung stehende Raum, beschränke ich mich darauf, mir wichtig Scheinendes hervorzuheben.

Müller-Brandenburg gesteht den Serben das Recht zu, für die Befreiung ihres unterdrückten Volkstums einzutreten, bejaht aber auch das Recht der österreichisch-ungarischen Monarchie, sich nicht widerstandslos zerstören zu lassen, sondern ihren Bestand mit der Waffe zu verteidigen. Das Habsburgerreich deshalb der Urheber der Weltkriege zu bezichtigen, sei eine Niedertracht. Er vertritt außerdem die Ansicht, daß die französische und russische Regierung den Krieg mit Hilfe Serbiens bewußt vorbereitet und gewollt hatten. Geringer gewinnt man leider aus dem Buche eines anderen deutschen Autors, des Dr. Bühler, den Eindruck, daß der Verfasser bemüht ist, den Mittelmächten, insbesondere Oesterreich-Ungarn, einen weitaus größeren Anteil an der Kriegsschuld beizumessen als dem Bunde ihrer Feinde. Mit der Behauptung, daß die unterbliebene Lösung der süd-slawischen Frage ganz wesentlich zur Entstehung der heillosen Verhältnisse im Südosten der Donaumonarchie beigetragen hat, sagt uns Bühler nichts Neues. Es geht aber nicht an, diese Tatsache mit den Worten abzutun, in Wien habe man — mit Ausnahme des Thronfolgers — die Forderung der Vernunft verkannt. Wie überaus groß die Schwierig-

¹⁾ „Die Schuld der anderen und der Betrug von Versailles.“ Von Hermann Müller-Brandenburg. 1931. Schlieffen-Verlag. Berlin SW 11. 142 Seiten. Brosch. 3 RM., Gln. 4.50 RM.

„So kam 14 der Krieg.“ Von Dr. Franz Bühler. 1931. Verlagsbuchhandlung Karl Zwing, Jena. 112 Seiten. 2.80 RM.

„Die jugoslawische Frage und die Julikrise 1914.“ Von Ernst Anrich. Heft 12 der Beiträge zur Geschichte der nachbismarckischen Zeit und des Weltkrieges. Stuttgart 1931. Verlag von W. Kohlhammer. 166 Seiten. 7.50 RM.

„Neue Wege zur Klärung der Kriegsschuld“ von Major a. D. Adolf Hektorowitsch. Mit einem Vorwort von Dr. Rudolf Günther. 1932. Verlag Buchkunst G. m. b. H. Berlin SO 36. 218 Seiten. 5 RM.

„Freies Kriegsführungsrecht und Kriegsschuld“ von Dr. Hanns Göhler. Heft 17 der Abhandlungen des Instituts für Politik, ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht an der Universität Leipzig. 1931. Universitätsverlag von Robert Roßte in Leipzig. 114 Seiten. 5 RM.

keiten dieses Problems waren, legt Ernst Anrich in scharfsinnigen und vom Geiste wirklicher Objektivität geleiteten Untersuchungen dar. Unter wiederholter Berufung auf das Werk „Die Katastrophe“ von Glaise-Horstensau erörtert er die kaum zu überwindenden verfassungsrechtlichen Hindernisse, die der Dualismus einer Vereinigung der Südslawen innerhalb des Habsburgerreiches entgegenstellte; Anrich erblickt in der Schaffung eines Großkroatiens die einzige Möglichkeit, den großserbischen Tendenzen ein Paroli zu bieten.

Bühler gleitet über die seit 1908 für eine Großmacht unerträglichen serbischen Herausforderungen hinweg, obgleich diese in Oesterreich-Ungarn den Gedanken einer Bückigungsaktion entstehen lassen mußten. Das Drängen unseres Generalstabschefs auf eine politisch-militärische Tat kennzeichnet er bloß als Ausfluß der Soldatennatur Conrads, die eine Ausübung des Kriegshandwerkes immer für die beste Lösung erachtet. Anrich wird dem Berechtigten gerechter: Conrad habe die Niederschlagung Serbiens nicht aus militärischer Kriegslust und Heberei, sondern aus tiefster sittlicher Erkenntnis heraus befürwortet, und der von ihm nachdrücklich gepredigte Vorbeugungskrieg habe immerhin eine gewisse Berechtigung gehabt. Bühlers Sympathien gehören jedoch der Gegenseite. Er hält die serbische Antwortnote vom 25. Juli 1914 auch heute noch für „berühmlich“, ohne aber auf das im österreichisch-ungarischen Rotbuche enthaltene Kommentar des Ballhausplatzes einzugehen. Wir wissen, daß die Belgrader Machthaber über die Wirkung ihrer Note voll im Klaren waren, da sie noch vor ihrer Uebergabe mit der Mobilmachung des Heeres begannen. Wie frühzeitig sie sich zu diesem entscheidenden Schritte entschlossen hatten, entnehmen wir dem Buche unseres Kameraden, des Majors Adolf Hektorowitsch — ich glaube, es ist der bewährte Flieger. Nach dessen authentischen Feststellungen wurde der Empfang des Mobilisierungsbefehles von den höheren serbischen Kommandos am 25. Juli bestätigt, und zwar gingen die betreffenden Depeschen ab:

von Ris und Pragujevac	um 13 Uhr,
„ Pozarevac	„ 13 ³⁰ „
„ Baljevo	„ 14 „ und
„ Stoplje (Uestüb)	„ 17 ³⁰ „ . (Für das Telegramm aus Baljevo liegt die photographische Kopie des Originals vor.) Somit mußten die Befehle schon in den Morgenstunden — also sechs bis zehn Stunden vor der Abreise Giesls — abgegangen sein.

Noch eine Ueberraschung bereitet uns Dr. Bühler mit dem, was er über den Entschluß zur österreichisch-ungarischen Teilmobilisierung zu berichten weiß:

„Der alte Kaiser hatte am 25. Juli die Unterschrift des Mobilisierungsbefehles verweigert [!]. Da griff Berchtold zu einer Fälschung [!!!]. Er verlas ein Sarajevoer Telegramm über den Einbruch serbischer Komitadschibanden auf bosnisches Gebiet, wobei auf österreichischer Seite 400 Grenzsoldaten und Gendarmen getötet oder verwundet worden sein sollten. Bei dieser Nachricht zuckte der Kaiser zusammen und sagte tonlos: ‚Was? Soviel Blut ist schon vergossen worden!‘, setzte sich hin und unterschrieb den Mobilisierungsbefehl für den 28. Juli [!]. In Wirklichkeit hatte nichts als ein kleines Geplänkel stattgefunden, wobei nur vier Gendarmen leicht verwundet worden waren.“

Die Vorgänge am Abende des 25. Juli in Mähle sind seither so reiflos geklärt, daß sich eine Widerlegung erübrigt. Nach dem Vorstehenden wundert man sich jedoch auch nicht mehr darüber, daß Dr. Bühler der russischen Mobilisierung nicht jene unheilvolle Bedeutung für die europäische Lage zuschreibt, über die jetzt wenige Menschen noch im Zweifel sind. Der Kriegswille Rußlands fände aber eine geradezu grauenhafte Illustration, wenn ein bei Hektorowitsch abgedrucktes Telegramm des serbischen Gesandten in St. Petersburg tatsächlich abgeschickt worden ist. Spalajkovic soll nämlich am 26. Mai 1914 an Pasic gedrahst haben:

„Rußland hat in Erfahrung gebracht, daß der Thronfolger Franz Ferdinand an den bosnischen Manövern

teilnehmen wird. Rußland erwartet von Serbien die Kriegsursache."

Wir wollen hiervon nur mit Vorbehalt Kenntnis nehmen, zumal auch Heyrowitsch bemerkt, „eine Kontrolle dieses Originalschreibens auf seine einwandfreie Beschaffenheit konnte nicht vorgenommen werden, da es dem Verfasser (Heyrowitsch) zu diesem Zwecke nicht überlassen wurde“. Jedenfalls wird sich die Kriegsschuldforschung mit dem Buche des Majors und den von ihm vielfach in photographischen Kopien beigebrachten Dokumenten noch eingehend zu beschäftigen haben.

Kann eigentlich von einer Kriegsschuld der Mittelmächte überhaupt gesprochen werden? Der deutsche Gelehrte Doktor G ö h l e r weist in seiner verdienstvollen Schrift unter anderem nach, daß erst die Pariser Konferenz vom Jahre 1919 durch Stipulierung der deutschen Kriegsschuld ein neues, bis dahin nicht existierendes Völkerrecht geschaffen hat, weshalb alle vorher begangenen Handlungen gar nicht unter Strafe gestellt werden können, und um so weniger, als in Versailles, St. Germain und Trianon Legislatur und Judikatur in einer Person vereinigt gewesen seien.

Man erkennt wieder von neuem, daß es aus politischen, wirtschaftlichen, moralischen und historischen Gründen unbedingt notwendig ist, den geistigen Kampf gegen die Kriegsschuldlinge fortzusetzen, um Irrtümer und böswilligen Auslegungen entgegenzutreten. Wie dieser Kampf vom Leiter der deutschen Zentralfelle, Dr. h. c. v. Wezerer, organisiert wurde und im Wege der „Berliner Monatshefte“ zu klärender, fruchtbringender Diskussion mit dem Auslande geführt hat, ist unseren Lesern bekannt.

Steinig.

TAGESPOST (Graz)

Nr.: 177

TAG: 28.6.1932

CONRAD V. HÖZENDORF

Der „Kriegsheker“ Conrad.

Von Feldmarschalleutnant d. R. August von Urbanski.

Die Vertreter der These von der Schuld der Mittelmächte am Weltkrieg weisen mit Vorliebe auf den verstorbenen Marschall Conrad v. Hözendorf als „Kriegsheker“ hin. Sie nennen ihn den Apostel der Präventivkriege, weil er bald nach Antritt seines Amtes als Chef des Generalstabes der österreichisch-ungarischen Wehrmacht, im Jahre 1907, den Krieg gegen Italien gefordert hat; sie sehen in ihm die treibende Kraft für die kriegerische Lösung der Annexionskrise und betrachten ihn als den Initiator des kurzfristeten, scharf gefaßten Ultimatus an Serbien, das den von Conrad von Hözendorf so heiß ersehnten Krieg endlich herbeiführen sollte. Als Referent des Chefs des Generalstabes in den dem Krieg vorangegangenen, schicksalschweren Jahren für auswärtige Angelegenheiten, habe ich es wiederholt für meine Pflicht gehalten, diese jeder Grundlage entbehrende Unwahrheit zu widerlegen. Ich war Zeuge der hangen Sorgen des Chefs des Generalstabes angesichts der immer deutlicher werdenden politischen Einkreisung der Mittelmächte. Die Sorge zog sich wie ein roter Faden durch die gesamte Tätigkeit des für die Führung im Krieg verantwortlichen Chefs des Generalstabes, die Armee für den unabwendbaren Kampf um den Bestand unserer altherwürdigen Monarchie zu befähigen. Die Sorge um die Existenz des Reiches hat Conrad im Jahre 1907 zu der Forderung veranlaßt, den Ring der Feinde zu sprengen, ehe es zu spät war. Als diese Gelegenheit versäumt war und auch die folgende Annexionskrise nicht zum Anlaß genommen wurde, den sich immer enger schließenden Kreis zu durchbrechen, sah Conrad die Gelegenheit für eine aktive Abwehr geschwunden. Einen deutlichen Beweis, wie Conrad in der Folge besorgt war, einen Anlaß zum Krieg zu ver-

meiden, liefert seine Einstellung zur Frage des Fürstenbesuches in der Hauptstadt der Reichslande Bosnien und Herzegowina. Die maßlose Agitation in den okkupierten Provinzen hatte den Wunsch geweckt, die lokalen Elemente in ihrer Anhänglichkeit an die Monarchie zu stärken, die diese Provinzen in 30jähriger Zivilisationsarbeit mit dem Geld ihrer Bürger zu wirtschaftlicher Blüte gebracht hatte. Der Kaiser verschloß sich nicht der Zweckmäßigkeit einer solchen Reise und gab den Argumenten nach, trotzdem mehrfach auch Widerstände dagegen laut wurden. Besonders der Chef des Generalstabes war es, der sich der Gefahren bewußt war, die durch einen Anschlag gegen das Leben des Thronfolgers entstehen mußten. Diese Annahme war nur zu begründet, namentlich seit bekannt war, welchen Sturm die Ankündigung der Reise bei den Nachbarn entfacht hatte.

Zur Zeit der Thronfolgerreise stand an der Spitze der großserbischen Propaganda Oberst Dimitrievic, genannt Apis, der geistige Führer der nationalen Bewegung. Ihm zur Seite als Stellvertreter des Nachrichtenbüros des serbischen Generalstabes stand Major Tankovic, der Instruktor der Terrorbanden. Dem Generalstab waren zahlreiche Warnungen und Drohungen anläßlich der Reise zugekommen, die alle amtlich dem Thronfolger zur Kenntnis gebracht worden waren. Sie boten dem Chef des Generalstabes eine um so begründetere Handhabe, seine warnende Stimme gegen die geplante Reise zu erheben. Conrad v. Hözendorf hat übrigens seiner ablehnenden Haltung gegen die Reise dadurch Ausdruck gegeben, daß er nur an den dem feierlichen Einzug in Sarajevo vorangehenden Manövern teilnahm, denen er sich als für die Ausbildung des Heeres verantwortlicher Chef des Generalstabes nicht entziehen konnte. Um einen glaubhaften Grund zu schaffen, dem folgenden politischen Teil der Reise fernzubleiben, setzte Conrad eine Gene-

reisereise unter seiner Leitung in Hochkroatien zeitlich so an, daß er unmittelbar nach Schluß der Manöver das Gefolge des Thronfolgers verlassen mußte. Die Manöveranlage wurde von Serbien als Herausforderung ausgelegt. Diese Auffassung ist aber ganz grundlos. An den Manövern nahmen rund 70.000 Mann teil, eine Streitmacht, die angesichts der Stärke der serbischen Armee gewiß keine Bedrohung bedeutete. Das Manövergelände lag etwa 100 Kilometer von der Grenze entfernt. Man hat es in Serbien auch als Herausforderung empfunden, daß der Einzug des Thronfolgerpaars in Sarajevo auf den Veitstag fiel, ein Tag, der trübe Erinnerungen aus der Geschichte des Landes weckt. Auch das ist ein Irrtum. Bei der Festlegung des Reiseprogrammes hat niemand an den Kalenderunterschied gedacht. Es muß als historische Wahrheit festgelegt werden, daß Conrad v. Hötzendorf ein ausgesprochener Gegner der Thronfolgerreise nach Sarajevo war, daß er seinen ganzen Einfluß eingesetzt hat, diese Reise zu verhindern und sich nur mit Widerstreben den innerpolitischen Gründen gefügt hat. Am 28. Juni 1914 fiel das Thronfolgerpaar.

Vom Gesichtspunkt der Kriegsschuld ist es interessant, das weitere persönliche Verhalten Conrad von Hötzendorfs nach dem Mordtag zu verfolgen. Er wurde vom Kaiser sofort nach Wien berufen, um an den Beratungen über die möglichen Folgen der Mordtat teilzunehmen. Ich besitze Briefe des toten Marschalls aus jener Zeit, aus denen alles andere spricht, als Genugtuung über die eingetretene Lage, wie sie Conrad von Menschen unterschoben wird, die ein Interesse daran haben, die Mittelmächte mit der Schuld am Krieg zu belasten. Conrad schreibt besorgt über die gefährvolle Lage, wie sie sich durch den Mord ergeben hat, er klagt über den Trubel, der in Wien herrscht und der es zweifelhaft erscheinen läßt, ob er in diesem Sommer überhaupt zur Ruhe kommen werde. In einer Audienz beim Kaiser in den ersten Julitagen kündigte der Monarch seine Abreise nach Fiume an, worauf Conrad die Bitte stellt, gleichfalls einige Tage in Tirol verbringen zu dürfen, was vom Kaiser mit dem Hinweis: „Sie haben eine Erholung auch dringend notwendig“ genehmigt wird. Dieses Verhalten des „Kriegsheizers“ Conrad v. Hötzendorf steht in krassem Widerspruch zu dem Verhalten des Präsidenten der französischen Republik. In den letzten Julitagen, als das Gespenst des Krieges nicht mehr allein durch

die Staatskanzleien ging, sondern Millionen Mütter, Frauen und Kinder um den Sohn, den Gatten oder den Ernährer zitterten, brachte der französische Schlachtenkreuzer „France“ mit ostentativ militärischer Aufmachung den Präsidenten der französischen Republik nach St. Petersburg, um dort den Abmachungen für den Krieg die Sanktion durch die Herrscher zu geben. Mit Stentorstimme erwiderte Poincaré beim Galadiner die schüchtern verlesene Begrüßung des Beherrschers aller Reußen. Der dichtgefüllte Saal vibrierte in Kriegsstimmung, als der Lenker der Schicksale Frankreichs die erlösenden Worte sprach, die Rußland die Waffenbrüderchaft Frankreichs sicherten. Und wie

eine Kriegsfanfare klangen die herausfordernden Worte Poincarés beim folgenden Empfang des diplomatischen Korps an den Botschafter Österreich-Ungarns, den Grafen Szapary: „Das serbische Volk hat viele Freunde in Rußland und Rußland hat einen Verbündeten: Frankreich!“

Die Kriegsschuldforschung hat die wirklichen Initiatoren des Weltkrieges längst schon festgestellt. Der Jahrestag der Ermordung des Erben des Thrones der Monarchie ist ein Anlaß, den toten Marschall Conrad v. Hötzendorf von der historischen Bürde zu entlasten, diesen Krieg, die Quelle all der gegenwärtigen Leiden der Menschheit, gewollt oder gar provoziert zu haben.

TAGESPOST (Graz)

Nr.:

TAG: 26. 8. 1932

Die Kriegsschuldfrage.

Aus den Erinnerungen des spanischen Botschafters am Petersburger Hof.

Das Augustheft der Berliner Monatshefte (Quader-Verlag, Berlin NW. 7) veröffentlicht über den Streit um die Auslegung des Artikels 231 von Bloch und Renouvin einen Aufsatz von Walter Schoenborn (Kiel); darnach ergeben Wortlaut wie Entstehungsgeschichte des Artikels 231 die Richtigkeit der bisherigen und nicht bloß in Deutschland herrschenden Interpretation. Man ersieht, wie innerlich erschüttert die Überzeugung von Deutschlands Schuld am Kriege ist, daß sich selbst deren eifrigste Verteidiger bemühen, zu zeigen, daß der Artikel 231 die Schuld Deutschlands gar nicht behauptet. Im folgenden Artikel behandelt Fritz Hartung „Die englische Politik in der Marokkokrise von 1911“. Der nächste Aufsatz betrifft „Die diplomatische Geschichte der serbischen Note vom 31. März 1909. Er stammt aus der Feder Egon Gottschalks und behandelt vornehmlich serbische Territorialkompensationen im österreichisch-serbischen Konflikt.

Sehr inhaltsreich ist der „Monatsbericht“, am wichtigsten das, was der ehemalige spanische Botschafter am Petersburger Hof Graf Cartagena über den russischen Kriegswillen vor Ausbruch des Krieges berichtet. Schon im April 1914 begannen die Truppenbewegungen aus dem Innern Sibiriens nach dem Westen, schon drei Monate vor Kriegs-

ausbruch wurde als geflügeltes Wort der Ausspruch Iswolskis zitiert: „Dieser Krieg ist mein Krieg.“ Und eben damals schürte Poincaré die ganze russische Hofgesellschaft durch Worte auf, die auf nichts anderes als auf den Krieg abzielten. Zusammenfassend sagt Graf Cartagena: „Die ganze Verantwortlichkeit fällt auf Rußland zurück. Der Mord von Sarajevo war in Belgrad mit Hilfe russischer militärischer Agenten angestiftet worden. Zum mindesten ist mir das von vertrauenswürdigen Personen versichert worden, darunter ein Offizier, der später unter Kerenski Kriegsminister gewesen ist. Der Krieg war gewollt und wurde ausgeheßt von russischen Panlawisten. Ihr Ziel war die Zertrümmerung Österreichs, die politische und religiöse Vorherrschaft über alle den Habsburgern unterworfenen Slawen, die Eroberung Konstantinopels... Führer der Panlawisten waren Iswolski und seine Helfershelfer, nämlich Sazanow und Nikolaj Nikolajewitsch. Das ist offenkundig.“

Noch einiges aus Cartagenas Mitteilungen ist im hohen Grade beachtenswert: Die Haltung des deutschen Gesandten Grafen Pourtales angesichts der russischen Stimmung. Er hat das Unmögliche möglich zu machen versucht, um den Krieg zu verhüten. Er konnte nichts erreichen, da der russische Kriegswille offenbar war, wenigstens hinsichtlich der Panlawisten und der Sippschaft des Großfürsten Nikolajewitsch. „Ich bin“, sagt

Cartagena, „der Überzeugung, daß Deutschland alles tat, um den Krieg zu vermeiden: Besiegt, mit blockierten Küsten, knapp an Lebensmitteln, mit einem Wort mit dem Messer an der Gurgel, mußte es in Versailles eine Schuld bekennen, die es nicht hatte. Dies Bekenntnis hat die wahren Schuldigen gerettet und als Grundlage für einen Vertrag gedient, der auf der Höhe aufgebaut ist und der Europa den Frieden nicht geben kann.

J. L.

TAGESPOST (Graz)

Nr.:

TAG: 20. 11. 1932

Die Kriegsschuldfrage.

Zu dieser Frage haben sich seit den Tagen von Versailles viele Stimmen aus den verschiedensten Ländern in den beiden Hemisphären in dem Sinne ausgesprochen, das von einer Alleinschuld des Deutschen Reiches unmöglich die Rede sein kann. Man hätte demnach erwarten dürfen, das von weiteren Nachforschungen über die Schuldfrage Umgang genommen und das ins Ungeheuerliche angewachsene Material zu einem Schlufurteil verwendet werde. Man sieht aber aus der vorliegenden Oktobernummer der Berliner Monatshefte (Quader-Verlag, Berlin, W. 15), daß immer noch neue Materialien von höchster Bedeutung ausgeforscht werden, die für die Beurteilung der Kriegsschuldfrage nicht übersehen werden dürfen. Besonders wichtig ist der Bericht des russischen Militärattachés in Berlin an seinen französischen Kollegen vom 11. Februar 1914, der in vollem Wortlaut von der Moskauer „Iswestija“ veröffentlicht wurde und nun in deutscher Übersetzung in dem Berliner Monatsheft vorliegt.

Der Bericht lautet: „In diesen Tagen hatte ich ein Gespräch mit dem hiesigen französischen Militärattaché, Oberst Serret, zu dem ich in freundschaftlichen Beziehungen stehe. Nach dessen Ansicht wäre es außerordentlich wichtig, rechtzeitig die öffentliche Meinung breiter Schichten des französischen Volkes auf die voraussichtliche Zeitfolge der militärischen Ereignisse an der Ost- und Westgrenze Deutschlands bei gemeinsamen Operationen Rußlands und Frankreichs gegen Deutschland und dessen Verbündete vorzubereiten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Deutschland den ersten Schlag mit nicht weniger als 20 bis 22 Armeekorps möglichst kraftvoll gegen Frankreich führen wird. Der Aufmarsch der russischen Truppen wird an den Grenzen Deutschlands wesentlich später erfolgen als jener der französischen Armee. Die Russen wird man kaum vor vier Wochen an den deutschen Grenzen erwarten dürfen. Unter diesen Umständen wird sich in der überwiegenden Mehrzahl der Franzosen eine außerordentliche Ungeduld bemerkbar machen, die durch das Ausbleiben aller Nachrichten vom polnischen Kriegsschauplatz noch vermehrt wird. Daher erscheint es als wünschenswert, daß die Franzosen bereits im Frieden durch ihre Presse darüber aufgeklärt werden, um dann später nicht dem Defeatismus anheimzufallen.“

Eine Unterredung wie die der beiden Militärattachés setzt voraus, daß die Absicht, gegen das Deutsche Reich in absehbarer Zeit Krieg zu führen, in den maßgebenden militärischen und politischen Kreisen von Rußland und Frankreich als eine selbstverständliche Tatsache angesehen worden ist, in einer Zeit, wo in Deutschland niemand an Krieg dachte.

Von den übrigen Beiträgen dieses Heftes darf besonders noch auf den von Erich Brandenburg über Lord Rosebery hingewiesen werden. Dieser Staatsmann Englands, einst ein Freund von Herbert Bismarck, war lange von der Idee getragen, daß England sich in einem Kriege weder an Deutschland noch an Frankreich anschließen dürfe. Jedenfalls hat er die Gefährlichkeit einer Entente mit Frankreich besser erkannt als sein Nachfolger Grey. Welche oberflächliche und einseitige Propagandaschriften dem französischen Volk auch heute noch geboten werden, um die Versailler Schuldthese zu stützen, ersieht man aus dem Artikel Gustav Roloffs „Eine französische Vorgeschichte des Weltkrieges“. Beachtung verdient endlich noch der Aufsatz von Dr. R. Schwendemann „Das Abrüstungssystem der Friedensverträge im Licht der allgemeinen Abrüstungskonferenz“. Aber „Den zweiten englisch-japanischen Bündnisvertrag“ handelt Dr. P. Ostwald. Egon Gottschalk bringt noch die russischen Geheimdokumente in deutschem Wortlaut, die die russischen Kriegsvorbereitungen hell beleuchten. Der Artikel des Herausgebers „Was die ‚Gazette de Lausanne‘ nicht bringen wollte“ zeigt, wie es um die neutrale Haltung mancher Zeitungen am Genfer See bestellt ist.

S./L.

TAGESPOST (Graz)

Nr.:

TAG: 17.3.1933

Die Verantwortlichen im Weltkrieg.

Von Erich Czoch-Schberg. Verlag von
R. F. Koehler, Leipzig.

Ein gutes Buch, das die Führer im Weltkrieg charakterisiert. Es sind aber bei weitem nicht alle. Es hätten auch die Führer in den Weltkrieg aufgenommen werden müssen und da hätten beispielsweise weder die Grey-Cambon noch viele andere fehlen dürfen, ganze Nationen, die zum Krieg gedrängt haben, wie es der Verfasser an den Tschechen und Serben erweist. An der Spitze stehen die Franzosen Clemenceau und Poincaré, von denen Clemenceau schon seit Sedan und Paris sein Haßgefühl gegen Preußen-Deutschland im Herzen trug und andere wie den Kronprinzen Rudolf damit erfüllen konnte. Und Poincaré, der mit Recht „der Präsident des Weltkrieges“ genannt wird, der noch wenige Wochen vor Ausbruch des Krieges vor dem Hof und der Petersburger Gesellschaft in starken Worten seiner Kriegsbereitschaft Ausdruck geben und das Kaiserpaar für den Krieg begeistern konnte. Auch das französische Heer hat seine „Verantwortlichen“. Wo aber bleibt Joffre, an dem sich das Wunder an der Marne erzeigen sollte, über den sich freilich die schärfste Zunge Englands, die Churchill, nachher lustig machte. Wo bleibt jener Marschall Foch, der den Franzosen als ein anderer Duquesclin gilt? Dafür ist der einzige „Gerechte“ unter die „Verantwortlichen“ gekommen „Briand“, der freilich anfänglich auch ein Saulus war und erst nach Kriegsende zum pazifistischen Paulus wurde.

Auch unter den Engländern finden sich militärische Kapazitäten nicht unter den Verantwortlichen des Weltkrieges genannt, nicht einmal

Ritchener, der die Dauer des Weltkrieges auf zehn Jahre berechnet hat. Würde er nicht vom Meere verschlungen worden sein, und könnte er heute unter den „Hochmögenden“ in Genf sitzen, so würde er finden, daß er sich geirrt habe und daß der Krieg — mit anderen Mitteln — noch heute fortduert, weil Frankreich es will, dem ja noch kein „Verantwortlicher“ gesagt hat, daß nicht sie die Sieger sind, sondern die amerikanischen Maschinen und Menschen. Mit Recht ist Wilson daher in dem Buch auch als Verantwortlicher eingestellt. Man könnte noch ein schärferes Wort gebrauchen. Wenigstens hat er nachher seine Unwissenheit darüber, daß in Südtirol Deutsche leben, eingestanden. Unter den Engländern fehlt Haig, dagegen ist uns Lloyd George nicht erspart geblieben, einer der Hauptmacher des Krieges, der er schon 1911 war, damals so kriegslustig, wie heute pazifistisch. Von russischer Seite steht hier mit Recht ein Iswolski, dessen Fälschungen bekannt sind. Warum aber fehlen an dieser Stelle die montenegrinischen Prinzessinnen oder der erste Oberbefehlshaber der Russen Nikolai-Nikolajewitsch, der ein ebenso großer Hasser der Deutschen, wie ein guter, vom Glück freilich nicht begünstigter Führer war. Es fehlt hier auch der Nachfolger im russischen Oberbefehl — der Zar selbst, der seine Verantwortlichkeit mit seinem und dem Tode seiner Familie bezahlt hat. Von den Italienern wird allein Sonnino genannt. Warum nicht der italienische Tyräus Gabriele d'Annunzio? Aus Österreich-Ungarn wird Tisza genannt. Man würde ihn heute höher einschätzen, hätte er an seiner ursprünglichen Meinung über den Krieg festgehalten. Er bißte zuletzt auch das, was der frühere Tisza, Deaks Gegner, verbrochen hatte. Was Deutschland betrifft, so wird da mit allem Recht Ludendorff genannt.

Am besten ist die Schilderung der Verantwortlichen da, wo der Verfasser des Buches Zeuge von

dem ist, was er selbst gesehen und gehört hat. Die Schilderung, wie aus Böhmen das geworden ist, was es heute in der Welt bedeutet, ist unvergleichlich schön. Wer die Bücher von Rätzl liest, wird erraten, was die Zukunft bringt und wissen, warum es so kommen mußte. Man lese in diesem Buche Stellen, wie etwa Seite 216 und die folgenden, wie und durch welche Mittel Masaryk in die Höhe kommt, wie die Tschechen im Frieden ein Heer für ihren künftigen Staat in ihren Sokols schaffen und wohin es schließlich kommen muß und heute noch, heute, vierzehn Jahre nach dem Kriege, heute, wo zwei Minister des Kabinetts Deutsche sind, haben Masaryk und die beiden Minister nicht den Einfluß es zu ermöglichen, daß in der Hauptstadt Prag ein Kaufmann unter zehn Aufschriften auch eine deutsche anbringen, ein deutsches Plakat anheben darf. Nicht einmal die Wahlplakate der Deutschen dürfen deutsch geschrieben sein. Doch genug. Man hat es mit einem ernstem Buche zu tun, das die Wahrheit verkündet und dem recht viele Leser zu wünschen sind. J. Josefth.

TAGESPOST (Graz)

Nr.: 101

TAG: 11. 4. 1933, 3f.

Graf Berchtold und die Depesche über das Gefecht von Temes-Rubin.

Zu Duschinskys Franz-Josef-Drama.

Ich habe mich verpflichtet gefühlt, aus der Reihe der Szenen, die in Duschinskys Drama „Kaiser Franz Josef“ nicht zutreffend dargestellt sind, jene herauszugreifen, die sich mit der Annexion Bosniens und der Herzegovina befaßt, und habe mich bemüht, den Nachweis zu erbringen, daß die Annexion nicht — wie von dem sozialdemokratischen Redner Viktor Adler behauptet wird — ein „überflüssiger“ Akt habsburgischer Hauspolitik, sondern eine Staatsnotwendigkeit war. Heute sei jener Vorwurf zurückgewiesen, der den Minister des Äußeren Grafen Berchtold belastet, eine Depesche, die von Wichtigkeit für den Entschluß des Kaisers zur Kriegserklärung an Serbien war, unterschlagen zu haben. Graf Berchtold hat sich gegen diese ein Verbrechen bedeutende Entstellung der Tatsachen verwahrt. Sein Protest ist ohne Wirkung geblieben. Es erübrigt somit nur der Weg der Presse, um einen Staatsmann, der — man mag seine Tätigkeit wie immer beurteilen — jedenfalls im Vollbewußtsein seiner Verantwortung gehandelt hat, in Schutz zu nehmen. Die Zornstimmung, ein Minister des Kaisers Franz Josef hätte eine Unterschlagung eines Dokumentes, selbst in einer weit weniger wichtigen Angelegenheit gewagt, ist so absurd und zeugt von völliger Unkenntnis der Verhältnisse im alten Kaiserreich, daß man sichtlich darüber hinweggehen könnte, wenn es sich nicht um ein Bühnenwerk handeln würde, das von Tausenden gesehen und „geglaubt“ wird. Es mag vom Regiestandpunkt schwer sein, ein welthistorisches Geschehen, wie es der Entschluß des Kaisers war, einen Krieg zu erklären, der einen Weltbrand entfesseln konnte, in eine knappe Bühnenszene zusammenzufassen. Das bietet aber keine Rechtfertigung dafür, diese Szene durch eine historische Unwahrheit zu entstellen. In Wirklichkeit hat sich die Episode mit der Depesche über das Gefecht bei Temes-Rubin wie folgt abgepielt:

Als die Frist des Ultimatus der Österreichisch-ungarischen Monarchie an Serbien ohne befriedigende Antwort abgelaufen war, wurde am 25. Juli abends die teilweise Mobilisierung gegen Serbien angeordnet. In der Besorgnis, daß andere Mächte sich in diesen Konflikt mengen könnten, beantragte der Außenminister Graf Berchtold beim Kaiser, sofort den Krieg an Serbien zu erklären. Dem Außenminister schwebten hierbei die zweifelhaften Erfolge der Interventionen anlässlich der Annexion im Jahre 1908/09 und jener des Jahres 1912/13 vor, da Serbien vieles versprochen und nichts gehalten hatte. Der Chef des Generalstabes vertrat den Standpunkt, daß der Drohung unmittelbar die Tat folgen müsse; er war daher für die Kriegserklärung an dem Tage, da die für die Operationen gegen Serbien bestimmten Kräfte aufmarschiert waren, was am 12. August zu erwarten war. Provokative Handlungen Serbiens konnten den Kriegszustand allerdings früher auslösen. Tatsächlich traf um Mitternacht vom 26. auf den 27. Juli eine Meldung des Korpskommandos

in Budapest ein mit dem Wortlaut: „Temes-Rubin. Serbische Soldaten auf Schiff auf eigene Truppen Feuer eröffnet, großes Geplänkel, Anzahl Tote und Verwundete nicht bekannt.“ Wie sich später herausstellte, lag dieser Meldung die Tatsache zugrunde, daß Stromwachen des k. und k. Feldjägerbataillons Nr. 23 ohne Kampf einen Dampfer mit serbischen Reservisten an Bord gezwungen hatten, in Temes-Rubin anzulegen. Diese wichtig erscheinende Meldung über den ersten Zusammenstoß mit dem Feinde wurde vom Kriegsministerium noch vor der Überprüfung an das Ministerium des Äußeren weitergeleitet, das hierauf die Kriegserklärung konzipieren ließ und zu deren Begründung — außer der Nichterfüllung der Forderungen des Ultimatus — auch den serbischen Angriff bei Temes-Rubin ins Treffen führte. Der bezügliche schriftliche Vortrag an den Kaiser in Sischl enthielt die Stelle: „Die Feindseligkeiten sind tatsächlich eröffnet worden, und es erscheint daher umsomehr geboten, der Armee in völkerrechtlicher Beziehung jene Bewegungsfreiheit zu sichern, die sie nur bei Eintritt des Kriegszustandes besitzt.“ Kaiser Franz Josef zögerte nun nicht mehr mit der Unterzeichnung der Kriegserklärung. Dieser Staatsakt traf in Wien am 28. Juli ein. In der Zwischenzeit hatte sich die Unrichtigkeit der Meldung über das Gefecht bei Temes-Rubin herausgestellt und Graf Berchtold ließ den hierauf bezugnehmenden Satz aus der Begründung der Kriegserklärung streichen und erstattete am folgenden Tag dem Monarchen hierüber Bericht.

Aus diesen Tatsachen geht hervor, daß Graf Berchtold vollkommen korrekt gehandelt hat. Die Kriegserklärung war eine vom Minister des Äußeren als notwendig erkannte Maßnahme, die er dem Kaiser zu beantragen sich verpflichtet fühlte. Die Meldung über eine herausfordernde Tat der Serben konnte Graf Berchtold in dieser Notwendigkeit nur bestärken. Nach dem herausfordernden Benehmen der Serben in all den vorangegangenen Jahren erschien ein Angriff, wie der bei Temes-Rubin gemeldete, durchaus wahrscheinlich. Als sich die Unrichtigkeit der Meldung herausstellte, hat Graf Berchtold die betreffende Depesche nicht in den Sack gesteckt und sie dem noch unentschlossenen Kaiser vorenthalten, sondern er hat deren Inhalt im Text der Kriegserklärung gestrichen und hievon dem Kaiser Meldung erstattet.

Ob die Kriegserklärung vor Erlangung der Operationsbereitschaft der gegen Serbien aufgetretenen Truppen zweckmäßig war, ist eine andere Frage. Der ausgesprochene Kriegszustand hatte zur naturgemäßen Folge, daß die an der Grenze in Sicht des Feindes stehenden Kommandanten sich berechtigt fühlten, dem Feind Abbruch zu tun. So sah sich der Kommandant der Brigade in Semlin, gegenüber Belgrad, veranlaßt, am

29. Juli, gleich nach der Kriegserklärung, die Mobilisation in Belgrad beschleunigen zu lassen. Die Nachricht von der Beschließung Belgrads ging wie ein Lauffeuer durch sämtliche Staatskanzleien und gab vor allem dem zum Krieg entschlossenen russischen Außenminister Sazanow die willkommene Handhabe, den noch schwankenden Zaren zur Unterzeichnung des Mobilisationsbefehles zu bewegen, wodurch der Krieg ins Rollen kam.
FML. d. R. August von Urbanstki.

TAGESPOST (Graz)

Nr.: 140

TAG: 22. 5. 1933

Lloyd Georges Kriegsmemoiren.

A. B. London, Mitte Mai.

Lloyd George, der im Jänner dieses Jahres seinen siebzigsten Geburtstag feierte, spielt zwar immer noch eine Rolle in der englischen Politik, aber die Tage seiner Macht und Größe sind unwiederbringlich dahin. Sein Niedergang vollzog sich schneller als er selbst und seine Freunde noch vor wenigen Jahren hätten ahnen können. Während der zweiten Kriegshälfte war Lloyd George der unumschränkte Gebieter der Nation. Später wurde er der Führer der liberalen Partei. Heute ist er das Haupt der Kleinsten der verschiedenen liberalen Unterhausfraktionen, nämlich des aus drei Personen — ihm selbst, seinem Sohn und seiner Tochter — bestehenden Familiengruppchens der Lloyd George-Liberalen. Natürlich darf der Einfluß, den der alte Kämpfer bis zu einem gewissen Grade immer noch ausübt, nicht an der zahlenmäßigen Stärke seines Fraktionchens gemessen werden. Lloyd George ist dank seiner Vergangenheit und seiner ausgesprochenen Persönlichkeit ein Faktor an sich, unabhängig vom Parteigetriebe, und der Kimbus, der seinen Namen umwickelt, ist noch nicht ganz verblichen. Aber er ist eben doch nur ein schwacher Abglanz einstigen Leuchtens.

Lloyd George selbst scheint sich mit seiner Ausschaltung aus der aktiven Politik abgefunden zu haben. Nur sehr selten noch erscheint er im Unterhaus und greift in die Verhandlungen ein, und wenn er es tut, so findet er achtungsvolles Gehör. Aber das ist alles. Man genießt die temperamentvollen Ausführungen des besten englischen Redners der Gegenwart um ihrer selbst willen, aber man räumt ihnen keinen Einfluß auf das Abstimmungsergebnis ein. Lloyd George weiß das und bleibt — besondere Gelegenheiten ausgenommen — den Sitzungen fern. Aber wenn er in Westminster nicht mehr viel spricht, so schreibt er desto mehr in Ehurt,

seinem Lande. Seine Tätigkeit als Journalist und Publizist hat ihm ein ansehnliches Vermögen eingebracht. Die Summe, die er für seine sieben abgeschlossenen Kriegsmemoiren einstreichen wird, dürfte, unter Berücksichtigung der Einnahmen aus der Vergebung der Übersetzungsrechte, in die Hunderttausende gehen. Es ist in der Tat sehr wahrscheinlich, daß Lloyd Georges Kriegsmemoiren das meistverkaufte Buch des Jahres sein werden.

„Daily Telegraph“ beginnt in den nächsten Tagen mit dem Vorabdruck. Das Blatt zahlt, wie verlautet, für die Zeitungsrechte allein zehntausend Pfund. Das ist vielleicht nicht zu viel, denn die Erwerbung der Kriegsmemoiren des Mannes, der mehr als jeder andere in der Lage ist, einen Blick hinter die Kulissen der Londoner Kriegsbühne zu vermitteln, ist nicht nur ein erstrangiger „Griff“ der Redaktion, sondern wahrscheinlich auch ein gutes Geschäft, das die Auflage des „Daily Telegraph“ beträchtlich in die Höhe treiben wird. Es heißt, daß drei Londoner Blätter Lloyd George mit Angeboten bestürmt haben, und daß eine amerikanische Zeitung den „Daily Telegraph“ wesentlich überboten habe. Lloyd George habe sich aber gescheut, durch einen Abschluß mit dem amerikanischen Verleger die englische Kritik herauszufordern.

„Daily Telegraph“ macht in Anzeigen darauf aufmerksam, daß die Memoiren aufsehenerregende Enthüllungen bringen werden. Das Publikum werde zum ersten Male intime Einzelheiten über die Sorgen und Schwierigkeiten der Nation, besonders während der ersten Kriegsmomente, erfahren. Lloyd George schildere die damalige Lage mit bemerkenswerter Offenheit. Er zerstöre Reputationen und die Kritik, die er an Zuständen und Persönlichkeiten ausübe, mache weder vor Toten noch vor Lebenden halt. Namentlich Lord Ritchener werde scharf angegriffen, dem Lloyd George vorwerfe, daß er Berichte

ARBEITERKAMMER FÜR WIEN
DOKUMENTATION

TAPEPOST (6782)

1917. 2. 23

140

des englischen Oberbefehlshabers in Frankreich, Sir John French, die er dem Kabinett hätte weitergeben müssen, unterschlagen habe. Hätte die Regierung Kenntnis von dem gehabt, was Kitchener wusste und verschwiegen, so würde sie wahrscheinlich Maßnahmen getroffen haben, die dem ganzen Krieg eine andere Wendung gegeben hätten.

Einem britischen Staatsmann — der Name wird in der Anzeige des „Daily Telegraph“ nicht genannt — macht Lloyd George

den Vorwurf, daß er eine Karte, deren Auspielung den Krieg verhindert haben würde, versteckt gehalten habe. Von einem „berühmten Feldmarschall“ heißt es, er habe an geistiger Arterienverkalkung gelitten, und jeder Versuch, ihn zum Handeln in einem bestimmten Sinne zu bringen, habe einen Schlaganfall zur Folge gehabt. Diese und ähnliche kleine Kostproben haben ihren Zweck, den Appetit des Publikums anzuregen, nicht verfehlt.

TAGESPOST (Graz)

URBANSKI, Aug.

Nr.: 208

TAG: 30. 7. 1933

Wie die Welt in den großen Krieg verwickelt wurde.

Auf Grund von Aufzeichnungen des englischen Staatsmannes Lloyd George.

Von FMR. August v. Urbanski.

In seinen Erinnerungen an den Weltkrieg widmet Lloyd George ein eigenes Kapitel der Untersuchung der Frage, wie es kam, daß im August 1914 ein großer Bruchteil der Bewohner der ganzen Erde ahnungslos in einen der blutigsten Kriege verwickelt wurde, den die Menschheit je gesehen hat. Wer war für diesen Krieg verantwortlich? fragt Lloyd George nachträglich — eine Frage, die vom Standpunkt der dem Deutschen Reich zugeschriebenen Kriegsschuld von größtem Interesse ist. Nach Lloyd Georges Ansicht ahnte selbst der weitblickende Staatsmann im Sommer 1914 nicht, daß der Frühherbst Völker aller Erdteile in einen Kampf auf Leben und Tod verwickelt sehen werde. Alle, die in den ersten Wochen des Juli harmlos an der Heimbringung der Ernte arbeiteten, dachten nicht im entferntesten an die Möglichkeit, daß der August ihnen eine Einberufung zum Kriegsdienst bringen werde, und daß sie berufen waren, in einen Kampf zu treten, der Millionen dahinraffen und weitere Millionen zu Krüppeln schlagen sollte.

Als Lloyd George von der Ermordung des österreichischen Thronfolgerpaares erfuhr, hatte er wohl die Empfindung eines ersten Zwischenfalles, der eine geschickte Behandlung erforderte, um in den Folgen lokalisiert zu bleiben. Seine Sorgen schwanden aber bald, als er wahrnehmen mußte, mit welcher Ruhe die Herrscher und Diplomaten diesen Mord hinnahmen. Der „Kaiser“ fuhr zu seinem gewohnten Nachtausflug in die Fjorde Norwegens, sein Kanzler zur Jagd auf sein

schlesisches Gut, der leitende Kopf im deutschen Außenministerium begab sich gar auf die Hochzeitsreise, der Chef des deutschen Generalstabes v. Moltke in ein ausländisches Bad. Der Präsident der französischen Republik und sein Ministerpräsident befanden sich auf einem Staatsbesuch und kehrten am 29. Juli nach Paris zurück. Das englische Außenamt bewahrte seine gewohnte Ruhe und fand es nicht einmal notwendig, das Kabinett mit der aus dem Thronfolgermord sich ergebenden politischen Lage zu beschäftigen. Im Juli hatte Lloyd George eine Dame der ungarischen Gesellschaft getroffen, die sehr erstaunt war, daß man die Sache so leicht nähme, während in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie diese Tat einen noch nie dagewesenen Sturm der Entrüstung erweckt hatte, woraus ein Krieg mit Serbien sich ergeben müsse. Die amtlichen Berichte standen mit dieser Auffassung nicht im Einklang. Vor der Kabinettsitzung am 4. August, in der der Krieg gegen das Deutsche Reich beschlossen wurde, hatte kein Ministerrat stattgefunden, der sich mit der außenpolitischen Lage als Folge des Thronfolgermordes befaßt hätte. England war um diese Zeit weit mehr mit der irischen Frage beschäftigt, die die Aufmerksamkeit der Regierung voll auf in Anspruch nahm.

Als am 24. Juli die irische Frage im Zimmer des Ministerpräsidenten im Unterhaus wieder besprochen wurde, ersuchte Mr. Churchill die Mitglieder des Kabinetts, ihm noch eine Weile Gehör zu schenken. Er erwähnte zum erstenmal, daß sich die Dinge zwischen Österreich und Serbien ernster zu gestalten beginnen, er war aber voll der Hoffnung, daß die Besprechungen zwischen Österreich und Rußland zu einer friedlichen Austragung führen werden. Mit dieser Versicherung ging der Ministerrat auseinander. Am folgenden Tag reiste der englische Außenminister, Sir Edward Grey, nach Hampshire, um zu fischen, alle anderen

Minister folgten seinem Beispiel und verließen London. Der folgende Sonntag brachte sehr alarmierende Nachrichten aus Irland. Am selben Tag hatten der russische Botschafter in Paris, Iswolski, und der französische Botschafter in Petersburg, Paléologue, erklärt: „Diesmal bedeutet es den Krieg.“ An diesem Tag äußerte sich auch der russische Außenminister Sazonow Paléologue gegenüber in ähnlichen Worten. Diese Nachrichten rüttelten erst das englische Außenamt aus seiner Ruhe. Es wurde um Sir Edward Grey telegraphiert. Aber auch dann noch sprachen die Mitglieder der Regierung voll Zuversicht, daß der Krieg vermieden werden würde.

Lloyd George hat während des Krieges und nach diesem die umfangreiche Literatur über die Kriegsschuld studiert; er ist zur Erkenntnis gelangt, daß von den Herrschern und den leitenden Staatsmännern keiner den Krieg gewollt hat. Eine mögliche Ausnahme macht er nur gegenüber dem Außenminister der Österreichisch-Ungarischen Monarchie; alle anderen Staatsmänner seien vor dem Gespenst des Krieges zurückgeschreckt. Ganz unsinnig ist der Vorwurf, der betagte Kaiser Franz Josef habe einen europäischen Krieg gewollt. Der schwache, einfache aber aufrichtige Zar wollte gewiß auch nicht den Krieg, und sein erster Berater Sazonow verriet einen Abscheu davor. In des Zaren intimsten Kreisen warnte man — vor allem Rasputin — denn man sah im Krieg eine Gefahr für die Dynastie. Die österreichischen und deutschen Staatsmänner wünschten zweifellos eine Auseinandersetzung mit Serbien, die das Prestige Österreichs wiederherstellen sollte. Das Deutsche Reich hätte dabei die Gelegenheit gehabt, sich als Herr in Europa und als Schiedsrichter aufzuspielen. Das Letzte aber, was diese Männer wünschten, war ein „Präriebrand, der den ganzen Kontinent in ein Feuermeer verwandeln würde“. Von keiner Seite erscholl eine mahnende Stimme, die diesem Treiben Halt gebot, denn unglückseligerweise war die Welt gerade damals arm an Beratern. „Wäre im Reich ein Bismarck, in England ein Palmerston und in Amerika ein Roosevelt dagewesen“, dann glaubt Lloyd George, daß die Katastrophe vermieden worden wäre.

Bethmann-Hollweg, Poincaré, Viviani, Berchtold, Sazonow und Grey waren tüchtige, erfahrene, ehrenwerte Männer, es fehlte ihnen aber die Voraussicht, die den Ereignissen vorseht. „Sie waren erprobte Seefahrer bei ruhigem Meer, aber hilflos im Teufel.“ In Deutschland, das in diesem Konflikt die entscheidende Rolle spielte, stand an der Kommandobrücke ein Mann, der in seinen Weisungen für die Führung der auswärtigen Politik niemals die Kriegsgefahr erkannte und der nach Norwegen fuhr, wo er seine Informationen in der kritischen Zeit aus lokalen Blättern schöpfte. Als er zurückkam und erkannte, daß

er in einem großen europäischen Konflikt stand, schrak er offensichtlich vor dieser Aussicht zurück, aber er hatte nicht die Kraft, seine Verfügungen rückgängig zu machen, er fürchtete der Feigheit geziehen zu werden und ließ sich immer weiter in das Unglück ziehen, das er weder durch politische Schulung, noch durch Talent und Temperament zu meistern vermochte. Lloyd George faßt seine Anschauung über die Kriegsschuld in das originelle Urteil zusammen: „Wenn ich als Richter über die Männer zu urteilen hätte, die zu jener Zeit über Krieg oder Frieden zu entscheiden hatten, würde ich sie eher wegen ‚Totschlag‘ als wegen ‚Mordes‘ verurteilen.“

Der 4. August 1914.

Nach Kriegserinnerungen von Lloyd George.

Der 4. August 1914 war ein verhängnisvoller Tag in der Geschichte der Menschheit, er brachte die Entscheidung über den Eintritt Großbritanniens in den Weltkrieg. Im Osten wie im Westen Europas waren schon gewaltige Armeen in Bewegung. Auf den Eisenbahnen und Straßen wälzten sich Kolonnen von Menschen, schweren Geschützen und endlose Munitionstransporte den Grenzen zu. Gab es unter diesen Verhältnissen noch eine Hoffnung, die Weltkatastrophe zu verhindern? Eine schwache Aussicht gab es noch für England, nicht in dieses Drama mit hineingezogen zu werden — die Neutralität Belgiens war noch nicht verletzt worden. Deutschland hatte den Vertrag, der die Neutralität Belgiens garantierte, mit unterzeichnet. Wird Deutschland diese Verpflichtung einhalten? Das war die entscheidende Frage für Englands Stellungnahme zum Krieg. Frankreich hatte sich durch Verträge verpflichtet, Rußland in jedem Konfliktfall mit Deutschland zu unterstützen. Für England bestand diese Verpflichtung nicht. Die Vorsicht gebot jedoch, jene militärischen Maßnahmen zu treffen, die England die Möglichkeit eines aktiven Eingreifens in die Ereignisse sicherten. Im Ministerrat nahm Lloyd George den Standpunkt ein, daß sich England so lange nicht in den Streit der kontinentalen Staaten zu mengen habe, als die Neutralität Belgiens von Deutschland geachtet werde. Diese Aussicht schwand bald dahin. Bedeutende deutsche Kräfte waren in der Versammlung an der belgischen Grenze gemeldet, kurz darauf wurde bekannt, daß Deutschland an die belgische Regierung die Aufforderung gerichtet habe, den Durchmarsch deutscher Truppen durch belgisches Gebiet zu gestatten, was von der belgischen Regierung abgelehnt wurde.

Als die englische Regierung hiervon erfuhr, sandte sie eine befristete Warnung an Deutschland. Wenn bis Mitternacht des 4. August keine Sicherheiten gegeben würden, so sehe Großbritannien keinen anderen Weg, als die Einhaltung der Verträge zu erzwingen. Es war ein Tag voll der aufregendsten Gerüchte — amtliche Nachrichten aus Deutschland fehlten. Bis zum Abend verdichteten sich die Meldungen über deutsche Bewegungen gegen die belgische Grenze. Kurz nach 9 Uhr wurde Lloyd George zu einer dringenden Kabinettsitzung berufen. Außer dem Ministerpräsidenten Mr. Asquith hatten sich der Leiter des Außenamtes Sir Edward Grey, der Kriegsminister Lord Haldane und andere Kabinettsmitglieder eingefunden. Es war eine nicht chiffrierte Depesche des deutschen Auswärtigen Amtes an die deutsche Botschaft in London aufgenommen worden mit dem Wortlaut: „Englischer Botschafter hat nach 7 Uhr abends seine Pässe abverlangt, was Kriegserklärung gleichkommt. Jagow.“ Vom englischen Botschafter in Berlin lag noch keine Nachricht vor, sie war angeblich in Deutschland zurückgehalten worden. Es wurde die Vermutung ausgesprochen, daß es sich um ein Manöver deutscherseits handeln könne, mit der Absicht, eine überraschende Unternehmung gegen englische Schiffe oder gegen die Küste durchzuführen. Es entstand die Frage, ob unter diesen Umständen das Ablaufen der Frist für die deutsche Antwort abgewartet werden sollte.

In dieser historischen Stunde saßen an dem grünen Tisch jenes Raumes, der wiederholt Zeuge schwerwiegender Entschlüsse in der Geschichte Englands war, die verantwortlichen Staatsmänner im mystischen Dunkel einer spärlichen Beleuchtung vor einem Entschluß, wie er folgenschwerer kaum je an englische Staatsmänner herangetreten war. Wenn auch vorausgesetzt war, daß die Ad-

mineralität Vorkehrungen zum Schutz der Flotte und der Küste getroffen haben dürfte, war doch zu entscheiden, ob mit der Kriegserklärung noch bis Mitternacht zugewartet werden durfte. Mitternacht in Berlin war nach der Greenwicher Zeit 11 Uhr nachts. Es wurde beschlossen, bis 11 Uhr zu warten. Als diese Stunde nahte, erfüllte eine gewitterschwüle Atmosphäre den Raum. In banger Sorge wanderten die Blicke der Anwesenden von der Tür zur Uhr, es wurde kaum ein Wort gewechselt. Endlich schlug Big Ben die elfte Stunde. Jeder Glockenschlag bedeutete das Schicksal Großbritanniens. Die stärkste Militärmacht der Welt sollte zum Kampf herausgefordert werden. Frankreich allein war hierzu zu schwach, Rußland befand sich in einem Zustand der Desorganisation, seine Armee war schlecht ausgerüstet, im Innern war Rußland korrupt. England nahm eine schwere Bürde auf sich. Trotzdem bestand kein Zweifel über die einzunehmende Haltung. Ein Schauer der Verantwortung erfaßte jeden,

der in dieser Schicksalsstunde des Reiches mit zu entscheiden hatte. Niemand ahnte wohl damals, daß mehr als vier Jahre vergehen würden, Jahre des Sterbens, des Leidens, der Zerstörung, des wildesten Kampfes, den je die Menschheit gesehen, in dem zwölf Millionen der Besten ihrer Völker das Leben lassen mußten, ehe wieder Friede eintrat, ein Friede, gefolgt von Revolutionen, von Hungersnot, Anarchie und wirtschaftlichem Elend... „Und doch, wenn all dieser Jammer am 4. August 1914 hätte vorausgesehen werden können — wir hätten nicht anders handeln können“, schreibt Lloyd George in seinen Erinnerungen! Zwanzig Minuten nach 11 Uhr trat Mr. Winston Churchill ein und eröffnete, daß die Kriegsflotte schon vom Ausbruch der Feindseligkeiten verständigt worden sei und hienach handeln werde. Weiteres konnte an diesem Abend nicht mehr verfügt werden. Der Kabinettsrat löste sich auf. Der Kriegszustand zwischen Großbritannien und Deutschland bestand zu Recht.
Feldmarschalleutnant v. Urban ski.

Die Kriegserinnerungen Lloyd Georges.

Von F.W. d. R. August v. Urbanski.

Das Erscheinen zweier neuer Bände der Kriegserinnerungen von Lloyd George erregt die größte Aufmerksamkeit in England, wo die bisherigen Enthüllungen dieses Staatsmannes Anlaß zu der lebhaftesten Stellungnahme seitens der Politiker wie der Militärs gegeben haben. Aber auch außerhalb des britischen Reiches sieht man mit gespannter Aufmerksamkeit den Eröffnungen dieses Mannes entgegen, der in den eben erscheinenden Bänden seiner Aufzeichnungen in jene Zeit leuchtet, die wohl die bangsten Schicksalsstunden der Verbündeten waren, in denen die Angst vor einem deutschen Sieg wie ein Alp auf den Völkern und den Regierungen der Gegner lastete. In diese Zeit fällt die Berufung Lloyd Georges zur Leitung der Schicksale des britischen Reiches, jenes Mannes, der als Munitionminister durch seinen starken Willen das Vaterland vor dem unvermeidlichen Zusammenbruch auf dem Schlachtfeld gerettet hatte und nunmehr das in ihn gesetzte Vertrauen rechtfertigen sollte, den Krieg zu einem siegreichen Ende zu führen.

Die rücksichtslose Offenheit Lloyd Georges in seinen bisher verlaublichen Kriegserinnerungen sichert ihm deren Einschätzung als historische Dokumente von hohem Wert. Unumwunden offen schreibt Lloyd George von den Sorgen, wie sie kaum je einem Staatsmann in führender Stellung schwerer bedrückt haben. Je geringer die Zahl jener wird, die, aus eigener Erfahrung schöpfend, die folgenschweren Ereignisse jener entscheidenden Jahre zu rekonstruieren vermögen, desto wertvoller wird die Stimme dieses Mannes, den das Schicksal berufen hatte, die entscheidende Sprache zu führen, die zum Sieg oder zum Untergang Englands führen konnte, in dessen Hand nicht nur die Zukunft der Verbündeten, sondern auch jene der mitbetroffenen gesamten Welt lag. Die zwei neuen Bände behandeln im großen die Ereignisse des Jahres 1917, des ersten Jahres der Ministerpräsidentenschaft Lloyd Georges. In der ersten Dezemberwoche des Jahres 1916 drang in England immer deutlicher die Erkenntnis durch, daß diesmal die schon oft erwartete Regierungskrise ernstlich akut geworden sei. Lloyd George, der als Retter des Landes berufene Munitionminister, hatte mit seinem Rücktritt gedroht, wenn nicht eine grundlegende Umgestaltung des Kriegskomitees erfolgte. Diese Drohung des zu großer Popularität gelangten Munitionministers rüttelte die öffentliche Meinung auf, die bis dahin gewohnt war, in Mr. Asquith, der schon seit 1907 an der Spitze der Regierung stand, den berufenen Leiter der Geschicke des Reiches zu sehen.

Die Sorgen legten sich immer schwerer auf das britische Volk. Die verlustreichen resultatlosen Kämpfe bei Loos waren noch in bedrückender Er-

innerung, das Fehlschlagen des Gallipoli-Unternehmens hatte große Hoffnungen begraben, das Scheitern der an die Somme-Offensive geknüpften Erwartungen, die nur entsetzliche Verluste und nicht den geringsten Erfolg gebracht hatte, waren schwere Belastungsproben für die öffentliche Meinung im britischen Reich. In der Yttland-Schlacht hatte die Flotte angeblich gesiegt, die deutsche Flotte war zur Rückkehr in ihre Heimat Häfen gezwungen worden — aber um welchen Preis? Noch beherrschten die englischen Kriegsschiffe das Oberwasser, was ging aber unter dem Wasser vor sich? Die deutschen Unterseeboote führten einen unerbittlichen Kampf gegen die Handelsschiffe, die das britische Volk vor dem Gespenst der Hungersnot bewahren sollten. Wer würde in diesem Kampf der endgültige Sieger bleiben? Würde England so lange durchhalten können, bis der uneingeschränkte U-Boot-Krieg endlich den Präsidenten Wilson zum Eingreifen auf der Seite der Entente veranlassen werde? Und wenn Amerika zu Hilfe kam, vermochten die deutschen U-Boote die Truppentransportschiffe nicht ebenso zu versenken wie die Frachtschiffe mit den Lebensmitteln und Rohstoffen, ohne die der Widerstand aussichtslos wurde? Das Schicksal Englands schien besiegelt, wenn es nicht gelang, ein Mittel gegen die U-Boote zu finden. „Die Masse des britischen Volkes hatte es zum Glück nie ganz erfaßt“, schreibt Lloyd George, „wie nahe der Untergang war, als immer mehr Handelsschiffe im Meer versanken und vor welchen Sorgen die Regierung gerade in den ersten Monaten des Jahres 1917 stand, als die Zahl der versenkten Tonnen ihren Höchststand erreicht.“ Selbst als der Ernährungsminister immer dringendere Verordnung betreffend die fleischlosen Tage, die Rationierung des Brotes und anderer Lebensmittel erließ, herrschte noch keine klare Erkenntnis für die Schwere der Lage.

Die neue Regierung ging nun sehr tatkräftig ans Werk. Der Pflug kam wieder zu Ehren, die Farmer und Landwirte erfuhren, was sie anbauen hatten, es wurden Maximalpreise festgesetzt, die Nahrungsmittel allen Bevölkerungsklassen im gleichen Ausmaß zugewiesen. Geführt von einer zielbewußten Regierung, drang allmählich der Wille durch, bis zum siegreichen Ende dieses Kampfes durchzuhalten. Die Öffentlichkeit war sich aber auch der Schwere der militärischen Lage nicht voll bewußt. „Ein glückliches Schicksal hatte es gefügt, daß sich Deutschland in den erbitterten Kämpfen um Verdun auftrieb“, äußert sich Lloyd George. „Hätte Deutschland nach dem Erfolg der Frühjahrsoffensive 1915 gegen Rußland die Offensive auf diesem Kriegsschauplatz bis zu einem entscheidenden Ende geführt, dann wäre es den Russen niemals möglich gewesen, im Jahre 1916 die Adler des Zaren wieder bis an die Karpathen zu tragen.“ Auf dem westlichen Kriegsschauplatz sah es geradezu trostlos aus. Die am 1. Juli begonnenen englischen Angriffe an der Somme waren die verlustreichsten in der englischen Kriegsgeschichte. Die Blüte der Kitchener-Armee verblutete in aussichtslosen Angriffen, bei denen wenige Meter Geländegewinn mit entsetzlichen Opfern erkauf-

murden. Die deutsche Armee stand nach der Somme-Offensive noch ungebrochen da. Kurz vor der Übernahme der Regierung durch Lloyd George hatte der Kriegsrat der Verbündeten in Chantilly die Kriegspläne für 1917 festgelegt — eine Reihe verschärfter, rein frontaler Angriffe auf mehreren Frontabschnitten gegen die wohlbefestigten feindlichen Stellungen — Aktionen, die einen durchschlagenden Erfolg ausschlossen. Mit diesem aussichtslosen Erbe belastet, trat die neue Regierung ihr Amt an. Die Franzosen stießen diese Pläne wohl um, als Joffre durch General Nivelle ersetzt wurde. Dies zwang auch die Briten, ihre Pläne zu revidieren, schon, weil die Deutschen an der Somme sich auf rückwärtige stärkere Stellungen zurückgezogen hatten. Die britische Heeresleitung verlegte hierauf die Hauptaktion in die Sumpfgegend von Paschendaele. „Immer noch wurde dort angegriffen, wo der Gegner am stärksten war!“

Lloyd George schreibt mit größter Offenheit über das Fehlen jeglichen Vertrauens des neuen britischen Regierungschefs in die militärische Führung. Vom ersten Tag an zweifelte er an dem Gelingen des Manes des Marschalls Haig, der sich mit der Hoffnung trug, die Deutschen von der belgischen Küste zu vertreiben. Es sind die lesenswertesten Seiten der Kriegserinnerungen des englischen Premiers, in denen er darüber klagt, wie wenig zutreffend das britische Hauptquartier die Ausichtslosigkeit eines Kampfes auf dem gewählten Schlachtfeld beurteilte und wie hartnäckig das britische Oberkommando trotz der Einsprache ernst zu nehmender Unterführer auf der Durchführung immer wieder frischer Angriffe bestand, die zu einem resultatlosen Massaker führten. Die Misserfolge bei Paschendaele verschärften die politische Lage zu einer Zeit, als bei den Franzosen umfangreiche Meutereien größerer Verbände Zeugnis von dem Niedergang der Moral französischer Truppen gaben und bei den Italienern die Rückwirkungen der Niederlage von Karfreit, die Preisgabe großer Landstriche unter Einbuße einer enormen Zahl an Gefangenen und namhaften Kriegsmaterials eine Katastrophe bedeuteten.

Diese Misserfolge abzuwenden, lag nicht in der Macht des Ministerpräsidenten, der die militärischen Operationen als Erbe übernommen hatte und zu jener Zeit noch nicht stark genug war, sie abzulehnen. Lloyd George stand damals auf dem Standpunkt, daß alle Anstrengungen dahin zu richten seien, die Österreicher so empfindlich zu schlagen, daß sie zu einem Separatfrieden gezwungen werden. Diese schwerwiegenden Ereignisse des Jahres 1917 füllen die beiden neuen Bände der Kriegserinnerungen Lloyd Georges. Man entnimmt ihnen mit objektiver historischer Treue die Auswirkungen der Kämpfe zu Land und zur See, man lernt die handelnden Staatsmänner dieser Kriegsepoche kennen und erfährt von dem Gange und Bange der Verbündeten in diesem ihrem schwersten Krisenjahr des Weltkrieges.

Hatte Tirpitz oder der Kaiser recht?

Die Wiederverkehr der Tage, da England vor zwanzig Jahren den Entschluß faßte, in den Krieg der Kontinentalmächte einzugreifen, löst in der englischen Presse immer wieder die Erinnerung an die Folgen dieses Entschlusses aus, die sich bald wie ein schwerer Alp auf die gesamte Bevölkerung legten. Heute weiß man, daß über die Verwendung der deutschen Hochseeflotte eine wesentlich verschiedene Auffassung zwischen dem Großadmiral Tirpitz und dem Kaiser bestand. Unter dem Titel: „Hatte Tirpitz oder der Kaiser recht?“ bespricht ein englischer Marinesachmann die Aussichten einer Aktion der deutschen Flotte gegen das Mittelmeer August 1914 in der Uberschiffung über den Kanal begriffene englische Expeditionskorps. Am 15., 16. und 17. August befanden sich vier englische Infanteriedivisionen — zwei Drittel der für den europäischen Kriegsschauplatz bestimmten britischen Streitkräfte — auf dem Transport über den Kanal. Die Landung auf französischem Boden war für den 17. und 18. August in Aussicht genommen. Höchste Spannung herrschte in England, wie sich die deutsche Flotte dazu stellen werde. Unmittelbar nach der britischen Kriegserklärung hatte Admiral Tirpitz den Kaiser beschworen, die gesamte Hochseeflotte nach der Nordsee zu dirigieren, wo sie einen entscheidenden Kampf mit der britischen Flotte suchen sollte. Der Kaiser verweigerte seine Zustimmung. Er hatte angeblich mit Bethmann-Hollweg besprochen, die Flotte als einen mächtigen

Factor für die Friedensverhandlungen intakt zu erhalten, die man in Deutschland nach den überwältigenden Anfangserfolgen allgemein noch vor Weihnachten 1914 erwartete. Tirpitz, der Einzige in der Umgebung des Kaisers, der die Aufgabe der Flotte in dem großen Ringen zutreffend übernahm, bestand darauf, daß, falls schon der Einsatz der Schlachtsflotte für ungewöhnlich befunden wurde, wenigstens die leichten Kreuzer und vor allem die U-Boote gegen die Themsemündung, das Dover-Delfilé und gegen den Kanal losgelassen werden.

„Welch reiche Beute winkte den deutschen Schiffen!“ ruft der englische Kritiker aus. „Während der drei kritischen Tage, dem 15., 16. und 17. August, wurden über eine halbe Million Tonnen in 137 Einheiten über den Kanal verschifft. Der Kanal war überfüllt mit Fahrzeugen aller Art, jedes Torpedo, jede Granate hätten ihr Ziel erreicht — wahrhaft ein würdiges „Susarenstüd zur See“ nach Tirpitz' Rezept, gleich „Lügows verwegener Jagd!“ Die Bevölkerung Englands war zu jener Zeit durchaus noch nicht so einheitlich auf den Krieg eingestellt, die Versenkung eines halben Duzend Schiffe, der Verlust weniger tausend Menschen, hätte die Kriegsstimmung wesentlich beeinflusst. In der deutschen Flotte herrschte andererseits eine einheitliche Begeisterung für eine Unternehmung gegen die Flotte Englands, der sich jeder deutsche Matrose ebenbürtig fühlte. Die kampflustige deutsche Flotte hätte den Verlust einiger Schiffe gern in Kauf genommen, um den Krieg mit einem Erfolg über Albions stolze Seemacht einzuleiten. Die englische Admiralität hatte aber alle Maßnahmen für den Schutz des Transportes des

PEPN 8.18 :847

englischen Expeditionskorps über den Kanal getroffen. Bevor noch ein englischer Soldat ein Transportschiff betreten hatte, lag die Große Flotte in voller Stärke nördlich Helgoland. Weiter südlich besand sich ein Kreuzergeschwader unter Admiral de Chair und 40 Zerstörer, sowie mehrere Unterseeboote bewachten die Jade und Ems. Noch weiter südlich wachten Schlachtschiffe der Vor-Dreadnoughtzeit und Kreuzer für die Sicherheit des Transportes. Deutsche Schlachtschiffe und Kreuzergeschwader, selbst größere Zerstörerflottillen, konnten unmöglich diese Absperrung passieren. Hingegen ergaben sich immerhin Möglichkeiten für einzelne Schiffe, vor allem Unterseeboote, die Absperrung zu durchbrechen. „Die Nordsee ist weit, die Sichtverhältnisse häufig beschränkt und das Glück blüht dem Unternehmungslustigen! Niemals während des ganzen Krieges gab es eine so günstige Gelegenheit zu wertvoller Beute! „Ein am 18. August verspätet unternommener schwächlicher Versuch einer Störung des Transportes mißlang gänzlich. Der Kreuzer „Rostock“ wurde bald entdeckt und durch die Zerstörerflottille unter Admiral Tyrwhitt vertrieben.“

In England wird immer wieder die Frage besprochen, wie sich die Dinge gestaltet hätten, wenn Tirpitz' Rat durchgedrungen wäre und die deutsche Flotte versucht hätte, sich gleich in den ersten Tagen mit der englischen Flotte zu messen. Viele Engländer sehen in der Jütlandschlacht im Mai 1916 einen deutschen Erfolg. Mit dem gleichen Maßstab gemessen, konnte eine Seeschlacht im August 1914 zu einem noch größeren deutschen Erfolg werden, denn zu jener Zeit war die englische Überlegenheit,

namentlich an Qualität und Masse des Artilleriefeuers noch nicht so überwiegend, wie 1916. Die Deutschen verdanken ihren Erfolg in der Jütlandschlacht in erster Linie der glänzenden Führung durch Admiral Scheer, in zweiter Linie den Vorsichtsmaßnahmen gegen die Explosionsgefahr durch eindringende Geschosse. Andererseits mußte berücksichtigt werden, daß im August 1914 die deutsche Flotte unter dem Befehl des Admirals v. Ingenohl stand, von dem Tirpitz später erklärte, er hätte nicht die elementarsten Fähigkeiten für einen Flottenführer besessen, daß weiters die Schutzmaßnahmen gegen die Explosionsgefahr erst nach den Erfahrungen des Gefechtes an der Doggerbank im Jänner 1915 durchgeführt wurden.

Der englische Marinesachmann kommt daher zu dem Schluß, daß der Versuch der deutschen Flotte im August 1914 einen Kampf mit der englischen zu suchen, mit einer Niederlage der Deutschen geendet hätte. Andererseits ist man sich in England vollkommen bewußt, daß das Einsetzen eines rücksichtslosen U-Bootkrieges, gleich bei Kriegsausbruch, England auf die Knie gedrückt hätte. Ein jüngst erschienener Auszug aus den Kriegserinnerungen Lloyd Georges schildert den Ernst der Lage in England, als Folge der Ratlosigkeit der Admiralität über die Bekämpfung der deutschen U-Boote. Die Frage, ob Tirpitz oder der Kaiser recht hatte, wird von der Feindeseite dahin beantwortet, daß der Kaiser recht hatte, die Schlachtslotte zu schonen, daß aber Tirpitz im vollen Recht war, als er den rücksichtslosen U-Bootkrieg sofort nach der Kriegserklärung Englands forderte.
Feldmarschalleutnant d. R. August v. Urbanski.

Lloyd Georges „Kriegserinnerungen“.

A. B. London, Ende September.

Der vor einigen Tagen erschienene dritte Band der „Kriegserinnerungen“ von Lloyd George behandelt die Periode von Dezember 1916 bis Juni 1917. Es war ein inhaltsschwerer Zeitabschnitt, denn in ihn fallen die Ernennung Lloyd Georges zum Premierminister, die Verschärfung des Unterseebootkrieges, der Zusammenbruch der russischen Monarchie und damit das Ausscheiden Russlands aus der Reihe der kriegführenden Mächte, die Nivelle-Offensive an der Westfront und ihre erfolgreiche Abwehr, die Krise im französischen Heer, die besonders in der Meuterei im 16. Korps zum Ausbruch kam, und die amerikanische Kriegserklärung.

Schon die beiden vorausgegangenen Bände des Werkes enthielten aufsehenerregende Ausfälle des Politikers und „Amateurs“ Lloyd George gegen die Militärs und Fachleute, „die von Kriegsführung nichts verstanden“. Der vorliegende dritte Band geht in dieser Hinsicht noch viel weiter. Die Kritik an Generalen und Admiralen ist stellenweise so vernichtend, daß zwei der Angegriffenen — die meisten weilen nicht mehr unter den Lebenden — nämlich Admiral Lord Jellicoe und Generalmajor Sir Charles Gwynn, gegen die Darstellung Lloyd Georges Fervahrung eingelegt und ihre Absicht geäußert haben, in den nächsten Tagen in der „Morning Post“ ausführlich darauf zu antworten.

Man weiß, daß Lloyd George während des Krieges in stetem Kampf mit den Militärs lag, die sich der Einmischung eines Laien auf dem Gebiet der Strategie hartnäckig widersetzen. Allerdings meist vergeblich, denn der willensstarke Waliser wußte mit Nachdruck und Erfolg den Standpunkt zu vertreten, daß auch im Kriege der Minister-

präsident über dem Kriegsminister und dem Marineminister stehe. So setzte er gegen die Admiralität, die Kriegsschiffe nicht „unnötig“ aufs Spiel setzen wollte, die Einführung von Geleitzügen („Convoys“) als Deckung und Schutz von Handelsschiffen gegen die U-Boote durch, und ebenso bestand er gegen die Einwendungen des Kriegsministeriums und des Generalstabs auf Entsendung englischer Artillerie an die italienische Front. Die Geleitzüge erwiesen sich mehr oder weniger als erfolgreich, während das englische Eingreifen in Italien nach Lloyd George nur deshalb mit einem Fiasko endete, weil es infolge des Widerstand der Militärs zu spät erfolgte und den italienischen Zusammenbruch nicht mehr verhindern konnte.

Die ständige Reibung mit den Militärs erzeugte in Lloyd George eine Erbitterung, die sich auch heute noch Luft macht und ihn veranlaßt, in seinem Buch u. a. von den „furchtgetriebenen Augen unserer Parade-Admirale“, der „zitternden und blöden Admiralität“ und von der „Mäglischen Impotenz der Admirale der größten Flotte der Welt“ zu reden, „die in ihrer Angst vor einer offenen Seeschlacht mit der „Grand Fleet“ nichts Besseres anzufangen wußten, als sie in Scapa Flow auf Eis zu legen.“

Die Generale kommen nicht besser weg. Sie waren „eingetrocknete Strategen, die einen Durchbruch da, wo er möglich gewesen wäre, nicht zu organisieren verstanden, und da, wo er unmöglich war, unter Verschwendung von Millionen von Menschenleben zu erzwingen versuchten“. — „Marschall Joffre sah sich einem Problem gegenübergestellt, neben dem alle Probleme Napoleons Rinderpiel waren, und er ging an seine Bewältigung heran mit dem Subalternergehirn eines Wellington oder Grant. Er konnte, genau wie sein britischer Partner Haig, nur operieren, wenn das Ziel nicht zu hoch gesteckt war, und wenn er das Operationsfeld mit

seinen eigenen Augen überblicken konnte." —
„Die Deutschen waren an die schwerfälligen
Bewegungen und Vorbereitungen Joffres
und Haigs, die bei günstigem Wind meilen-
weit zu hören waren, gewöhnt, und von
Überraschungen konnte daher keine Rede
sein.“

Auch Präsident Wilson konnte Lloyd
George nichts recht machen. Er war dem
englischen Premier viel zu langsam und vor-
sichtig, sowohl vor als nach dem Eintritt
Amerikas in den Krieg. „Vorher konnte er
sich nicht zur Kriegserklärung entschließen,
sondern quittierte über jeden deutschen
Schlag gegen amerikanische Schiffe mit einem
gefühlvollen schriftlichen Erguß; er hatte
keine Truppen, keine Kanonen, keine Flug-
zeuge, sondern lediglich eine harmlos klap-
pernde Schreibmaschine. Nach der Kriegs-
erklärung betrieb er die amerikanische Mobil-
machung mit einer fast wie Absicht anmuten-
den Gemächlichkeit, mit dem Ergebnis, daß
zwölf Monate nach dem Eintritt Amerikas
in den Krieg nur eine amerikanische Division
dem Feinde gegenüberstand.“

Nach Lloyd Georges Urteil standen die
Verbündeten Anfang 1917 und besonders
nach der deutschen Abwehr der großen Ni-
velle-Offensive „infolge der wenig intelligen-
ten Kriegsführung der französischen und eng-
lischen Militärs am Rande einer Kata-
strophe“. In England wird die Darstellung
Lloyd Georges von einem Teil der Presse als
stark übertrieben hingestellt. Andererseits
muß festgestellt werden, daß es keinen Eng-
länder gibt, der auch nur annähernd über die
Zusammenhänge und die Vorgänge hinter
den Kulissen so unterrichtet ist, wie der
Mann, der als Munitions-, Kriegs- und
Premierminister einen hervorragenden An-
teil an dem Gang der Ereignisse hatte und
wie kein anderer Gelegenheit hatte, sich ein
Urteil über Dinge und Personen zu bilden.
Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der
Ausgang des Krieges im Frühjahr 1917 an
einem Faden hing, und nach der Lektüre
dieses dritten Bandes der „Kriegserinnerun-
gen“ Lloyd Georges kann man Verständnis
dafür aufbringen, daß 18 Monate später die
Bekanntgabe der Waffenstillstandsbedingun-
gen dem Admiral Lord Fisher die Worte ent-
lockte: „Ein Wunder ist geschehen! Das ist
kein Menschenwerk, sondern ein Akt Gottes!“
Und doch war es niederträchtiges Menschen-
werk.

Weitere „Kriegserinnerungen“ Lloyd Georges.

A. B. London, Ende Oktober

Kaum ist die Tinte trocken, die die Rezensenten dem vor einigen Wochen erschienenen dritten Band von Lloyd Georges „Kriegserinnerungen“ widmeten, und schon liegt der vierte Band vor. Er behandelt die Zeit von Juni bis Dezember 1917 und damit in der Hauptsache die englische Paschendale-Offensive, den Feldzug in Palästina und Mesopotamien, die italienische Niederlage bei Caporetto, die Bemühungen des Prinzen Sixtus von Bourbon um den Abschluß eines österreichischen Separatfriedens und die Antikriegspropaganda innerhalb eines Teiles der englischen Arbeiterschaft.

Das Kernstück des vierten Bandes bildet Lloyd Georges Kritik an der Strategie des englischen Oberstkommandierenden Douglas Haig und im Zusammenhang damit eine vernichtende Beurteilung des von Haig aufgestellten und „durchgeführten“ Paschendale-Planes. Die gegen den englischen Oberbefehlshaber gerichteten Angriffe erreichen hier einen Grad von Bitterkeit und Heftigkeit, der selbst bei einem Manne von dem lebhaftesten Temperament Lloyd Georges und einem notorischen Gegner Haigs überrascht und alles auf diesem Gebiet von dem Kriegspremierminister bisher schon Geleistete in den Schatten stellt. Dem englischen Volk wird hier zum ersten Male mit unverhüllter Deutlichkeit verkündet, daß sein großer Feldmarschall ein Mann war, „der seinem Posten nicht gewachsen war und seinem persönlichen krankhaften Ehrgeiz Hunderttausende von Menschenleben, die Blüte der englischen Jugend, opferte.“

Nach Lloyd Georges Darstellung war Haig von seinem Plan so befallen, daß er Einwendungen, von welcher Seite sie auch kamen, einfach nicht gelten ließ. Das Londoner Kriegskabinett verwarf den Plan, Haigs Untergenerale hielten ihn für undurchführbar, das französische Oberkommando nannte ihn einen „sinnlosen Entenmarsch durch Wassertümpel“. Aber Haig blieb hartnäckig. Sein Paschendale-Plan sah vor: Intensives Bombardement der deutschen Linie in diesem Abschnitt, im Anschluß daran Tankangriff und Infanteriedurchbruch und als theatralisches Finale einen Kavalleriemassenvorstoß (!) bis Ostende. Das war die Theorie. Man weiß, wie der Plan sich in der Praxis auswirkte. „Die Schlacht von Paschendale“, schreibt Lloyd George, „war einer der schrecklichsten Schrecken der Weltgeschichte. Das ganze Gelände — und es war nicht viel — das wir in vier Monaten mit einem Verlust von 400.000 Mann gewonnen hatten, eroberten die Deutschen 1918 in wenigen Stunden zurück.“

Lloyd George beschuldigt Haig und den Chef des britischen Generalstabs, Robertson, ein verwegenes Glücksspiel mit falschen Karten gespielt zu haben. Dem Londoner Kabinett berichteten sie, das französische Oberkommando habe den Plan gutgeheißen. Dem französischen Oberkommando, das ihn für dilettantisch und abenteuerlich hielt, gaben sie zu verstehen, daß das Kabinett dem Plan nicht nur zustimme, sondern auf seiner Durchführung ausdrücklich bestehe. Um den Widerstand Lloyd Georges und seiner Kollegen zu entkräften, habe Haig zu Beginn der „Offensive“ unwahre Meldungen nach London übermittelt und Siege einfach erfunden. Mitte August war es ganz klar, daß der Paschendale-Plan endgültig gescheitert war. „Haigs Untergenerale wußten es, die Regiments- und Bataillonskommandeure wußten es, die Truppen wußten es. Nur Haig wußte es nicht oder wollte es nicht wissen. General

Gough beschwor ihn, die Schlacht abzu-
brechen. Vergeblich." Die Paschendale-Offen-
sive, Ende Juli begonnen, schleppte sich bis zur
ersten Dezemberwoche hin, „obschon keines
der Ziele, die Haig sich gesetzt hatte, erreicht
wurde. Die große Kavallerieattacke blieb ein
Traum. Kein einziges Pferd nekte seine
Hufe in dem Schlamm von Paschendale.“

Und diesen Schlamm und das ganze für
einen Durchbruch völlig ungeeignete Gelände
— behauptet Lloyd George — hatte Haig
persönlich nie gesehen, nicht einmal durch ein
Teleskop. „Der Oberstkommandierende hielt
sich in respektvoller Entfernung hinter der
Kampflinie, und wenn er vorrückte, so ge-
schah es mit einem Bleistift auf einer sauber-
lich aufgezeichneten Generalstabkarte, die
weder Granatentrater noch tiefe Wassertümpel
aufwies. Auf dieser Karte unternahm
Haigs Bleistift die schönsten Siegeszüge.“

Lloyd George vergleicht Haigs Vor-
gehen mit dem eines strupellosen Aktien-
gesellschaftsgründers. Als die Dinge schief
gingen, folgten Falschbuchungen und Bilanz-
verschleierungen. Haigs Meldungen nach Lon-
den zufolge waren die englischen Verluste be-
deutend geringer als die deutschen. Im eng-
lischen Lager herrschte Siegestimmung, im
deutschen Verzweiflung. Lloyd George stellte
später fest, daß das Gegenteil der Fall war.
Die deutschen Gefangenen waren, so berich-
tete Haig, unterernährte Leute, uniformierte
Zivilisten ohne militärische Ausbildung und
Kriegserfahrung, zum Teil Knaben, zum
Teil Greise, längst nicht mehr die Soldaten
von 1914 und 1915. Als Lloyd George einige
Wochen nach Beginn der Paschendale-Offen-
sive die englische Front besuchte und die deut-
schen Gefangenen zu sehen wünschte, wurde
er in ein Gefangenendepot geführt, wo er sich
mit eigenen Augen davon überzeugte, daß die
Deutschen „keinen sonderlich vorteilhaften
Eindruck machten.“ Man hatte ihm eine aus-
gesuchte Minderheit vorgeführt. „Einige
Jahre nach dem Krieg“, schreibt Lloyd
George, „stellte ich auf Grund von dokumen-
tarischen Beweisstücken einwandfrei fest, daß
damals das englische Hauptquartier An-
weisung gegeben hatte, alle deutschen Ge-
fangenen von gutem Aussehen aus dem von
mir besuchten Depot zu entfernen.“

Im übrigen enthält der vierte Band der
„Kriegserinnerungen“ nicht viel Neues. Was
über die Versuche des Prinzen Sixtus von
Bourbon, über Italien und Palästina gesagt
wird, ist aus andern Veröffentlichungen be-
reits mehr oder weniger bekannt. Zu erwäh-
nen ist noch ein Vorstoß gegen Macdonald,

der damals noch mitten in der Arbeiterbewe-
gung stand und als Pazifist verschrien war.
Lloyd George geht ausführlich und mit einer
gewissen boshaften Genugtuung auf die Hal-
tung des heutigen Premierministers während
des Krieges ein und erinnert besonders an
die von Macdonald auf der „Friedenskon-
ferenz“ von Leeds gespielte Rolle. Auf dieser
Versammlung wurde die Einrichtung eines
englischen Sowjets nach russischem Muster er-

örtet. „Hätte die Arbeiterschaft sich für den
Plan begeistert, so würde die Konferenz von
Leeds den Beginn der britischen Revolution
bedeutet haben, und Macdonald würde unser
Kerensky geworden sein.“ An anderer Stelle
heißt es: „Ramsay Macdonald hatte in
Reden und Schriften, mit heimlichen Ma-
növern und Organisationsversuchen sein
Bestes getan, unsere nationalen Schwierig-
keiten zu verschärfen.“